



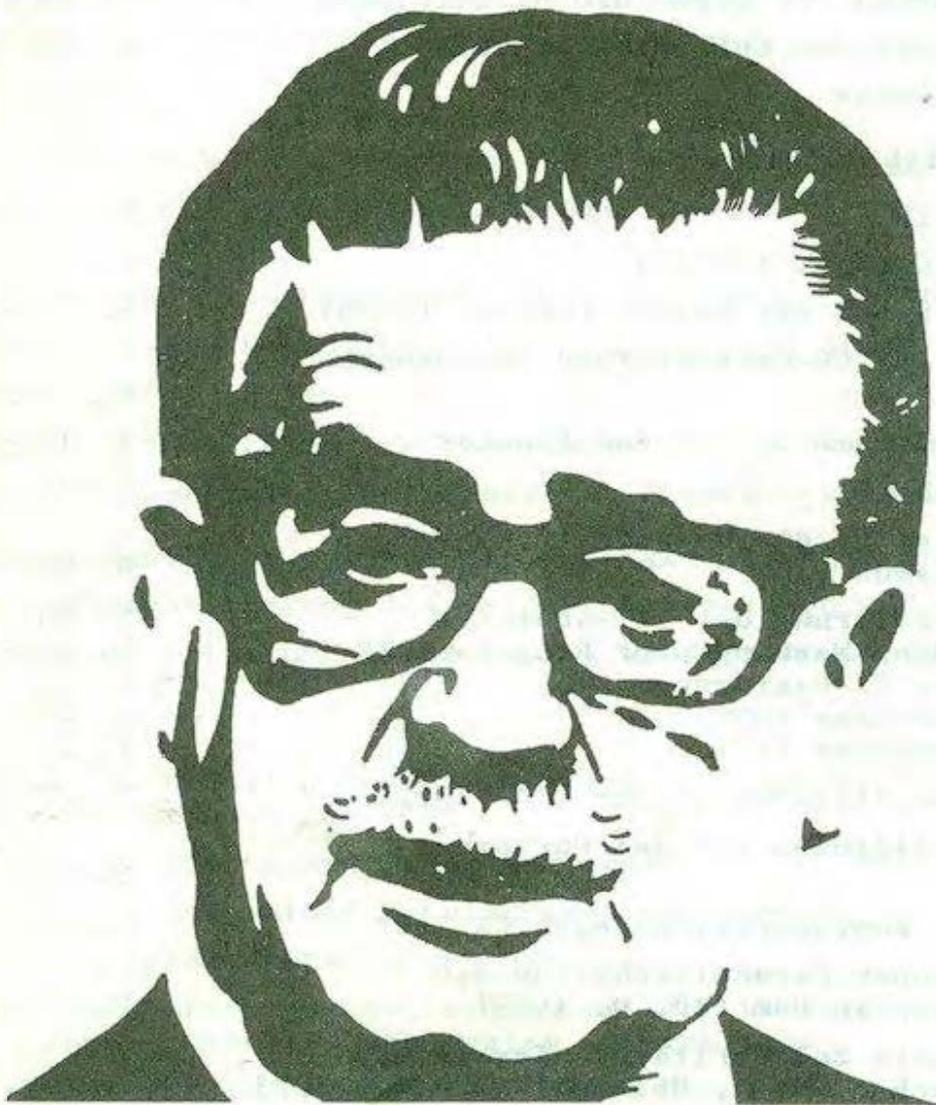
Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 11/12

November/Dezember 1973

Chile-Referat



Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Haitmann, Herbert Lederer, Ralf J. Priemer, Barbara Schilling (presserediti. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christoph Straw, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff. Neuer Mitherausgeber Georg Kwiatowski.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsart Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postcheckkonto 312093 PSD/A Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sanderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Saiegeexemplaren gestattet.

Preis: 4,- DM

Inhaltsverzeichnis

REDEMANUSKRIFT

1 Letzte Rede Allendes: "An das chilenische Volk"	S. 1 - 3
2 Der Putsch in Chile - Berichterstattung in der BRD	S. 3 - 8
3 Die Regierungsperiode Frei - das Scheitern eines bürgerlichen Reformprogramms	S. 8 - 10
4 Grundsätze und Ziele der Unidad Popular	S. 11 - 13
5 Die wirtschaftliche und politische Umgestaltung Chiles - Maßnahmen und Erfolge der UP	S. 13 - 19
6 Der Kampf der Regierung der Volkseinheit gegen den inneren und äußeren Feind	S. 20 - 27
7 Vorbereitung und Durchführung des Putsches	S. 27 - 37
8 Der Widerstandskampf gegen die Militärjunta	S. 38 - 41
9 Solidarität mit dem chilenischen Volk	S. 42 - 47
Literaturhinweise	S. 48

DOKUMENTENTEIL

1 Daten zu Chile	S. 1 - 3
2 Chilenische Chronik 1970-73	S. 3 - 5
3 Grundsatzprogramm der Unidad Popular (1969)	S. 5 - 9
4 Darstellung der UP-Parteien und der Gewerkschaft CUT	S. 9 - 14
5 Regierungsprogramm der Unidad Popular	S. 15 - 19
6 40 Erstmaßnahmen	S. 20 - 21
7 ITT-Dokumente und die Umsturzstrategie des US-Imperialismus	S. 22 - 27
1) Charakterisierung des ITT-Konzerns	S. 23
2) J. Anderson, "Washingtoner Ringelspiel"	S. 23 - 24
3) ITT an die US-Regierung	S. 25
4) ITT Putschpläne 1970	S. 26
5) ITT Putschpläne 1971	S. 27
8 Rede Salvador Allendes in der UNO (1972)	S. 28 - 31
9 Letzte Rede Allendes vor dem Parlament (Aug. 1973)	S. 32 - 33
10 "So sind die Konzentrationslager Chiles"	S. 33 - 36
11 Aufruf leitender Persönlichkeiten der Unidad Popular in Rom (18. 9. 1973)	S. 36 - 39
12 "Internationale Solidaritätskonferenz mit dem chilenischen Volk", Helsinki 29./30.9.1973 Appell zur Weltsolidarität	S. 40
13 Konferenz "Solidarität mit den verfolgten Demokraten in Chile", Mainz 12. 10. 1973	S. 41 - 44
Politischer Appell	S. 41 - 42
Aktionsprogramm	S. 43 - 44

Vorbemerkung

Mit der Erstellung dieses "Chile-Referates" will die Redaktion des "Antiimperialistischen Informationsbulletins" einen Beitrag zur Weiterentwicklung und Stärkung der Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk leisten.

In dem vorliegenden Text wird bewußt auf ein Übermaß an Faktenmaterial verzichtet; vielmehr werden die wesentlichen Grundzüge des revolutionären Prozesses in Chile, der Politik der Unidad Popular, der Machenschaften der in- und ausländischen Reaktion, der Vorbereitung und Durchführung des faschistischen Putsches sowie der Solidaritätsbewegung herausgearbeitet.

Das Referat kann als Ganzes oder in Teilen vorgetragen sowie als Grundlage für Diskussionsbeiträge benutzt werden.

Die ausgewählten Dokumente im Anhang (grün) sollen dabei die Argumente der Rededisposition stützen und erweitern helfen. Querverweise in den Fußnoten und eine Liste mit Literaturhinweisen auf Seite 48 des Redemanuskripts geben Anhaltspunkte zur weiteren Vertiefung einzelner Themenbereiche.

Eine wesentliche Aufgabe des Referates besteht in dem Versuch, auf folgende Fragen, die in den Diskussionen und Auseinandersetzungen erfahrungsgemäß häufig wiederkehren, Antworten zu geben:

- Wie mischte sich der US-Imperialismus in die inneren Angelegenheiten Chiles ein?
- Wie kam die Unidad Popular zustande?
- Wie ist die Unidad Popular zusammengesetzt?
- Welche Zielvorstellungen hat sie?
- Wurde während der Regierungszeit der UP bereits ein sozialistisches Gesellschaftssystem verwirklicht?
- Welche Erfolge errang die Unidad Popular?
- Über welche Machtpositionen verfügte die innere Reaktion, zu welchen Machenschaften gegen die UP-Regierung griff sie bis zum Putsch vom 11. September 1973?

- Welche Rolle spielte die chilenische Armee?
- Welche Klasseninteressen vertritt die heutige Militärjunta?
- Gegen wen ist ihre Gewaltherrschaft gerichtet?
- Unter welchen Voraussetzungen und mit welcher Perspektive organisiert das chilenische Volk heute den Widerstandskampf?
- Mit welchen Argumenten versuchen die Herrschenden in der BRD den Putsch zu rechtfertigen?
- Wie verhalten sich ultralinke und andere spalterische Kräfte zu den Ereignissen in Chile?
- Welche Aufgaben stellt sich die Chile-Solidaritätsbewegung in der BRD und was sind ihre Forderungen?

CHILE - SOLIDARITÄTSKONTO

Sonderkonto Prof. Erich Wulff

PSchA Frankfurt/M. Konto Nr. 527055 - 602

Kennwort "CHILE-SOLIDARITÄT"

Die Spenden, die auf dieses Konto des "Antiimperialistischen Solidaritätskomitees" eingehen, werden entsprechend einer internationalen Vereinbarung an die Koordinationsstelle der Unidad Popular in Rom weitergeleitet.

An der Herstellung dieses Chile-Referates arbeiteten mit:

Dieter Boris - Wolfgang Breuer - Gabi Brönner - Wolfram Brönner -
 Jutta von Freyberg - Gabriele Görgen - Conny Kiehne - Helga
 Neumann - Heribert Peters - Gisela Pieper - Barbara Schilling -
 Frank Werkmeister

1 Letzte Rede Allendes:

"An das chilenische Volk"

Mitbürger!

Dies wird höchstwahrscheinlich die letzte Gelegenheit sein, daß ich mich an Sie wenden kann. Die Luftwaffe hat die Sendetürme von Radio Portales und Radio Corporacion bombardiert.

Meine Worte enthalten keine Bitterkeit, jedoch Enttäuschung. Sie werden die moralische Strafe sein für diejenigen, die ihren Schwur verraten haben: Soldaten Chiles, ernannte Oberbefehlshaber, Admiral Merino, der sich selbst ernannt hat, der Herr Mendoza, dieser niederträchtige General, der noch gestern der Regierung seine Treue und Ergebenheit bekundete und sich heute zum Generaldirektor der Carabineros ernannt hat.

Angesichts dieser Tatsachen bleibt mir nichts anderes, als vor den Werktätigen zu bekräftigen:

Ich werde nicht zurücktreten!

In eine Periode historischen Übergangs gestellt, werde ich die Treue des Volkes mit meinem Leben entgelten. Und ich sage Ihnen: Ich habe die Gewißheit, daß die Saat, die wir in das würdige Bewußtsein Tausender und aber Tausender Chilenen gepflanzt haben, nicht herausgerissen werden kann. Sie haben die Gewalt, sie können uns unterjochen. Aber die sozialen Prozesse kann man weder durch Verbrechen noch durch Gewalt aufhalten. Die Geschichte ist unser, sie wird von den Völkern geschrieben.

Wertätige meines Vaterlandes!

Ich danke Ihnen für die stets bekundete Treue, für das Vertrauen, das Sie in einen Mann gesetzt haben, der nur die Verkörperung der Sehnsucht nach Gerechtigkeit war, der sein Wort gab, Verfassung und Gesetze zu achten, und der dies tat. In diesem entscheidenden Moment, dem letzten, in dem ich mich an Sie wenden kann: Mögen Sie diese Lehre beherzigen. Das Auslandskapital, der Imperialismus, vereint mit der Reaktion, schufen das Klima, damit die Streitkräfte mit ihrer Tradition brachen,

die sie General Schneider lehrte und die Comandante Araya bekräftigte. Sie wurden Opfer des gleichen sozialen Sektors, der heute darauf lauert, mit fremder Hilfe die Macht zurückzuerobern, um so seinen Besitz und seine Privilegien zu verteidigen.

Ich wende mich vor allem an die einfache Frau unseres Landes, an die Bäuerin, die an uns glaubte, an die Arbeiterin, die noch mehr schuf, an die Mutter, die um unsere Sorge um die Kinder wußte. Ich wende mich an die Vertreter der wissenschaftlich-technischen Intelligenz unseres Landes, an all die Patrioten unter ihnen, die seit Tagen gegen die Verschwörung der Berufsverbände arbeiten, jener Klassenverbände, die nur die Vorteile, die die kapitalistische Gesellschaft einigen wenigen einräumt, verteidigen.

Ich wende mich an die Jugend, an die, die sangen, die sich mit Fröhlichkeit und Kampfgeist einsetzten. Ich wende mich an die Männer Chiles, die Arbeiter, Bauern, Intellektuellen, an diejenigen, die verfolgt sein werden; denn in unserem Lande wütet der Faschismus schon seit vielen Stunden mit Terroranschlägen, sprengt Brücken, blockiert Eisenbahnlinien und zerstört Öl- und Gasleitungen.

Es lebe Chile! Es lebe das Volk!

Demgegenüber steht das Schweigen derjenigen, die die Verpflichtung gehabt hätten, dagegen vorzugehen. Die Geschichte wird sie richten.

Sicherlich wird Radio Magallanes zum Schweigen gebracht, und der ruhige Klang meiner Stimme wird nicht zu Ihnen gelangen. Das macht nichts. Sie werden mich weiter hören, ich werde immer unter Ihnen sein, zumindest die Erinnerung an mich, an einen würdigen Menschen, der der Sache des werktätigen Volkes die Treue hielt.

Doch das Volk soll sich verteidigen, aber es soll sich nicht opfern. Das Volk darf sich nicht unterjochen und quälen lassen, aber es kann sich auch nicht erniedrigen lassen.

Werkstätige meines Vaterlandes!

Ich glaube an Chile und seine Zukunft. Andere nach mir werden auch diese bitteren und dunklen Augenblicke überwinden, in denen der Verrat versucht, sich durchzusetzen. Sie sollen wissen, daß eher früher als später wahre Menschen auf breiten Straßen marschieren werden, um eine bessere Gesellschaft aufzubauen.

Es lebe Chile! Es lebe das Volk! Es leben die Werkstätigen! Dies sind meine letzten Worte. Ich habe die Gewißheit, daß mein Opfer nicht umsonst sein wird. Ich habe die Gewißheit, daß es zumindest eine moralische Lektion sein wird, die die Feigheit und den Verrat strafen wird.

2 Der Putsch in Chile - Berichterstattung in der BRD

Der Marxist ist gestürzt. Das Chaos, in das er das Volk führte, hat ein Ende. Vom marxistischen Joch befreit, dürfen die Chilenen endlich wieder hoffen und lachen. Auf diesen Nenner lassen sich die Jubelschreie reduzieren, mit denen große Teile der westdeutschen bürgerlichen Presse den brutalen Militärputsch gegen die verfassungsmäßige Regierung Chiles begrüßten. Angeführt von Springers Welt und der großbürgerlichen Frankfurter Allgemeinen Zeitung basteln die großen und kleinen Rechtsblätter dieses Landes mit wahrem Feuereifer an einer Rechtfertigung für die Putschisten, überschütten die Regierung der Unidad Popular mit übelsten Verleumdungen und verniedlichen den Terror der Militärjunta - alles nach dem Motto: Nicht der Mörder, sondern der Ermordete ist schuld.

Die kaum verhohlene Freude der großbürgerlichen Pressekonzerne über den Sturz der Allende-Regierung ist freilich nur der Höhepunkt einer seit langem geführten Kampagne. Die Entscheidung der chilenischen Bevölkerung für eine Politik der nationalen und sozialen Befreiung haben die meisten Massenmedien der BRD nie akzeptiert. Für sie war der chilenische Weg zum Sozialismus allenfalls ein "Experiment", auf dessen Scheitern sie hofften und dessen Ende sie - Hand in Hand mit der chilenischen Reaktion - publizistisch vorbereiteten: So durften in Fernsehberichten westdeutsche Großgrundbesitzer über die Enteignung ihrer chilenischen Güter klagen und die Landarbeiter mit "Ochsen" vergleichen, die ja auch arbeiteten und dennoch keinen Anspruch auf die von ihnen geschaffenen Werte hätten.

Nach dieser Kampagne, die die töpfeschlagnenden Mumien¹⁾ der chilenischen Oberschicht zu "Volkshelden" hochstilisierte, ist es für die Rechtspresse nur konsequent, den blutigen Militärputsch mit großem Aufatmen zu registrieren. "Im Augenblick der höchsten Gefahr konnten sich die Streitkräfte ihrer Verantwortung nicht länger entziehen", jubelte die FAZ am 12. September 1973 und sagt eindeutig ja zum Putsch: "Der Versuch, den Zusammenstoß (der politischen Spannungen) zu verhindern, mußte gemacht werden."

Die Tatsache, daß die Regierung der Volkseinheit bei allen Wahlen immer mehr Stimmen bekam und hunderttausende Arbeiter für sie demonstrierten, unterschlägt die Rechtspresse einfach. Das "Volk" der Welt und der FAZ sind die mit US-Dollars bezahlten Saboteure und die rechten Terrorgruppen. "Die chilenischen Streitkräfte", schreibt die Welt am 15. September 1973, "wurden zur Tat gedrängt von einer Woge öffentlichen Protestes in einem Augenblick, in dem sich das Land auf schneller Talfahrt in das wirtschaftliche Chaos befand." Wie groß die "Not" in Chile war, versucht Bild am 12. September 1973 so zu beantworten: "Lufthansa-Besatzungen nehmen ihr eigenes Toilettenpapier nach Chile mit."

1) Als "Mumien" werden die Angehörigen der herrschenden Klasse bezeichnet; ihre Frauen, von den Versorgungsschwierigkeiten nicht im geringsten betroffen, demonstrierten auf leere Kochtöpfe schlagend gegen die UP-Regierung.

Wer das Land aber ins wirtschaftliche Chaos trieb und wer den Bürgerkrieg plante und inszenierte - all das verschweigt Bild. Kein Wort über den Putschplan des US-Konzerngiganten ITT, keine Zeile über die Terroranschläge faschistischer Banden. Nur stillschweigende Zustimmung, wenn der US-Imperialismus das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes mit Füßen tritt, denn - so findet die FAZ am 13.9.1973 - "man kann doch wohl kaum den Dollargangstern die Unterentwicklung anlasten und dann lamentieren, wenn sie, nach einem Tritt gegen das Schienbein, zurücktreten..."

Daß die Kindersterblichkeit in Chile von der Volkseinheitsregierung erfolgreich bekämpft wurde, daß Schulen und Wohnungen entstanden und daß eine enorme Produktionssteigerung stattfand - all das wollen die Rechtsblätter der BRD nicht sehen. Bei ihren Manipulationen vertrauen sie auf den selbst gesäten Antikommunismus in der BRD und bringen die Ereignisse in Chile - so Bild am 12.9.1973 - auf den knappen Nenner: "Drei Jahre Marxismus - und Chile war kaputt."

Wo aber der Marxismus herrscht, da hat nach der Auffassung der Rechten alles grau zu sein. Prompt berichtet die FAZ am 13. September über "die verbitterten Gesichter der Chilenen. Das sind nicht mehr die freundlich-witzigen Menschen früherer Jahre." Unter den blutigen Stiefeln der Junta wird dies nun wieder anders werden, denn der Diktator Pinochet, so schreibt die Welt am 15. September, ist ein Mann "mit Humor", "der den größten Teil seiner Freizeit im Kreise seiner Familie zubringt und von Freunden als ruhiger Mensch beschrieben wird, der Aufdringlichkeit haßt."

Daß immer mehr Chilenen die Sabotageaktionen der Reaktion durchschauten und aktiv für die Politik der Unidad Popular kämpfen, ist vielen Massenmedien der BRD ein Dorn im Auge. Da nach herrschender BRD-Ideologie Arbeiter und Kapital in einem Boot zu sitzen haben, wird das gewachsene Klassenbewußtsein der chilenischen Bevölkerung verteufelt.

"Der politische Polarisierungsprozeß in Chile ist es gewesen, der das Regime Allende zum Sturz brachte", diagnostiziert die

FAZ am 13. 9. 1973. "Ihn in Gang gesetzt zu haben, ist primär der ideologischen Verblendung der Unidad Popular zuzuschreiben." Konsequenter fährt Springers Welt am 17. 9. fort: "Nach dem Abbruch einer verhängnisvollen Entwicklung müssen schnelle Erfolge bei der politischen Befriedung des Landes erreicht werden."

Die Massenverhaftungen der letzten Wochen, die Morde an tausenden Demokraten, die Folterungen und Deportationen haben gezeigt, wie die Junta politische Befriedung betreibt - in Richtung einer Friedhofsruhe. Für diesen Mord und Terror aber haben diese Blätter, die sonst lautstark über angebliche Pressionen gegen sowjetische Intellektuelle protestieren - volles Verständnis. ¹⁾

"Man darf sicher sein, daß es der Militärjunta nicht leichtgefallen ist, den Gewaltakt in Santiago einzuleiten", schreibt die FAZ am 13. 9. 1973 und fährt fort: "Wo jedoch die Kluft zwischen den beiden mächtigsten politischen Lagern unüberbrückbar geworden ist, blieb kein anderer Ausweg." Im Klartext: Erst wenn nun ein Lager ausgerottet wird, herrscht wieder Ruhe.

Die Ermordung von Demokraten ist nach Ansicht der FAZ sowieso nicht so schlimm. "Martialisches Auftreten der Armee hat dem Andenstaat ausgedehnte Massaker erspart", heißt die Zeile über einem FAZ Artikel vom 17. 9. 1973, in dem Harry Hamm zynisch schreibt: "Daß es offenkundig dennoch nicht zu Massakern größten Ausmaßes gekommen ist, wird wahrscheinlich der außergewöhnlichen Härte zuzuschreiben sein, mit der die Armee von der ersten Stunde des Putsches an gegen jeden nur potentiell denkbaren Gegner vorgegangen ist."

Wenn überhaupt über den Widerstand der chilenischen Bevölkerung berichtet wird, dann sind es - so die Welt vom 15. Sep-

1) Dieser nur scheinbare Widerspruch löst sich auf angesichts der politischen Haltung der beklagten sowjetischen Oppositionellen zum Putsch in Chile. Wenn z. B. Sacharow die Putschisten mahnt, mit ihrem Vorgehen gegen Neruda "nicht die nationale Wiedergeburt Chiles aufs Spiel zu setzen", drängt sich ein Vergleich mit den Positionen der FAZ z. B. geradezu auf.

tember - die "Linksextremisten", die der Armee Gefechte liefern. Um das brutale Vorgehen gegen sie zu rechtfertigen, greift die westdeutsche Rechtspresse begierig die Junta-Lügen über einen angeblichen "Staatstreich der Linken" auf.

Ihre volle Identifizierung mit der Junta hat sich auch darin geäußert, daß sie Berichte über die weltweite Solidaritätsbewegung mit Chile, über Terror und Erschießungen, wie sie in der UZ, DVZ, im Extra-Dienst, in "konkret" und auch der FR zu finden waren, kurzerhand als "kommunistische Propaganda", d.h. als Lüge abtat. "Besonnenen Politikern" warf die FAZ in einem Kommentar am 13.9.1973 "Einseitigkeit im Urteil" vor.

Einseitig ist in der Tat die Stellungnahme der CDU zum Militärputsch in Chile. Auf die Seite der Junta schlägt sich eindeutig der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Karl Carstens, wenn er fast frohlockend erklärt, das Experiment, Marxismus und freiheitlich-demokratische Grundsätze zu vereinigen, sei gescheitert. Die Welt geht am 15. 9. 1973 sogar noch einen Schritt weiter und erklärt kategorisch: "Die radikalen Sozialisten aller Kontinente stehen vor dem Phänomen des Versagens aller sozialistischen Varianten." Bild erklärt es am 12. 9. 1973 einfacher: "Vor Nachahmung (der Volksfront-Politik) wird daher gewarnt."

Genugtuung über die Niederlage der UP-Regierung wird aber auch von ultralinken Gruppierungen geäußert. Gleichgültig, ob man den "chilenischen Weg" als Verrat und Allende als Verräter an der Revolution bezeichnet, über dessen Ermordung man eigentlich froh sein müsse, oder ob man bloß das Scheitern der UP-Regierung als längst erkannte historische Gesetzmäßigkeit feststellt, die politischen Konsequenzen sind immer die gleichen: die Weigerung, sich mit dem kämpfenden chilenischen Volk solidarisch zu erklären.

Die SPD-Regierung - von einem großen Teil der werktätigen Bevölkerung als ihr Interessenvertreter angesehen - hat bisher nur Worte der Bestürzung gefunden. In einer kurzen Erklärung des SPD-Präsidiums wurde zwar der Putsch verurteilt, den Opfern des Putsches Anteilnahme ausgesprochen; doch die SPD/FDP-Regierung hat bislang ihren Worten keine Taten folgen lassen. Im Ge-

genteil: Die diplomatischen Beziehungen laufen auch mit der Junta weiter und die Entwicklungshilfe, für die im Jahr 1973 noch 52 Mio Mark bereitstehen, wurde ebenfalls nicht gestoppt.

Man kann die Tatsache, daß sich die Bundesregierung, die FDP-Führung und die rechten SPD-Führer bisher weigerten, die diplomatischen Beziehungen zur Junta zu unterbrechen sowie die wirtschaftliche und politische Hilfe für das Putschregime einzustellen, nur als einen Fußtritt gegen die Interessen des chilenischen Volkes bezeichnen.

3 Die Regierungsperiode Frei – das Scheitern eines bürgerlichen Reformprogramms

Als die Christdemokratische Partei 1964 ihren Wahlsieg feiern konnte, schien für die Chilenen zunächst einmal der erste Schritt für eine Verbesserung ihrer extrem schlechten Lebensbedingungen getan zu sein. Löhne, die weit unter dem Existenzminimum lagen, 600.000 Analphabeten, Unterernährung und Wohnungsnot waren das Ergebnis einer Regierung, die nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung ein Leben in Luxus und Wohlstand auf Kosten der Armen ermöglichte. 7 % Großgrundbesitzer teilten sich 78,6 % des bewässerten Landes, während 77 % der Landbevölkerung mit nur 9,4 % Boden wirtschaften mußten. In den Städten lebte

das Großbürgertum und sein Anhang¹⁾, die mit ausländischen Konzernen zusammenarbeiteten; ausgebeutete Arbeiter und Arbeitslose, die weder auf dem Land noch in der Stadt eine Arbeit finden konnten, mußten sich an den Stadträndern in Bretterbuden und Wellblech einrichten.

Die neugewählte Regierung Frei wollte diese Makel mit einem Reformprogramm beseitigen und für eine gerechte Verteilung eintreten. Im wesentlichen sollte dieses Vorhaben mit der "Chilenisierung des Kupfers", einer breitangelegten Agrarreform und der Beteiligung der Bevölkerung am Willensbildungsprozeß auf unterster Ebene (participacion popular) erreicht werden. Der erste Punkt des Programms, die "Chilenisierung des Kupfers", sollte durch staatliche Kapitalbeteiligung an der Kupferproduktion vorgenommen werden, um damit einmal die Staatseinnahmen zu erhöhen und zum anderen das einseitige Abhängigkeitsverhältnis von den imperialistischen Mächten (USA und BRD) zu lösen. Da aber die Beteiligung des Staates zu gering war und die Kosten der Übernahme von Aktienkapital zu hoch, erwiesen sich diese Maßnahmen als unzureichend. Nur eine konsequente Verstaatlichung aller ausländischen Unternehmen hätte den Staatsetat spürbar erhöhen können. Mit der Agrarreform sollten die extrem ungleichen Besitzverhältnisse, die persönliche Abhängigkeit der Bauern und Landarbeiter von den Großgrundbesitzern aufgehoben werden. Der Besitz an Land wurde auf 80 ha begrenzt, und das enteignete Land an Bauern und Landarbeiter zur Bewirtschaftung übergeben. Die langsame und bruchstückhafte Inangriffnahme und Durchführung der Enteignungen stellte die Privilegien der Großgrundbesitzer jedoch nicht in Frage. Sie blieben zudem die Nutznießer der traditionellen Kreditvergabe. Die Bauern, die in den genossenschaftlich bewirtschafteten Betrieben angesiedelt waren, bildeten eine Art neue Mittelschicht, der es aufgrund von Mitspracherecht an der Planung der Produktion und ihrer Durchführung auch finanziell besser ging als dem Großteil der Landbevölkerung (1970 sollten z.B. 254 genossenschaftliche Betriebe eingerichtet werden, erreicht wurde aber

1) Unter "Anhang" werden Ärzte, Rechtsanwälte, hohe Beamte etc. verstanden.

nur die Zahl von 77). Die Folge dieser Agrarpolitik waren verschärfte Auseinandersetzungen der verschiedenen "Klassen" auf dem Land. Die Regierung Frei konnte nur einen geringen Teil der Landbevölkerung bei dem Aufbau eines Agrarkapitalismus integrieren, der größte Teil lebte weiter in Armut.

Durch die große Landflucht und die nur schleppende industrielle Entwicklung entstanden an den Stadträndern immer größere Elendsviertel von Menschen, die in keinen Arbeitsprozeß einbezogen werden konnten. Sie stellten eine Bedrohung für die herrschende Schicht dar, und darum mußten Versuche unternommen werden, diese Schichten sozial zu befrieden und in den Arbeitsprozeß miteinzubeziehen.

Mit der Gründung von volkseigenen Organisationen (Nachbarschaftsverbänden, Mütterzentren, Elternpflegschaften usw.) wollte man diese Bevölkerungsschicht in die kapitalistische Gesellschaft integrieren, indem man ihnen das Gefühl geben wollte, am Willensbildungsprozeß auf unterster Ebene beteiligt zu sein. Damit konnte jedoch dieses Ziel nicht erreicht werden. Die psychische Verfassung, die von Resignation und Apathie als Reaktion auf die jahrelang erlebten extrem schlechten Lebensbedingungen gekennzeichnet war, wurde nicht als Problem erkannt, d.h. man hätte zunächst einmal die ökonomischen Grundlagen ändern müssen, die eine Voraussetzung für eine aktive Beteiligung am Willensbildungsprozeß gewesen wären. Aber das Frei'sche Reformprogramm war darauf angelegt, einen modernen Kapitalismus aufzubauen und nicht konsequent soziale Reformen durchzuführen.

Mit seinem Programm hatte Frei Reformhoffnungen geweckt - sogar im Zuge der Kapitalisierung in geringem Umfang befriedigt - was auch dazu beitrug, ein Bewußtsein zu bilden, daß die anscheinend so unabänderlichen Verhältnisse geändert werden könnten. Mit dieser Politisierung und der Kampfbereitschaft für soziale Reformen waren die Ausgangsbedingungen für den Wahlsieg der Unidad Popular gelegt.

4 Grundsätze und Ziele der Unidad Popular

Der Sieg der UP im September 1970 war kein Zufall. Die chilenische Arbeiterbewegung, die sich schon im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts entfaltete, gehörte seit dieser Zeit zu den kampfkraftigsten Lateinamerikas. Dies hängt mit der stürmischen Entwicklung des Salpeter- und später des Kupferabbaus zusammen. Die Kommunistische Partei entstand 1922, die Sozialistische Partei 1931.

Als Nachwirkung der Weltwirtschaftskrise und der sich daran anknüpfenden sozialen Auseinandersetzungen, gelang es diesen beiden Parteien, ihre Anhängerschaft zu erweitern. 1938 beteiligten sie sich an einer Volksfrontregierung, die unter Führung von fortschrittlichen Teilen der nationalen Bourgeoisie (Radikale Partei) stand. In der Welle des Kalten Krieges und des zuge-spitzten Antikommunismus wurden die Kommunisten aus der Regierung verdrängt, die Kommunistische Partei verboten und verfolgt, die Sozialistische Partei spaltete sich in mehrere Flügel und wurde fast bedeutungslos.

Erst 1952 begann die Linke allmählich, sich neu zu formieren. Ein linkes Parteienbündnis beteiligte sich an der Präsidentschaftswahl: Ihr Kandidat erhielt mit ca 50.000 Stimmen nur etwa 3 % - er hieß Salvador Allende.

AUFSCHWUNG DER ARBEITERBEWEGUNG IN DEN 50er JAHREN

Mit dem Aufschwung der Massenkämpfe in den fünfziger Jahren ging die Vereinheitlichung sowohl der Gewerkschaftsbewegung als auch der politischen Linksparteien einher. 1953 kam es zur Gründung der Gewerkschaftszentrale CUT, 1956 zur Bildung der "Front der Volksaktion" (FRAP), einem Bündnis der stärksten Linksparteien, der Sozialistischen und der noch illegalen Kommunistischen Partei.

1958 wurde die KP Chiles wieder legalisiert. Im gleichen Jahr verlor der Präsidentschaftskandidat der FRAP, Salvador Allende, nur hauchdünn die Wahlen.

Seit Anfang der sechziger Jahre nahmen die Klassenkämpfe in Stadt und Land zu. Die soziale Basis der Linksparteien, zugleich aber auch der sozialreformistisch auftretenden Christdemokraten, erweiterte sich auch unter der Bauernschaft.

1964 konnte die Bourgeoisie nur ihre Position halten, indem sie ihren Stimmenanteil auf Frei vereinigte. Frei gewann die Präsidentschaftswahlen mit absoluter Mehrheit. Das von ihm begonnene Reformprogramm, so mangelhaft dessen Verwirklichung auch war, trug zur weiteren politischen Polarisierung bei, die sich schließlich so zuspitzte, daß sich ein Teil der Großbourgeoisie von der PDC abwandte und 1970 einen eigenen Kandidaten präsentierte.

BILDUNG DER UNIDAD POPULAR

Das stetige Anwachsen des politischen Bewußtseins der arbeitenden Massen unter der Frei-Regierung war zum einen die Folge von deren gescheiterter Reformpolitik, zum anderen Ausdruck sowohl der zunehmenden Unzufriedenheit des chilenischen Volkes als auch des Erstarkens der Arbeiterbewegung und der Linksparteien. Bereits die Parlamentswahlen 1969 machten deutlich: Während die christdemokratische Regierungspartei Frei erhebliche Stimmeinbußen erlitt, gewannen die Linksparteien, voran die SP und KP erheblich hinzu. Darüberhinaus hatte das Scheitern der Freis'schen Reformpolitik die Abtrennung des linken Flügels der PDC (Bildung der MAPU) zur Konsequenz, welche gleichsam die wachsende Unzufriedenheit und den Linksruck der werktätigen Massen zum Ausdruck brachte.

Am 17. Dezember 1969 kam es mit der Unterzeichnung eines "Grundsatzprogramms der Volkseinheit" zur Konstituierung des organisationspolitischen Bündnisses von 6 Linksparteien: Der Unidad Popular. Um den Kern, das enge Bündnis der marxistischen Arbeiterparteien KP und SP, schlossen sich die Radikale Partei (RP), die Vereinigte Volksaktion (MAPU), die Sozialdemokratische

Partei (PSD), die Unabhängige Volksaktion (API) und später die Christliche Linke (MIC) auf der Grundlage einer gemeinsamen politischen Plattform zusammen.

Dieses "Grundsatzprogramm der Koalitionsparteien der Volkseinheit" setzte sich die schrittweise Loslösung von den imperialistischen Mächten, die Beseitigung der Monopole, der Landbesitzeroligarchie und die Einleitung einer Übergangsphase zum Sozialismus zum Ziel.

Durch Ausnutzung der staatlichen Exekutivgewalt, parlamentarischer Übereinkünfte und durch außerparlamentarischen Massenruck sollten Veränderungen erreicht und durchgesetzt werden, um damit die Volksmacht zu stärken und soziale und ökonomische Bedingungen zu schaffen, die eine soziale Besserstellung der Werktätigen Chiles bewirken sollten. Damit wollte man den Chilenen zeigen, daß es sich nicht nur um einen bloßen Regierungswechsel handelte, sondern um eine echte Vertretung des arbeitenden Volkes. Die drei Schwerpunkte des UP-Programms, Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, Durchführung einer Agrarreform und die Einleitung eines breitangelegten Sozialprogramms wurden von der UP sofort in Angriff genommen.

5 Die wirtschaftliche und politische Umgestaltung Chiles - Massnahmen und Erfolge der Unidad Popular

Mit der Wahl Allendes zum Präsidenten der Republik Chile am 4. November 1970 trat gleichzeitig das Regierungsprogramm der Volkseinheit in Kraft, das das Grundsatzprogramm der UP-Parteien zur Grundlage hatte.

Dieses Regierungsprogramm stellte eine echte antiimperialistische Alternative zu allen bürgerlichen Reformprogrammen dar und

nahm die "grundlegende Aufgabe (in Angriff), die Herrschaft der Imperialisten, der Monopole, der landbesitzenden Oligarchie (zu beenden) und den Aufbau des Sozialismus in Chile (zu beginnen)." 1)

DIE 40 ERSTMASSEN, NATIONALISIERUNG UND AGRARREFORM

Die Regierung der Volkseinheit hatte sich in ihrem Programm für die antiimperialistisch-demokratische Umgestaltung des Landes eine doppelte Aufgabe gesetzt: "1. die demokratischen Rechte und Errungenschaften der Arbeiter zu bewahren und sie zu verwirklichen und in echte Rechte umzuwandeln; 2. die gegenwärtigen Institutionen qualitativ so zu verändern, um einen neuen Staat zu bilden, in dem die Arbeiter und das Volk die Macht wirklich ausüben." 2) Diese historische Aufgabe mußte auf allen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens in Angriff genommen und in verschiedenen Etappen gelöst werden, wobei die Mitwirkung der werktätigen Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, unabdingbare Voraussetzung war. Die "Vierzig Erstmaßnahmen der Volksregierung" waren die unmittelbare Verwirklichung des "Regierungsprogramms" in seinen kurzfristigen Aufgaben.

Sie begannen mit dem Abbau der übelsten Mißstände auf dem Sektor der medizinischen Betreuung, der Hygiene, der Wohnverhältnisse und des Erziehungswesens. Krasse Differenzen der Löhne, Pensionen und Renten wurden gemildert, der Korruption in Verwaltung und Justiz der Kampf angesagt, Arbeitsplätze und Wohnungen geschaffen. In der Regierungszeit der UP wurden in nur zwei Jahren 140.000 Wohnungen fertiggestellt - während unter den bürgerlichen Regierungen in über zehn Jahren nur knapp 70.000 Wohnungen erbaut worden waren.

Die verheerende Erbschaft der Frei-Regierung wird vor allem durch das "Milch-Programm" der UP-Regierung, welches allen Kindern unter 15 Jahren einen halben Liter Milch täglich gab,

1) Regierungsprogramm der Volkseinheit, in: Acquaviva u. a., Das Chile der Volkseinheit, Frankfurt/M. 1972, S. 133

2) ebenda, S. 135

deutlich: Vor dem Regierungsantritt der UP starben jährlich 25.000 Kinder im ersten Lebensjahr an Unterernährung (diese Zahl wurde von der UP-Regierung um 20% gesenkt) und 600.000 Kinder werden zeitlebens an den Folgen der Unterernährung zu leiden haben.

Neben diesen Maßnahmen im sozialen und kulturellen Bereich nahm die UP-Regierung die Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen und die Senkung der Arbeitslosenzahl von 8 auf 3% in Angriff. Sie sorgte für eine Auslastung der Kapazitäten im industriellen Bereich, führte eine strikte Preiskontrolle durch, verteilte die Einkommen um, stoppte bis 1972 die Inflation und nahm die Produktion von billigen, aber guten Volkskonsumgütern auf. Gleichzeitig wurden strukturverändernde Maßnahmen eingeleitet mit dem Ziel, neben den bisherigen privatwirtschaftlichen Sektoren solche des gesellschaftlichen bzw. staatlichen Eigentums und gemischte Sektoren zu schaffen. Bis zum Juli 1971 wurden alle Bodenschätze Chiles - Kupfer, Salpeter, Eisenerze - in das Eigentum des Volkes überführt. Die Regierung Allende enteignete die US-Monopolgesellschaften wie die Anaconda, die Kennecott, die Cerro Mining, die ITT u. a., die in den letzten Jahrzehnten Milliarden von Dollar aus Chile herausgepreßt hatten, und einen Teil der chilenischen Monopole. Sie kaufte fast alle Banken auf, überführte einen Großteil des Außenhandels in staatliches Eigentum und enteignete die Großgrundbesitzer.

Die Schwächung der Positionen der Bourgeoisie durch das Brechen ihrer ökonomischen Herrschaft und die Stärkung der Arbeiterklasse durch ihre umfassende Mobilisierung gehörten zu den entscheidenden Voraussetzungen, um das langfristige Programm der Unidad Popular zu verwirklichen.

OBSTRUKTIONSPOLITIK DER BOURGEOISIE

Die einschneidenden Nationalisierungsmaßnahmen, deren unmittelbarer Effekt in der Freisetzung von Finanzmitteln für die Verwirklichung der "Erstmaßnahmen", der Agrarreform und anderer Strukturreformen bestand, entrissen den US-amerikanischen und

den chilenischen Monopolen Stück für Stück ihre ökonomischen Machtpositionen. Zwar war die Nationalisierung der Kupferindustrie im Parlament, in dem die Reaktion die Mehrheit besaß, einstimmig beschlossen worden - und diese Einstimmigkeit resultierte aus dem tatsächlichen und immer wieder bekundeten Willen der überwältigenden Mehrheit der chilenischen Bevölkerung - dennoch zeigte sich sehr bald, daß weder die US-Könzerne noch die chilenische Monopolbourgeoisie bereit waren, ihrer schrittweisen Entmachtung und dem Verlust ihrer bislang reichlich sprudelnden Profitquellen stumm und tatenlos zuzusehen. Sie griffen zu allen nur möglichen, die nationale Volkswirtschaft schädigenden Maßnahmen: Sie zerstörten Produktionsanlagen, zogen Fachkräfte ab, schufen einen "Schwarzen Markt". Durch Devisenschmuggel, Wucher und Warenhortung oder die massenhafte Abschächtung von Vieh (durch die enteigneten Großgrundbesitzer) sollte das Wirtschaftsprogramm der UP-Regierung im Chaos untergehen. Die chilenische Reaktion nutzte ihre Mehrheit im Parlament, durch "Verfassungsklagen" und Gesetze die Bildung eines staatlichen Sektors in der Industrie zu erschweren, indem sie der Regierung das Recht entziehen wollte, über Nationalisierungen ohne vorherige Billigung des Kongresses zu entscheiden.

Nach wie vor im Besitz gewaltiger Finanzmittel und der Massenkommunikationsmittel (die zu 60% in ihrer Hand verblieben waren) gelang es der Reaktion, die Mittelschichten gegen die UP aufzuhetzen, wie z. B. die Transportunternehmer zum "Streik". Ebenso wie die Parlamentsmehrheit immer wieder Gesetzesänderungen zu Fall brachte, Finanzen nicht bewilligte und "Vertrauensfragen" stellte, ist auch die Justiz wo immer nur möglich der UP-Regierung in den Arm gefallen: Sie hat die strafrechtliche Verfolgung von Gegnern der UP-Regierung hintertrieben oder ausgesetzt. Die zahllosen terroristischen Mordaktionen faschistischer Gruppen gegen Funktionäre und Mitglieder der UP-Parteien gehen ebenfalls auf das Konto der chilenischen Großbourgeoisie, die dabei vom CIA kräftige Unterstützung erhielt.

MACHTINSTRUMENTE DER VOLKSEINHEIT

Die Regierung der UP verfügte zwar über Armee und Polizei, um gegen die wachsende Zahl von Gesetzesbrüchen durch die Reaktion einzuschreiten; doch oft genug erwiesen sich diese Instrumente als stumpf, wenn nicht gar untauglich.

Es entsprach den politischen Hauptaufgaben der UP-Regierung und der Notwendigkeit, die sich aus den immer heftiger werdenden Klassenauseinandersetzungen ergab, daß die Arbeiterklasse lernen mußte, sich der Instrumente gesellschaftlicher Herrschaft zu bedienen. Der Weg, die Regierten in Regierende zu verwandeln, verlief über viele Stationen: Am Anfang standen die Basiskomitees der UP, die ein entscheidender Faktor der Mobilisierung im Wahlkampf waren; die Räte für Versorgung und Preiskontrolle übten z. T. staatliche Kontrollfunktionen aus. Sie überwachten die staatlich festgelegten Preise und versuchten, Schmuggel und Wucher zu unterbinden. Mehr als 1,5 Mio Arbeiter schlossen sich auf den gemeinsamen Appell von Gewerkschaftszentrale, KP und SP in Verteidigungs- und Selbstschutzkomitees zusammen, um ihre Fabriken und Siedlungen organisiert zu schützen.

Der "Nationale Bauernrat", dem Bauernräte auf allen Verwaltungsebenen entsprachen, wurde an der Planung und Durchführung der Agrarreform und dem Aufbau einer neuen Ordnung unmittelbar beteiligt. Die Bauern und die Arbeiterklasse lernten täglich, in Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsorganen die Volksmacht auszuüben.

ANTIIMPERIALISTISCHE AUSSENPOLITIK

Mit Beginn der Machtübernahme der Unidad Popular waren die ausenpolitischen Maßnahmen eindeutig darauf gerichtet, den Weg der nationalen Unabhängigkeit zu beschreiten und Chile fest im antiimperialistischen Lager zu verankern.

"Die internationale Politik der Volksregierung hat folgende Ziele: Gewährleistung der vollen politischen und wirtschaftlichen Autonomie Chiles. Die Herstellung von Beziehungen mit allen

Ländern der Welt, unabhängig von deren ideologischer und politischer Stellung auf der Grundlage der Respektierung, der Selbstbestimmung und der Interessen des chilenischen Volkes. (...)

Die Kämpfe, die die Völker für ihre Befreiung und für die Errichtung des Sozialismus führen, werden durch die tatsächliche und kämpferische Solidarität der Volksregierung unterstützt." 1)

Alle zwischenstaatlichen und besonders lateinamerikanischen Probleme versuchte die Regierung Allende auf dem Verhandlungswege durch "einen konstruktiven Dialog, in gutem Einvernehmen" - selbst mit den USA - zu lösen.

Mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Kuba, - von der Regierung Alessandri auf Geheiß der USA 1962 abgebrochen - der Anerkennung der DDR, mit dem Abschluß der Handelsverträge mit Nordkorea und Nordvietnam machte Chile seinen Entschluß deutlich, sich "das Lager, in dem man stehen möchte, selber zu wählen, das Lager der Freundschaft mit allen Völkern." 2)

Die Forderung Chiles "nach größerer nationaler Unabhängigkeit" war die offene Kampfansage an eine Politik der wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung und Ausplünderung durch die imperialistischen Staaten, insbesondere die USA und ihren "Gendarmimperialisten Brasilien".

Jedoch bedeutete der Kampf Chiles für Unabhängigkeit, Souveränität und Gleichberechtigung nicht seine Abkapselung. Im Gegenteil - seine Vertreter nahmen intensiv und führend an der Arbeit internationaler und südamerikanischer Organisationen teil; sie traten aktiv für eine verstärkte, gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Völker ein.

Vom Chile der Volkseinheit gingen starke Impulse aus, um die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vom beherrschenden Einfluß des US-Imperialismus zu lösen.

1) Regierungsprogramm der Volkseinheit, in: A. Acquaviva u.a., a.a.O., S. 151/153

2) Ebd., S. 111

Vorschläge zur Koordinierung der Entwicklungspläne, der Industrieentwicklung, der gemeinsamen Lösung von infrastrukturellen Problemen wurden von der Regierung der Volkseinheit den lateinamerikanischen Ländern unterbreitet - und fanden, allen Anstrengungen der USA zum Trotz, große Zustimmung.

Handelsbeziehungen wurden verstärkt, die kulturellen Beziehungen intensiviert; zum ersten Mal in der Geschichte Lateinamerikas versuchten die Betroffenen gemeinsam, die schwierigen lateinamerikanischen Probleme zu lösen. Zum ersten Mal in seiner eigenen Geschichte wurde das antiimperialistische Chile zu einer souveränen, unabhängigen Kraft in der Weltpolitik.

VORBILD CHILE

Das Chile der Volkseinheit hatte allen Sabotage- und Störmaßnahmen seiner Gegner zum Trotz in kurzer Zeit beeindruckende Erfolge im sozialen und ökonomischen Bereich vorzuweisen.

Die Industrieproduktion konnte im Jahr 1971 um 12,5 %, das Bruttosozialprodukt um 8,5 % gesteigert werden - während es in den vergangenen zehn Jahren nur jeweils um 3 % angewachsen war. Die Millionenbeträge, die jährlich als Monopolprofite der chilenischen Wirtschaft entzogen worden waren, konnten nun zur Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben verwandt werden: zum Aufbau einer nationalen Industrie und einer Landwirtschaft, die erstmals die nationalen Bedürfnisse befriedigen und den Bauern eine Zukunft ohne Elend und Knechtschaft bieten konnte.

Vergleichbare Entwicklungen hatte es bisher auf dem lateinamerikanischen Kontinent nicht gegeben. Die antiimperialistischen Kräfte in den Nachbarländern haben durch das Beispiel Chiles Auftrieb erhalten. Breite Bündnisbewegungen mit antiimperialistisch-demokratischem Programm entstanden in Venezuela, Uruguay, Costa Rica und auch unter komplizierten Bedingungen in Argentinien.

6 Der Kampf der Regierung der Volkseinheit gegen den äusseren und inneren Feind

Es war klar, daß die Unidad Popular seit dem Tag ihres Wahlsieges mit dem erbitterten Widerstand der ausländischen Konzerne und deren Regierungen rechnen mußte; ebenso war selbstverständlich vorauszusehen, daß die chilenische Großbourgeoisie nicht tatenlos bleiben würde, wenn sie in ihren Privilegien beschnitten und aus ihren ökonomischen Machtpositionen verdrängt würde.

Der erste - von der ITT geplante - Putschversuch ist weltbekannt geworden. ¹⁾ Die ITT, die in Chile ca. 150 Mio Dollar Kapitalwerte besaß und Enteignungen befürchtete, beschloß den Regierungsantritt Salvador Allendes zu verhindern. Bereits zwischen September und November 1970 sollte Chile in ein ökonomisches Chaos gestürzt, sollten Attentate auf führende Politiker und Militärs verübt, die Kapital- und Devisenflucht beschleunigt werden - kurzum: Ein allgemeines Klima der Angst, Unsicherheit und Bedrohung sollte den Hintergrund für einen Rechtsputsch der Militärs abgeben. Dieser Plan konnte nur zum Teil verwirklicht werden. Die Ermordung des Oberbefehlshabers, General René Schneider hatte die gegenteilige Wirkung erzielt: Die Putschisten hatten sich offen ins Unrecht gesetzt und waren innerhalb Chiles mehr als zuvor isoliert. Die ITT aber, die bereit war, über eine Mio Dollar für die Verhinderung des Regierungsantritts von Allende zu zahlen, und eng mit dem CIA und US-amerikanischen Diplomaten zusammenarbeitete, setzte ihre Subversionsaktivität unverdrossen weiter fort. Außer der Bezahlung von Agenten und von Boykottmaßnahmen mittelständischer Gruppen hielt sie weiter engen Kontakt mit den Führern der chilenischen Reak-

1) Die Enthüllungen des US-Journalisten Anderson vom April 1972 wurden 1973 vollständig in den Untersuchungen des US-Senats für außenpolitische Fragen bestätigt. (Vgl. Dokumententeil, S. 23 f.)

tion. In den USA mobilisierte sie - ebenso wie die Kupferkonzerne und andere an Chile interessierte Kapitalkreise - die US-Regierung zu gezielten Aktionen gegen das um seine ökonomische Unabhängigkeit und politische Souveränität kämpfende Chile.

ÖKONOMISCHE ERPRESSUNG DES IMPERIALISMUS

Nach der - mit Anerkennung von Entschädigungsansprüchen vorgenommenen - Enteignung der US-amerikanischen Kupferkonzerne im Juni 1971 veranlaßten diese die US-Regierung zur Sperrung staatlicher chilenischer Konten in den USA. Kreditzusagen wurden zurückgenommen und Ersatzlieferungen (sogar bezahlte) aus den USA unterbunden. In den sogenannten internationalen Kreditinstituten wie Weltbank, Interamerikanische Bank u. a. benutzten die USA ihr ökonomisches Übergewicht dazu, Chile jegliche neuen Kredite zu verweigern. Auch die Bundesregierung schloß sich entgegen ihren sonstigen offiziellen entwicklungspolitischen Leitsätzen und Beteuerungen, dieser internationalen, kapitalistischen Kreditblockade gegen Chile an: Über zweieinhalb Jahre lang machte sie keine neuen Kreditzusagen. Da Chile ca. 4 Mrd Dollar Schulden aus der Regierungsperiode Frei abzutragen hatte, aber die Devisenkasse der UP-Regierung durch den Fall der Kupferpreise, die Kapitalflucht und die - aufgrund von Wirtschaftssabotage - notwendig gewordenen höheren Importe sehr eingeschränkt war, mußte die Regierung alsbald in Verhandlungen um die Stundung der zurückzuzahlenden Kreditschuld eintreten.

Diese sogenannten Umschuldungsverhandlungen, die zwischen der chilenischen Regierung und zehn Hauptgläubigerstaaten periodisch über die Bedingungen der Stundung in Paris geführt wurden, waren ein weiterer Hebel zur Erdrosselung der chilenischen Wirtschaft. Die USA - mit fast 50 % Anteil Hauptgläubiger Chiles -, machten jeweils eine Umschuldung zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen für Chile von der Zahlung übermäßiger Entschädigungen für die enteigneten Konzerne abhängig. Die BRD-Delegation folgte in der Regel dieser "harten Linie" der US-Re-

gierung. Schließlich ging ein enteigneter Kupferkonzern, die Kennecott Copper Corp. dazu über, von westeuropäischen Gerichten chilenisches Kupfer beschlagnahmen zu lassen - mit der Begründung, es handele sich um ihr Eigentum, da noch keine genügende Entschädigung gezahlt worden sei.

GEGENOFFENSIVE DER UNIDAD POPULAR

Die UP-Regierung verstand es, gegen diese vielfältigen Anschläge des Imperialismus, große Teile des chilenischen Volkes zu mobilisieren. Die Anmaßungen und Eingriffe der ausländischen Konzerne waren so überdeutlich und so verhaßt in Chile, daß bei der Nationalisierung der natürlichen Reichtümer weder die christdemokratische, noch die rechtsradikale Nationalpartei gegen den UP-Verfassungsänderungsantrag im Parlament zu stimmen wagten. Neben der Stärkung der Abwehrbereitschaft der chilenischer Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes gegenüber den Machenschaften der Imperialisten verbreiterte die UP-Regierung ihren Aktionsspielraum dadurch, daß sie engere politische und ökonomische Beziehungen zu den sozialistischen Ländern aufnahm. Von ihnen erhielt die chilenische Regierung ca. 400 Mio Dollar Kreditzusagen. Vor allem technische Hilfe oder die Sendung knapper und notwendiger Güter (z. B. Medikamente und medizinische Geräte) aus den sozialistischen Ländern bedeuteten für die UP eine wertvolle Unterstützung. Gegenüber den Attacken des Imperialismus versuchte die UP-Regierung noch andere Ebenen des Kampfes zu nutzen: So richtete sie ein eigenes Kupfervertriebsnetz in Westeuropa ein, so weitete sie ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen aus und wirkte sie auf einen engeren Zusammenschluß der ausgebeuteten Länder Lateinamerikas, Asiens und Afrikas hin.

Durch die Beschleunigung der Agrarreform, die Vergesellschaftung eines Teils strategisch wichtiger oder monopolistischer Unternehmen, durch die Übernahme der Privatbanken in staatlichen Besitz sowie durch die Ausweitung des staatlichen Großhandels hatte die UP-Regierung den herrschenden Klassen Chiles schwere Schläge versetzt. Diese versuchten, durch Produktionssabotage, Boykott der behördlichen Anordnungen und mit Hetzkampagnen gegen die UP in

den Massenkommunikationsmitteln ihre verlorenen Positionen wiederzugewinnen. Ihre ökonomischen und finanziellen Mittel setzte die chilenische Bourgeoisie dazu ein, Waren zu horten, einen blühenden Schwarzmarkt zu entwickeln und die Inflation anzuheizen. Die gesetzlichen Möglichkeiten Allendes zur wirksamen Bekämpfung dieser Umtriebe sowie für Änderungen des Steuersystems waren jedoch beschränkt und der parlamentarische Handlungsspielraum der Regierung ging seit Anfang 1972 fast auf Null zurück. Daher mußte die UP-Regierung die außerparlamentarische Mobilisierung der Massen noch stärker vorantreiben, um die Machtmöglichkeiten der Exekutive voll auszuschöpfen. Beides konnte nur in einem bestimmten Umfang und Tempo erfolgen, da sich die UP in allen ihren Maßnahmen in zunehmender Häufigkeit und Intensität den Blockierungsversuchen des Parlaments, der Justiz und der Bürokratie ausgesetzt sah.

STÄRKUNG DER GEWERKSCHAFTEN

Die chilenische Gewerkschaftsbewegung entwickelte sich in der UP-Regierungszeit stark. Die Zentralgewerkschaft CUT wurde aufgrund eines Gesetzes erstmals in der chilenischen Geschichte juristisch voll anerkannt, die Zahl der gewerkschaftlich organisierten wuchs innerhalb von zwei Jahren von ca. 500.000 auf etwa 800.000. Gewerkschaftsvertreter stellten die Hälfte des Leitungspersonals in den vergesellschafteten Betrieben; an der Lohnpolitik der Regierung und der Ausarbeitung der Wirtschaftspläne hatten die Gewerkschaften maßgeblichen Anteil.

Auch auf dem Lande trieb die UP bzw. die ihr angehörenden Parteien die gewerkschaftliche Organisierung voran. Außerdem schuf die UP-Regierung Agrar-Reformzentren und kommunale Bauernräte, die die kollektive Produktionsorganisation und Koordination der Agrarpolitik von der Basis aus tragen und kontrollieren sollten. Nicht überall funktionierten diese neuen Organe der UP-Regierung in vollem Umfang, und nicht überall entsprach ihre Politik den Vorstellungen der Regierung. Gleichwohl bildeten sie schon wirksame Kontrollorgane gegenüber der staatlichen Agrarbürokratie.

tie; gleichzeitig stellten sie die lokalen Gegengewichte gegen die Latifundisten und Agrarkapitalisten dar.

Großen Erfolg hatte die UP auch mit der Organisierung von Einsätzen zur freiwilligen Arbeit. Hier beteiligte sich vor allem die fortschrittliche Jugend Chiles, Arbeiter, Schüler und Studenten, an Arbeiten, die die zurückgebliebene Infrastruktur verbessern sollten. Die UP verbesserte das Gesundheitssystem entscheidend, organisierte "Volksgesundheitszüge", durch welche auch abgelegene Dörfer und isoliert wohnende Chilenen häufig erstmals in den Genuß ärztlicher Versorgung kamen. Alphabetisierungskampagnen, massenhafte Verbreitung von Aufklärungsschriften (z. B. gegen den Alkoholismus - eines der größten Probleme Chiles) und durch Verbreiterung der Bildungsmöglichkeiten im allgemeinen trug die UP zur Hebung des Bewußtseinsniveaus der breiten Massen und damit auch zu deren Politisierung erheblich bei.

DIE STÄRKE DER AKTIONSEINHEIT

Trotz mancher taktischer und z. T. strategischer Differenzen zwischen den UP-Parteien nahm in den konkreten Kampfaktionen der Arbeiterklasse gegen die Sabotageversuche der Bourgeoisie ihr einheitliches, geschlossenes Handeln zu. Dies war vor allem in den JAPs (Basisgremien zur Kontrolle der Preise und Versorgung), die als Antwort der UP auf die Entfaltung des Schwarzmarktes ins Leben gerufen wurden, festzustellen. Neue Kampforgane der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes entstanden mit den Industriegürteln (Cordones Industriales) und den Kommunalen Räten (Comandos Comunales). In den Industriegürteln wurden - unabhängig von der Gewerkschafts- und Parteizugehörigkeit - alle Arbeiter, in den Kommunalen Räten Arbeiter, Angestellte, Intellektuelle, Hausfrauen zusammengefaßt, die aktiv den Anschlägen der Reaktion an der Basis begegneten und Gegenstrategien entwickelten. Die "Industriegürtel" entstanden 1972 im sog. "Oktoberstreik" eines großen Teils des Mittelstandes, als es sich zeigte, daß die Einzelgewerkschaften wie auch die Gewerkschaftszentrale alleine nicht in der Lage waren, die Wirt-

schaftstätigkeit, die Versorgung und den Transport auf regionaler Ebene einigermaßen zu gewährleisten. Die Kommunalen Räte versuchten die einzelnen Basisaktivitäten auf Stadtteilebene (Verkehr, Versorgung, Wohnungsbau etc.) zu koordinieren. Ihnen gehörten Vertreter aller werktätigen Schichten an. Im Allgemeingrad ihrer Aufgaben ähnelten sie den Bauernräten auf dem Lande. Je heftiger die Attacken der Bourgeoisie wurden, umso ausgeprägter und umfassender entwickelte sich die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Zuletzt umfaßte sie auch erhebliche Teile der christdemokratischen Arbeiter, die bei den Gewerkschaftswahlen fast 30% aller auf Vertreter der CUT entfallenen Stimmen stellten. Diese Tatsache - ebenso wie der Umstand, daß große Teile der öffentlichen Angestellten PDC-Anhänger sind - veranlaßte die UP immer wieder zu Verhandlungen mit dieser Partei, um hierdurch wenigstens in einigen wichtigen Punkten eine Übereinkunft herzustellen und damit auch die parlamentarische Mehrheit für bestimmte Gesetzesprojekte zu erreichen. Dadurch aber, daß der rechte Mehrheitsflügel der PDC immer stärkeren Einfluß gewann, scheiterten all diese Versuche. Allerdings hatte dies auch zur Folge, daß die PDC in den Augen einiger führender Mitglieder dieser Partei, aber auch bei vielen christdemokratischen Arbeitern immer unglaubwürdiger wurde.

BÜNDNIS MIT DEM MITTELSCHICHTEN

Wie schon erwähnt, haben die Mittelschichten in Chile ein erhebliches soziales und politisches Gewicht. Von Anfang an war die Konzeption der Unidad Popular von dem Gedanken bestimmt, daß neben der Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse die Gewinnung oder zumindest Neutralisierung eines großen Teils der Mittelschichten eine erstrangige Aufgabe der chilenischen Revolution sei. Welchen Problemen und Schwierigkeiten sah sich die Unidad Popular dabei gegenüber? Den gewerblichen, selbständigen Mittelschichten (Einzelhändler, Handwerksunternehmen, Fuhrunternehmen) ging es während der UP-Regierungszeit ökonomisch nicht schlechter, eher besser als zuvor. Auf der anderen Seite war die UP offenbar nicht ausreichend in der Lage, die UP-loyalen Teile

dieser Schicht organisatorisch und ideologisch an sich zu binden. Die ökonomische und soziale Umbruchsituation erzeugt erfahrungsgemäß bei diesen Zwischenschichten - weit eher als bei den Hauptklassen - ein Gefühl der Angst und Unsicherheit. Die Ursache dessen liegt unmittelbar weniger in der realen ökonomischen Lage, oder der Entwicklungsperspektive begründet, als vielmehr in der besonders labilen sozialpsychologischen Verfassung dieser Zwischenschichten. Die faschistischen Terroranschläge im Verein mit den gewaltigen ideologischen Hetzkampagnen der Reaktion verstärkten diese Tendenz.

Die vereinzelt vorgekommenen "spontanen" Besetzungen von Kleinbetrieben und kleinen Landgütern oder eine gelegentliche Politik, die den Einzelhändler an der Ecke als Hauptklassenfeind verkampte, nährten natürlich solche Befürchtungen. Hier sind sicherlich Fehler von ultralinken Strömungen innerhalb und außerhalb der UP gemacht worden. Auf der anderen Seite ging die UP-Regierung zu wenig energisch gegenüber faschistischen Anschlägen vor. Beispielsweise verbot die UP die eindeutig faschistische Stoßtrupporganisation "Patria y Libertad" erst nach dem ersten Putschversuch vom Juni 1973. Doch trotz verschiedener Fehler und Schwächen der UP in der Verwirklichung ihrer Bündnispolitik gegenüber den Zwischenschichten muß festgehalten werden, daß es der Reaktion keineswegs gelungen ist, diese eindeutig und langfristig auf ihre Seite zu ziehen. Die Boykottmaßnahmen wurden nie einhellig befolgt; und wenn sie mehrheitlich beschlossen wurden, dann nur im Rahmen von berufsständischen Interessen und nicht mit eindeutig politischen Zielen.

BÜNDNIS MIT DER ARMEE

Die Ausgangslage der Politik der UP gegenüber der chilenischen Armee war in mancher Hinsicht ähnlich, wenngleich hier besondere Momente - wie der größere und unmittelbare Einfluß großbürgerlich-reaktionärer Kreise - in Rechnung zu stellen sind. Durch weitgehende Befriedigung berufsständischer Wünsche und durch allgemeine Anhebung der Einkommen sollte reaktionären Kräften in der Armee keinerlei Vorwand zu politischen Eingriffen

geliefert werden. Gleichzeitig war die UP bestrebt, die Armee stärker in die Prozesse gesellschaftlicher Veränderungen einzugliedern und autoritäre Strukturen innerhalb der Armee allmählich abzubauen (z. B. sollte das Wahlrecht für Soldaten eingeführt werden). Diese Politik der Neutralisierung bzw. Gewinnung von Teilen der Armee schien zunächst auch gewisse Erfolge zu haben. So war es die Armee, die im Oktober 1972 die faschistischen Terroranschläge im Rahmen des "Mittelstand"streiks" zurückwies. Danach traten die Chefs der drei Waffengattungen in das Kabinett Allende ein, was zweifelsohne eine Stärkung der Regierungspolitik bedeutet hat. Von dieser Zeit an jedoch und verstärkt seit den aufs Ganze gehenden Attacken der Bourgeoisie nach den Märzahlen von 1973 begann auch ein rapider Polarisierungsprozess innerhalb der Armee.

7 Vorbereitung und Durchführung des Putsches

Nachdem es der chilenischen Reaktion in zweieinhalb Jahren der Regierung der Unidad Popular nicht gelungen war, diese zu Fall zu bringen, setzte sie ihre größten Hoffnungen auf die Parlaments- und Senatswahlen vom 4. März 1973. Erstmals bildeten die großbürgerliche Nationalpartei (NP) und die Christdemokratische Partei (PDC) einen gemeinsamen Wahlblock, die sog. "Demokratische Konföderation". Mit der Eroberung einer Zweidrittelmehrheit wollte sie über eine Verfassungsklage den sofortigen Sturz der Regierung Allende erwirken. Die politischen Geschäftsführer der besitzenden Klassen, die nach Möglichkeit auf "legalem" Weg an die Macht gelangen wollten, spekulierten darauf, daß die Regierung der Volkseinheit ebenso rasch abgewirtschaftet hätte, wie

die vorangegangenen bürgerlichen Regierungen. ¹⁾ Doch entgegen ihren Hoffnungen errang die UP bei den Parlamentswahlen am 4. März 1973, gemessen an den Präsidentschaftswahlen von 1970, mehr als 7% der Wählerstimmen hinzu. Über 43% stimmten für die Volkseinheitsregierung, die als erste Regierung Chiles mit ihren Wahlversprechen ernst gemacht hatte. Die UP konnte ihre Positionen unter der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Jugend, den Frauen und auch unter den Mittelschichten stark verbessern, trotz der spürbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und trotz der zügellosen Demagogie der vereinten Rechten, wie sie in der Wahlparole: "Rettet Chile vor der kommunistischen Diktatur" zum Ausdruck kam.

DER ERFOLG DER MÄRZWAHLEN FÜR DIE VOLKSEINHEIT

Die chilenischen Volksmassen erteilten der Reaktion durch die Märzahlen eine entschiedene Abfuhr. Ihre Niederlage nahm die Großbourgeoisie zum Anlaß, in ihrem Sprachrohr "El Mercurio" zum Frontalangriff auf die Regierung Allende zu blasen: "Die marxistische Revolution, wie sie sich in Chile vollzieht, läßt sich nicht durch eine Propagandakampagne oder die übliche Parteitätigkeit aufhalten." ²⁾ Pablo Rodriguez, der Vorsitzende der Faschistischen "Patria y Libertad", wurde noch deutlicher: "Allende muß heute gestürzt werden und nicht morgen. Wenn die Wahlen 1976 stattfinden, wird der Marxismus 80% der Stimmen sammeln." ³⁾

Die reaktionären Kräfte begannen in Eile mit der Planung und Vorbereitung eines militärischen Umsturzes. Als gemeinsamer Leitfa- den boten sich die Geheimpläne von ITT und CIA an (vgl. Dokumententeil). Die US-Regierung, internationale Monopole und die chilenische Oligarchie kombinierten verschärfte "Erdrosselungs"maßnahmen von außen (Kredit-, Handelssperren u. a. m.) mit der Orga-

1) So war der Stimmenanteil der Alesandri unterstützenden Parteien von 31% - 1958 auf 23% - 1963, der des Christdemokraten Frei von 55% - 1964 auf 28% - 1970 zusammengeschrumpft.

2) A.Yanez, G.Bauchero, Die Auseinandersetzung geht weiter, In: Probleme des Friedens und des Sozialismus Nr.9/1973, Prag, S. 1258

3) A.a.O., S. 1259

nisierung eines wirtschaftlichen und politischen "Chaos" im Lande. Der CIA und die IIT fanden in den politischen Rechtsparteien (der Nationalpartei, der Christdemokratischen Partei), in der faschistischen "Patria y Libertad" und in den Unternehmerverbänden ihr konterrevolutionäres Betätigungsfeld.

Im April 1973 blockierte die reaktionäre Parlamentsmehrheit die Vorschläge der UP-Regierung zur notwendigen Ausweitung des Finanzhaushaltes. Kurz darauf deckte die UP einen Plan auf, der die Entfesselung eines Bürgerkrieges noch vor dem 21. Mai vorsah, d. h. noch bevor Allende die traditionelle "Botschaft an die Nation" vor dem neuen Parlament verkünden sollte. Präsident Allende verlas diese Botschaft daher unter der anklagenden Losung "Für Demokratie und Revolution, gegen den Bürgerkrieg". Er betonte in seinem Bericht, die Reaktion habe ihr politisches Scheitern erkannt. Sie versuche deshalb, ein politisches und wirtschaftliches Chaos im Land zu stiften. Die große Mehrheit des Volkes aber kehre den Bürgerkriegsstrategen den Rücken, respektiere die rechtmäßig gewählte Regierung und trete für soziale Veränderungen ein. Der Präsident sagte den faschistischen und umstürzlerischen Kräften den entschiedenen Kampf an.

SIGNAL FÜR DEN PUTSCH — DEMAGOGIE DER REAKTION

In dieser Phase eröffneten die bürgerlichen Massenmedien und Rechtsparteien eine Kampagne, in der sie - und mit ihnen ultralinke Elemente - die demagogische Forderung erhoben, die Löhne der Arbeiter und Angestellten drastisch zu erhöhen. Der Streik von 30% der Belegschaft ¹⁾ in der Kupfermine El Teniente wurde politisch gegen die UP-Regierung ausgeschlachtet. Aufgeputzte Herrschaften aus reichen Wohnvierteln und Mitglieder faschistischer Organisationen entdeckten plötzlich ihr "Herz" für die Kupferarbeiter, veranstalteten "Solidaritäts"demonstrationen und öffneten ihre Dollarkonten für die "unglücklichen Streik-

1) Diese 30% der Belegschaft setzten sich vor allem aus Vorarbeitern und technischen Angestellten zusammen.

den". Doch gelang es ihnen weder, den Streik auf andere Kupferminen auszudehnen, noch den überwiegenden Teil nämlich 70% der El Teniente-Belegschaft an der Weiterarbeit zu hindern. Zwar fügten sie der chilenischen Wirtschaft mit einem Exportverlust von über 200 Mio US-Dollar beträchtlichen Schaden zu, doch ihre politische Strategie der Spaltung der Arbeiterklasse scheiterte. Denn, so schrieb das Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chiles, Gabriel Banhero: "Die Massen verstehen sehr wohl, daß die kapitalistischen Wölfe im Schafspelz nicht ihre Freunde sein können. Daher greift die Reaktion zunehmend zum offenen Terror." 1)

MOBILISIERUNG DER VOLKSMASSEN

Sprengstoffanschläge und Überfälle auf Produktionsanlagen, Verkehrswege, Gewerkschafts- und UP-Vertreter häuften sich. Hunderttausende von Arbeitern, Frauen, Jugendlichen beantworteten die anwachsende Wühlarbeit der Reaktion mit machtvollen Demonstrationen im ganzen Land, mit der Festigung und Ausweitung ihrer Basisorganisationen. Die Jugendverbände der UP organisierten einen einmonatigen Solidaritätsmarsch durch alle Landesteile. Die Zentralgewerkschaft CUT, die etwa 1 Mio Mitglieder zählt, rief die Arbeiterklasse zu erhöhter Wachsamkeit und Aktivität auf. Am 21. Juni führte die CUT einen Generalstreik zur Unterstützung der Regierung Allende durch. In Santiago demonstrierten 800.000 Menschen gegen die dunklen Machenschaften der Rechtskräfte unter der Losung "Allende - das Volk verteidigt dich".

Im Juni beschloß der 1. Nationalkongreß der Unidad Popular, die Entwicklung aller zentralisierten Organe der Volksmacht zu fördern und den Anschlägen der Bourgeoisie noch entschiedener entgegenzutreten. Der Kongreß beschloß ferner die Enteignung weiterer monopolistischer Privatunternehmen und die rasche Ausarbeitung eines umfassenden nationalen Wirtschaftsplanes für 1974.

1) Probleme des Friedens und des Sozialismus, 9/1973, S. 1259

DER ERSTE ANGRIFF - 29. JUNI 1973

Die Rechtskräfte wiesen die Warnungen der Unidad Popular vor einem drohenden Staatsstreich lautstark als "kommunistische Erfindung" zurück, während sie unter der Hand einen Mordanschlag auf General Prats, den Befehlshaber des Heeres und Innenminister vorbereiteten, um damit ein günstiges Klima zur Entfesselung eines Staatsstreiches zu erzeugen.

Am 29. Juni 1973 versuchten Panzereinheiten und faschistische Elemente, den Regierungspalast zu stürmen. Doch wurde dieser Putschversuch dank des entschlossenen Einsatzes von General Prats, von loyalen Truppenverbänden und der sofortigen Mobilisierung der Arbeiter niedergeschlagen. Allerdings signalisierte dieses Ereignis auch, daß sich reaktionäre Offizierskreise zu formieren begannen und die besitzenden Klassen hier auf "Gegenliebe" hoffen durften. Der Faschistenführer Roberto Thieme gestand die Beteiligung oligarchischer Kreise, der Nationalpartei, der "Fatria y Libertad" und des CIA an diesem Putschversuch. Weiter erklärte Thieme, er und seine US-amerikanischen Geldgeber würden auch künftig alles daransetzen, die neutralisierende Einheit der Armee zu spalten, um die Regierung Allende gewaltsam zu stürzen. Tage darauf entdeckte man im Hause des CIA-Agenten Fuentes einen Plan zum Sturz Allendes. Danach sollten reaktionäre Militärkreise zum Putsch provoziert, die Führer der Linksparteien sofort "ausgeschaltet", die demokratischen Freiheiten liquidiert sowie alle enteigneten Betriebe reprivatisiert werden.

Am 26. Juli 1973 begann Chiles Fuhrunternehmerverband, mit Unterstützung der Rechtsparteien einen umfassenden Boykott der Versorgung von Bevölkerung, Landwirtschaft und Industriebetrieben. Diesem Boykott schlossen sich in den folgenden Wochen Teile der Bus- und Taxiunternehmer, der Einzelhändler und Ärzteschaft an. Der Chef der Fuhrunternehmer Leon Vilarin gab bekannt, daß der "Streik nur mit der Niederwerfung der Regierung enden wird." Der Präsident der Ärztekammer Cruz erklärte: "Natürlich werden Leute wegen Mangels an medizinischer Betreuung sterben; im Krieg

muß man töten." ¹⁾ Parallel zu dieser durchorganisierten Sabotage überzog eine nie gekannte Welle von Terroraktionen das Land. Sprengstoffanschläge und Attentate auf Anhänger und Funktionäre der UP, auf freiwillige Arbeitsbrigaden, gegen Verkehrsmittel, Energiebasen etc. erreichten bis Anfang September 1973 die Zahl von über 1.000. Die "streikenden" Unternehmer und Lastwagenfahrer machten bei Anfragen keinen Hehl daraus, daß ihnen der CIA das Vierfache ihres Normalverdienstes an Schmiergeldern zuschob. ²⁾ Faschistische Kräfte kündigten in Drohbriefen und an Häuserwänden unter der Losung "Jetzt kommt Djakarta" Massaker an. ³⁾ Sie ermordeten Araja, den Chefadjudanten Allendes, den Vorsitzenden des staatlichen Transportunternehmens (MORAPE) und viele andere.

Im Namen von "Ruhe und Ordnung" riefen die Massenmedien der Reaktion die Armeeführung zum Sturz Allendes auf. Sie richteten ihr Trommelfeuer gezielt gegen fortschrittliche und loyale Militärs, die seit der Oktoberkrise 1972 an der Regierungsarbeit teilhatten. So kam es, daß im Juli/August 1973 loyale Offiziere, die der Linie von General Prats folgten, zunehmend in die Isolierung gerieten. Am 23. August 1973 sah sich General Prats gezwungen, von seinen Funktionen zurückzutreten. An seine Stelle rückte A. Pinochet, der jahrelang Militärattaché in Washington und Mitglied der Militärmission in den USA war. Zugleich gelang es reaktionären Offizierskreisen, den berüchtigten Admiral Merino, der aus seiner faschistischen Gesinnung nie einen Hehl machte, als neuen Befehlshaber der Marine einzusetzen.

Schon Ende August hatten Marineoffiziere unter Merinos Kommando loyale Soldaten gefoltert und waren brutal gegen Arbeiter vorgegangen, als sie Betriebe nach Waffen durchsuchten. ⁴⁾ Die

1) in: Chile-Nachrichten vom 14. 9. 1973, S. 2

2) Vgl. Berliner Extra-Dienst vom 5. 10. 1973 und Stern vom 20. 9. 1973

3) Anspielung auf die Ermordung von rund 500.000 Kommunisten und anderen Fortschritt Kräften 1965 in Indonesien (Hauptstadt: Djakarta) nach einem reaktionären Militärputsch unter General Suharto

4) Dokumente zu diesen Folterungen, in: Chile-Nachrichten, Nr. 5, 14. 9. 1973, S.20 - 31

bürgerlichen Parteien (die Nationalpartei und die Christdemokraten) trieben von der Bühne des Parlaments aus diesen Rechtsruck innerhalb der Armeespitze kräftig voran. Sie bezichtigten Präsident Allende des Verfassungsbruchs und erklärten die UP-Regierung für "illegal"; der Christdemokrat Frei schließlich forderte die Militärs auf, "mit dieser Situation Schluß zu machen." 1)

"GEGEN FASCHISMUS UND BÜRGERKRIEG"

Präsident Allende prangerte Ende August diese Kräfte als "Faschisten und Lumpen" an, die in Chile den Bürgerkrieg entfesseln und das werktätige Volk seiner Rechte und Freiheiten berauben wollten. Am 4. September, dem 3. Jahrestag des Wahlsieges der Unidad Popular, fand in Santiago die größte Demonstration während der Regierungsperiode der UP statt, an der sich 1,2 Mio Menschen beteiligten. "Gegen Bürgerkrieg und Faschismus - Für die Verteidigung Allendes", lautete die zentrale Losung. Infolge der hohen Selbstorganisation der arbeitenden Massen, der resoluten Beschlagnahmungen und der Sperrung der Auslandskonten durch die UP-Regierung, zeichnete sich mit dem Abbröckeln des Versorgungsboykotts auch die reale Möglichkeit der Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage ab.

In dieser Situation beschloß die Reaktion, koordiniert und massiv loszuschlagen. Regierung und Parteien der UP sahen die Gefahr des konterrevolutionären Putsches kommen. Sie taten alles, um ihn zu verhindern. Freilich waren ihre Möglichkeiten, dem Komplott in den Arm zu fallen, begrenzt. Am 10. September veröffentlichte die Führung der KP Chiles einen Aufruf an die "Arbeiterklasse und das chilenische Volk, ihre Kampfposten zu beziehen und bereit zu sein, den Ansturm der Reaktion abzuwehren." Sie klagte die Führung der Christdemokraten und US-imperialistische Kreise der aktiven Teilnahme am "Generalstab der Verschwörung" 2) an.

1) FAZ, 24. 8. 1973 und Horizont Nr. 40/73, S. 19

2) Vgl. Horizont, Nr. 39/73, S. 6

TERROR UND BARBAREI

Am 11. September stürmten die reaktionären Militärs mit Kampf-
flugzeugen, Panzern, Artillerie und Infanterie Industrieviertel
und den Regierungspalast, ermordeten Staatspräsident Salvador
Allende und stürzten die rechtmäßige Regierung der Volkseinheit.
Wie einst im spanischen Bürgerkrieg zertraten die Faschistenge-
nerale im Namen der "Befreiung Chiles vom marxistischen Joch"
alle verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten. Die Militärjunta
Pinochets löste das Parlament auf, verbot die Kommunistische und
Sozialistische Partei, dann auch die anderen Parteien der UP.
Namhafte Führer und Anhänger der UP wurden für "vogelfrei" er-
klärt, sämtliche gewählten Bürgermeister, Gouverneure, Univer-
sitätsrektoren etc. abgesetzt, deportiert oder erschossen. Die
Putschisten verhängten den Ausnahmestand und ein totales Ver-
bot für alle nichtfaschistischen Fernseh-, Rundfunk- und Presse-
organe. Sie veranstalteten öffentliche Bücherverbrennungen vor
allem marxistischer Literatur. Auch die Werke des Nobelpreisträ-
gers, Pablo Neruda, gingen in Flammen auf. Im ganzen Land traten
sog. "Kriegsräte", d.h. Standgerichte und bis an die Zähne be-
waffnete faschistische Terrorgruppen in Aktion. Die von Arbei-
tern besetzten und verteidigten Betriebe, Wohn- und Elendsvier-
tel wurden gnadenlos mit Bombenangriffen, Panzer- und Artille-
riefeuer belegt. 500 Arbeiter starben in den Trümmern einer
Santiagoer Textilfabrik. "Zur Warnung" - so ein Militärsprecher -
ermordete die Soldateska selbst Kinder in den Arbeiterbezirken.
Gegen Widerstand leistende oder "verdächtige" Arbeiter, Bauern,
Intellektuelle und Jugendliche wurden Massenerschießungen ange-
ordnet. Bis Anfang Oktober 1973 fielen rund 20.000 Patrioten den
Putschisten zum Opfer. In Sportstadien und auf Inseln richtete
die Junta eilends Konzentrationslager ein, in denen Zehntausen-
de von chilenischen und ausländischen Demokraten gefoltert, ver-
gewaltigt, zum Selbstmord getrieben oder ermordet wurden und
werden. (Vgl. Dokumententeil, S. 33 ff.)

Dennoch erdreistete sich die Junta, Anfang Oktober 73 eine Zahl
von nur rund 480 Opfern des Putsches zu nennen. In dieser Zeit

zählte man allein in einem Leichenschauhaus Santiagos 2.796 Tote mit Schußwunden. Die "Newsweek" sprach vom "Schlachthaus" Santiago. Die Junta hingegen bezeichnete das als "Normalisierung".

General Pinochet forderte die Arbeiter in einer Rundfunkrede vom 17. September 73 auf, mit ihm "vereint für ein gemeinsames Ziel der Größe und Freiheit zu kämpfen." Unterdessen erschloß die Junta die gewählten Interessenvertreter der Arbeiterklasse - wobei sie nach "Schwarzen Listen" der Unternehmerverbände vorgeht -, erklärte die Gewerkschaftszentrale CUT für illegal, ihre Basisorganisationen für aufgelöst und stellte den Arbeiterführer und gewählten Senator, Luis Corvalan, vor ein Kriegsgericht. Andererseits übereignet die Militärjunta politische und wirtschaftliche Schlüsselpositionen an Kreise des Großkapitals, Großgrundbesitzer und profaschistische Mitglieder der Nationalpartei.

MACHTERGREIFUNG DES GROSSKAPITALS

Zum neuen Wirtschaftsminister ernannten die Generale Leniz Cerda, Präsident des Pressekartells "El Mercurio" und Mitglied der Nationalpartei; Ricardo Claro von der Unternehmergruppe "Piranas" amtiert als erster Wirtschaftsberater der Junta; als neuen Außenminister setzten die faschistischen Diktatoren Orlando Saenz, den Präsidenten des Unternehmerverbandes SOFOFA ein; unter Allende enteignete Großgrundbesitzer leiten heute das Landwirtschaftsministerium; führende NP-Mitglieder wie Jacobo Neumann oder Maximo Errazuriz operieren als neue Fabrikdirektoren.

Ebenso spiegelt eine Reihe von innenpolitischen Maßnahmen der Junta die Durchsetzung der Profit- und Herrschaftsinteressen der chilenischen Oligarchie wider:

Entsprechend der vom Luftwaffengeneral Leigh angekündigten ständestaatlichen Verfassung sollen die Unternehmer oder Manager zukünftig als Sprecher der Arbeiter auftreten. Die von der UP-Regierung für Oktober 73 beschlossene Verdreifachung der Arbeiterlöhne wurde von der Junta ersatzlos gestrichen; statt-

dessen verfügte sie einen totalen Lohnstop und Massenentlassungen - bis Anfang Oktober wurden über 100.000 Arbeiter und Angestellte auf die Straße gesetzt. Während die Junta das Heer der Arbeitslosen bedenkenlos erweitert, untersagt sie die weitere Verteilung von Milchrationen an über 600.000 Kinder, und erhöht sie die Preise von Brot und anderen Grundnahrungsmitteln um ein Vielfaches. Arbeitern, die für die Sicherung des Existenzminimums ihrer Familien kämpfen, droht die sofortige Erschießung.

Am 23. September 73 erklärte die Junta, daß sie die staatlichen Betriebe wieder an die Großbourgeoisie und daß sie die den Bauern und Landarbeitern übereigneten Ländereien den Großgrundbesitzern zurückgeben sowie die Bauerngenossenschaften liquidieren werde.

Die Nationalpartei und die "Patria y Libertad" dokumentierten ihre völlige Übereinstimmung mit der Politik der Junta, indem sie ihre Selbstaflösung beschlossen; größte Teile ihrer Mitgliedschaft haben sich in die Mordkommandos und die Unterdrückungsmaschinerie der Konzentrationslager eingegliedert. Die rechten Führer der Christdemokraten und Befürworter des Putsches, Frei und Alwyn, stellten sich den Faschistengeneralen für Auslandsreisen zur Verfügung, um dort für deren Unterstützung zu werben.

RECHTFERTIGUNGS- UND VERSCHLEIERUNGSVERSUCHE

Mit dem Versuch, den Putsch als nationale Heldentat darzustellen, der einen angeblich geplanten linken Staatsstreich verhindert habe, will die Junta die massive Beteiligung des US-Imperialismus verschleiern - des US-Imperialismus, der sich bei der Bevölkerung so verhaßt gemacht hatte, daß die Verstaatlichung des Kupferbergbaus selbst von der chilenischen Großbourgeoisie öffentlich unterstützt worden war.

Die Tatsachen aber beweisen: Dieser Putsch trägt die Handschrift des US-Imperialismus. Und: Die Putschistenjunta betreibt eine eindeutig proimperialistische Politik. Schon 24 Stunden vor dem Umsturz tagte im Regierungssitz Nixons ein Chile-"Krisen"-stab unter Beteiligung von CIA und ITT. Der US-Botschafter in

Chile, Davies, traf von einem Blitzbesuch in Washington Stunden vor Putschbeginn der Militärs wieder in Santiago ein. Am 10./11. September entsandte die US-Regierung ihre Kriegsflotte vor die chilenische Küste. Ein hoher Beamter der Nixon-Regierung sprach nach der Ermordung des Staatspräsidenten Allende von "einem erfolgreichen Abschluß unserer Politik". 1)

GLÜCKWÜNSCHE DES IMPERIALISMUS

Während die Kupferaktien der US-Konzerne und die Kupferpreise in die Höhe schnellten, bemühte sich die Junta - entgegen ihren nationalistischen Verlautbarungen - darum, die Türen Chiles für umfangreiche Investitionen der imperialistischen Monopole wieder zu öffnen. Juntachef Pinochet ließ in einem Interview mit dem US-Nachrichtenmagazin Time durchblicken, daß es eine Wiederherstellung der Besitzrechte für Bergwerke und Fabriken zugunsten der US-Konzerne geben könne. "Wir werden so viel Freiheit wie möglich zu bieten versuchen", sagte er wörtlich. 2)

Am 6. Oktober erklärte der Juntachef in einem Interview mit Springers Welt, diese Politik verspreche "Rentabilität und Sicherheit sowohl für chilenische wie auch für ausländische Investoren." Im Klartext heißt das: Im Interesse der in- und ausländischen Monopolherren werden terroristische Unterdrückung und schamlose Ausbeutung der chilenischen Arbeitermassen garantiert.

Bereitwillig stellten US-Regierung und imperialistische Finanzkreise der faschistischen Junta die Kredite zur Verfügung, die sie Allende verweigert hatten - die interamerikanische "Entwicklungsbank" 65 Millionen Dollar, die US-Regierung 24 Millionen Dollar. Westdeutsche Monopolkapitalisten annoncierten am 21. September in der FAZ: "Chile: Jetzt investieren... bieten sich außergewöhnliche Möglichkeiten." Die chilenische Reaktion zahlt bis auf weiteres mit dem Blut des chilenischen Volkes zurück...

1) Unsere Zeit, 21.9. 1973

2) Horizont Nr. 42/73, S.15

8 Der Widerstandskampf gegen die Militärjunta

Das Feuer ihres militärischen Überfalls vom 11. September konzentrierte die faschistische Junta von Anbeginn auf Betriebe, Arbeiterwohnviertel und Elendsquartiere, Universitäten, bäuerliche Genossenschaften, Gewerkschafts- und Parteieinrichtungen der Unidad Popular. Die Junta überzog das Land mit einer furchtbaren Terrorwelle und erklärte der chilenischen Arbeiterklasse, dem chilenischen Volk den "inneren Krieg." Gabriel Banhero, der Vertreter der Unidad Popular auf der Solidaritätskonferenz des Antimperialistischen Solidaritätskomitees in Mainz, beschrieb diesen Zustand am 12. Oktober mit folgenden Worten: "Dies ist genau das gleiche wie der Krieg zwischen zwei Ländern. Hier ist das Lager der reaktionären Militärs und der Faschisten, dort das ganze chilenische Volk. Tausende chilenischer Patrioten werden ermordet, und es gibt Tausende von politischen Gefangenen. Die Junta nennt sie 'Prisioneros', also Kriegsgefangene. Und in diesem Krieg fallen nicht nur die Anhänger der Unidad Popular, es fallen Sozialisten und Kommunisten, Demokraten und Christen, Männer, Frauen, Kinder; darunter auch Mitglieder und Anhänger der Christdemokratischen Partei."

Die Hauptmerkmale des Putsches vom 11. September sind seine ungeheure Brutalität, sein blitzartiger und massiver Charakter. Die chilenischen Arbeiter und Patrioten waren darauf vorbereitet, ihm entgegenzutreten und entschiedenen Widerstand zu leisten. Sie gingen davon aus, daß sich ein wesentlicher Teil der Armee an die Seite der rechtmäßigen Regierung der Volkseinheit stellen würde. Doch dies war nicht der Fall. Einige Tausend von Soldaten und Carabinieri ¹⁾ weigerten sich zwar, den Juntabefehlen Folge zu leisten; doch dieser Teil stand einer Übermacht von der Junta ergebenen Militärs gegenüber. Die progressiven

1) Carabinieri: militärisch ausgebildete und ausgerüstete Polizeitruppe (25.000 Mann)

Offizierskreise hatte man zum Großteil in den Wochen vor dem Putsch ausgeschaltet; in Santiago wurden in den ersten Tagen des Umsturzes 2.000 UP-treue Soldaten und Carabineros niedergemetzelt.

Die Arbeiterklasse verteidigte sich unter ungleichen Bedingungen; sie war an militärisch ausgebildeten Kräften und in der militärtechnischen Ausrüstung weit unterlegen. Die Parteien der Unidad Popular und die Massenorganisationen der Werktätigen leisteten jedoch tagelang einen erbitterten bewaffneten Widerstand in den von ihnen besetzten Betrieben und in ihren Wohnvierteln. Heute setzen sie ihren Widerstandskampf trotz großer Verluste, trotz tiefer Illegalität organisiert und unter dem einheitlichen Kommando der Kommunistischen und Sozialistischen Partei, der MAPU und anderer Organisationen fort. Das chilenische Volk nutzt dabei verschiedene Kampfformen, einschließlich des bewaffneten Kampfes.

"Der wirkliche Kampf setzt erst ein", sagte ein 23-jähriger Arbeiter aus dem Wohnviertel in Santiago. "Viele von uns werden die Arbeit wiederaufnehmen und Ruhe bewahren, insgeheim aber werden wir uns auf einen neuen Waffengang vorbereiten." 1)

Daß sich das chilenische Volk nicht vor dem Terror der Militärjunta beugt und beugen wird - das zeigte die Demonstration bei der Beerdigung von Pablo Neruda: Tausende begleiteten den Sarg des Dichters und Kommunisten durch die Straßen Santiagos, unter dem ständig wiederholten Ruf: "Genosse Pablo Neruda, gegen die Diktatur sind wir hier, heute und immer." Ungeachtet der schwerbewaffneten Söldner, die sie umstellten, brachen Tausende in Hochrufe auf Allende aus und sangen die Internationale.

Trotz ihrer auf Hochtouren laufenden Terrormaschine vermochte es die faschistische Junta nicht, die fortschrittlichen Parteien und Massenorganisationen in ihrer Struktur zu zerschlagen. Trotz der Liquidierung und Festnahme einer Reihe namhafter Persönlichkeiten der Unidad Popular ist diese nicht führungslos geworden, leitet sie aus dem Untergrund die Widerstandsaktionen an.

1) Neue Zeit, Nr. 39 / 1973, Moskau, S. 8

ANTIFASCHISTISCHE FRONT

Angesichts des bestialischen Wütens der faschistischen Junta verläuft die gegenwärtige politische Trennungslinie nicht zwischen der UP und denjenigen, die in Opposition zu ihr standen, sondern sie verläuft zwischen der verschwindend kleinen Minderheit, die den Faschismus unterstützt, und der überwältigenden Mehrheit des chilenischen Volkes, die sich dem Faschismus widersetzt. Ein Spiegelbild dessen ist die Haltung der Christdemokraten: Rechte Führer wie Frei und Alwyn, die den Putsch begrüßten und der Junta ihre Dienste anboten, isolierten sich infolge der überall sichtbar werdenden Schreckensherrschaft der Putschisten gegenüber ihrer traditionellen Mitglieder- und Wählerschaft, gerade auch gegenüber den Mittelschichten.

Der linke Flügel der CDP, Führungspersönlichkeiten wie der Präsidentschaftskandidat von 1970, Tomic, oder der Gewerkschafter Fuentealba und mit ihnen vor allem die christdemokratische Arbeiterbasis schlossen sich erklärtermaßen der Unidad Popular an.

Die Junta hat dem chilenischen Volk nichts als Terror, Tod, Elend und Hunger gebracht: Sie zerschlägt seine sozialen Errungenschaften. Den politischen Willen der arbeitenden Massen, ihren Kampf um Demokratie und Freiheit aber vermag sie nicht auszulöschen.

Diesen Eindruck gewann auch der peruanische Journalist M. Marguez, als er mit chilenischen Arbeiterfrauen sprach, deren Männer sich in den Betrieben verteidigten. Hier ihre Aussagen: "Schauen Sie, Herr, die jetzt sterben, das ist das Volk, das gleiche, das den Kameraden Allende wählte und das 3 Jahre lang ein neues Leben voll Respekt für die Arbeiter erfahren hat."

Eine ältere Arbeiterin erklärte: "Wir müssen vorwärts marschieren. Das bleibt nicht so. Das ist nicht von Dauer. Wir sind ruhig, total ruhig, obwohl unsere Söhne, unsere Brüder gefallen sind. Das Volk läßt sich nicht von den Faschisten betrügen. Allende ist für uns nicht gestorben, er wird in unseren Herzen

weiterexistieren. Wir werden über diese Gorillas, diese Kanail-
len, diese reichen Schurken siegen, die gekommen sind, uns auf-
zuhalten." 1)

Diesen gleichen unbeugsamen Kampfeswillen der chilenischen Volks-
massen versicherte auch Gabriel Banchero am 12. Oktober in Mainz:

"Das chilenische Volk wird kämpfen. Es wird seinen Weg finden.
Es wird alle Formen des Kampfes einsetzen, um die Junta zu stür-
zen. Das chilenische Volk wird seine Freiheit wiedererlangen,
seine sozialen Errungenschaften zurückerobern, die es zeitweilig
verloren hat. (...)

Dieser unzerstörbare Kampfesmut und die große Solidarität der
Völker in aller Welt werden es möglich machen, daß die Nacht
des Faschismus, die über Chile hereingebrochen ist, eine kurze
sein wird."

1) Arbeitskreis Informationen aus Südamerika, Cajamarca, Peru,
22. 9. 1973

9 Solidarität mit dem chilenischen Volk

Die demokratische Weltöffentlichkeit reagierte auf den faschistischen Militärputsch und den Sturz der rechtmäßigen Regierung der Unidad Popular mit einem beispiellosen Proteststurm. In spontanen Massenkundgebungen und Spendenaktionen für die chilenischen Patrioten wurden Millionen Menschen auf allen Kontinenten aktiv.

Die große Ausstrahlungskraft der chilenischen Volkseinheitsbewegung fand besonderen Widerhall gerade auch in den kapitalistischen Ländern mit einer vergleichbaren Stärke der Arbeiter- und Volkseinheitsbewegung. Z.B. einigten sich in Frankreich 14 Organisationen, alle Gewerkschaften und Linksparteien auf eine Massenaktion: die französische Arbeiterklasse trat am 13. September als Zeichen ihres Protestes in einen einstündigen Generalstreik.

Chiles Beispiel der Aktionseinheit wirkte in den Solidaritätserklärungen und -aktionen der kommunistischen, sozialistischen und anderer fortschrittlicher Parteien in aller Welt nach: Auch in Argentinien, Venezuela und Italien riefen die Gewerkschaften geschlossen zu Solidaritätsstreiks auf. Die Hafenarbeiter Frankreichs, Großbritanniens und anderer Länder boykottierten die für die Junta bestimmten Waffenlieferungen ihrer Regierungen.

Die Parlamente Argentinien, Venezuelas, Kolumbiens und Kostarikas verurteilten entschieden den Militärputsch und würdigten Präsident Allende. Die Regierungen der sozialistischen Länder - mit Ausnahme Chinas¹⁾ und Albaniens - unterbrachen demonstrativ

1) Die chinesische Regierung entthob z.B. am 11. Oktober 1973 den amtierenden chilenischen Botschafter in Peking und linken Christen, Armando Uribe, seiner Ämter und Funktionen. Uribe hatte sich gegen die Militärjunta in Santiago ausgesprochen und die Veröffentlichung von Beweismaterial der Unidad Popular über die Beteiligung der USA am Putsch angekündigt. Mit der Akkreditierung eines Junta-treuen Botschafters in Peking hat China die Junta faktisch anerkannt. Die chinesischen Führer lehnten es ferner ab, Uribe am Pekinger Flughafen zu verabschieden; dagegen erschienen die Botschafter der sozialistischen Staatengemeinschaft und Dänemarks.

In der UNO-Generalversammlung verließ die chinesische Delegation - im Gegensatz zu den Vertretern der sozialistischen Staatengemeinschaft und zahlreicher anderer Länder - nicht den Sitzungssaal, als der Repräsentant der chilenischen Faschisten, Ismael Huerta, den Putsch und die Terrormaßnahmen der Militärjunta rechtfertigte.

ihre diplomatischen Beziehungen zu Chile. Kuba und die Sowjetunion strichen die mit der UP-Regierung vereinbarten Hilfeleistungen und prangerten gemeinsam mit der Überzahl der anderen Mitgliedsstaaten in der UNO die "Nixon, Frei und Pinochet" (Neruda) an. Skandinavische Länder wie Schweden und Finnland froren ihre Entwicklungsprogramme für Chile ein.

Der am 18. September 1973 in Rom von führenden Repräsentanten der UP-Parteien verfaßte "Appell an alle Menschen guten Willens" legte den Hauptakzent darauf, die Solidaritätsbewegung auf breiter Ebene gegen den faschistischen Terror in Chile zu entfalten. Am 22. September verabschiedeten auf einer Tagung in Paris die Vertreter von 74 Jugendorganisationen aus 22 Ländern Europas ein gemeinsames Aktionsprogramm zur Koordinierung und Verstärkung ihrer Solidarität mit dem chilenischen Volk. Die Delegierten repräsentierten das breiteste Spektrum von Jugendorganisationen der sozialistischen und kapitalistischen Länder, wie es beim X. Festival in der DDR vertreten war; darunter der Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ), der Internationale Studentenbund (ISB), die Internationalen Unionen der Sozialistischen, der Christlich-Demokratischen, der Liberalen und Radikalen Jugend. Aus der BRD nahmen u.a. die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB), der Spartakus und die Jungsozialisten teil.

HELSINKI - KONFERENZ

Eine Zusammenfassung zur einheitlichen Weltsolidaritätskampagne erfuhr die Chile-Solidarität auf der "Internationalen Solidaritätskonferenz" am 29./30. September 1973 in Helsinki, an der sich alle Parteien der Unidad Popular, 200 Delegierte aus 57 Ländern, Regierungsvertreter und 17 internationale Organisationen beteiligten. Ihre politischen Kernforderungen verabschiedete die Helsinki-Konferenz in dem "Dringenden Appell zur Weltsolidarität mit dem chilenischen Volk": Verurteilung der faschistischen Militärjunta und des mitputschenden US-Imperialismus; Schluß mit dem Morden, den Verfolgungen und Konzentrationslagern; Unter-

stützung des Widerstandskampfes des chilenischen Volkes. (Vgl. Dokumententeil, S.40)

Das zweite Hauptdokument von Helsinki, die "Empfehlungen zu Solidaritätsaktionen", sieht u.a. vor: Umfassende Spendenaktionen für die Opfer der Junta und den Widerstandskampf in Chile, Protestkampagnen zur internationalen Isolierung der Junta, die Durchführung eines weltweiten Solidaritätstages für Chile am 4. November 1973. Ferner beschlossen die Konferenzteilnehmer in Helsinki, "ein allen Organisationen offenstehendes internationales Verbindungskomitee zu bilden". In Telegrammen an den UNO-Generalsekretär, an die UNO-Menschenrechtskommission und an die Militärjunta in Santiago forderte die Helsinki-Konferenz, "die sofortige Freilassung des Senators Luis Corvalan und aller politischen Gefangenen wie die Achtung der grundlegenden Menschenrechte".

DIE WESTDEUTSCHE SOLIDARITÄTBEWEGUNG

Die ersten Solidaritätsaktionen in der Bundesrepublik fanden unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Putsches in Chile statt. Sie wurden zumeist von denjenigen Jugendorganisationen, Parteien und politischen Verbänden getragen, die bei den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten die konkrete Erfahrung der Stärke weltweiter Solidarität und mit dem Auftrag des Festivals Ernst gemacht hatten.

Auf Initiative der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) riefen die Naturfreundejugend, der SHB, MSB-Spartakus, der VDS, die Falken, Jungdemokraten, Jungsozialisten, die evangelische Jugend und die Beamtenbund-Jugend am 12. September 1973 gemeinsam zur Solidarität mit dem chilenischen Volk auf. In den ersten zwei Tagen nach dem Putsch demonstrierten in 64 Städten der BRD ca. 150.000 Menschen gegen die Militärjunta; in einer Vielzahl von Städten konstituierten sich Solidaritätskomitees auf breiter Basis. Das Beispiel Chiles wirkte hierbei auf die Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in doppelter Weise: einmal zeigte Chile, welche Stärke die Arbeiterklasse entfalten kann, wenn sie geeint ist; zum andern war der

vom US-Imperialismus angeleitete Putsch eindeutig auch gegen die Arbeiterklasse besonders in den kapitalistischen Ländern gerichtet - als Drohung gegen die Aktionseinheit.

Doch diese Drohung wird nicht die gewünschten Wirkungen erzielen: Erstmals seit vielen Jahren kam es in der Bundesrepublik zu gemeinsamen Aktionen zwischen Parteiorganisationen der SPD und der DKP, unzähligmale organisierten Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam den Solidaritätskampf - auch wenn die Parteiführung der SPD dies nach wie vor mit Ausschlußverfahren ahndet (wie im Falle des ehemaligen Rektors der Universität Regensburg, Gustav Obermair).

Die überregionale Chile-Demonstration in Köln am 22. September fand auf einer noch breiteren Basis statt. Der Initiative der Jugend- und Studentenverbände hatten sich das Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK), der Bundesverband Junger Juristen, die Jungen Europäischen Föderalisten, der Verband der Kriegsdienstverweigerer, die Deutsche Friedensgesellschaft/Internationale der Kriegsdienstgegner und der Liberale Hochschulverband angeschlossen.

Die von den 10.000 Kölner Demonstraanten verabschiedeten fünf Forderungen an die Bundesregierung wurden mittlerweile von der Solidaritätsbewegung in der gesamten BRD aufgegriffen:

- Eine klare Verurteilung des Putsches und die Benennung seiner Hintermänner!
- Eine eindeutige Stellungnahme für die rechtmäßige Regierung der Unidad Popular, ihre uneingeschränkte politische und materielle Unterstützung!
- Keine Anerkennung der Junta; wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen die Putschisten!
- Die Verurteilung jeglicher Versuche seitens der USA, zugunsten der Reaktion zu intervenieren!
- Stellungnahme und Initiative gegen die Massenerschießungen von chilenischen Arbeitern und anderen Terrormaßnahmen der Putschisten ...

Ein Großteil der Gruppierungen, die sich sonst lautstark als Führer des antiimperialistischen Kampfes aufspielen, boykottierten diese Forderungen und Aktionen. Anstatt sich trotz politischer Meinungsverschiedenheiten mit der Unidad Popular zu soli-

darisieren - und sei es nur in der Erkenntnis des gemeinsamen Gegners - verleumdete sie Salvador Allende als "Verräter an der Revolution", der unzähligemale das "Militär auf die Arbeiterklasse gehetzt", diese ideologisch und materiell "entwaffnet", mit dem "parlamentarischen Weg zum Sozialismus" und den Pseudo-Enteignungen die Bauern und Arbeiter betrogen habe - so die maoistischen Gruppen um die sog.KPD. Ihre verblendete Fixierung auf den bewaffneten Kampf als einziger Form revolutionärer Aktion läßt sie zwischen Freund und Feind nicht mehr unterscheiden: Der US-Imperialismus, der die verräterische UP-Regierung zusammenschießen ließ, wird unter der Hand zum Werkzeug der "wahren" Revolutionäre.

Für die Einheit des antiimperialistischen Kampfes und der Solidaritätsbewegung in der BRD gefährlicher, weil weniger leicht zu durchschauen, traten solche Gruppierungen auf, die unter dem Deckmantel der "Pluralität der Meinungen und Losungen" ihren kaum verhohlenen Antikommunismus zum Bündnisprinzip erheben. So glauben sie, die Unidad Popular und die Solidaritätsbewegung in der BRD als kommunistisch gelenkt - und dann allemal als "moskauhörig" - diffamieren zu können, wobei sie sich unversehens die Argumente der äußersten Reaktion und der "Verfassungsschützer" zu Eigen machen. Ihr Ziel, die Solidaritätsbewegung zu spalten, wird vor allem durch ihr Bündnis mit ultralinken Gruppen deutlich.

Die Aktionskonferenz "Solidarität mit den verfolgten Demokraten in Chile" am 12.10.1973 in Mainz, die vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) einberufen wurde, hat diesen auf Spaltung zielenden Kräften den gemeinsamen Appell (Vgl.Dokumententeil, S.41f) zur Solidarität entgegengesetzt. Unter Anwesenheit des UP-Vertreters Gabriel Banhero einigten sich die rund 120 Vertreter von Jugend- und Studentenverbänden, kirchlichen Organisationen, Parteien, die Gewerkschafter und Betriebsräte, Kunstschaffenden, Wissenschaftler und Schriftsteller sowie Repräsentanten von 22 örtlichen Chile-Komitees auf ein Aktionsprogramm (Vgl. Dokumententeil, S.43f), das in Übereinstimmung mit der internationalen Solidaritätsbewegung die materielle Solidarität organisiert und den politischen Kampf um die Rettung

der bedrohten chilenischen Demokraten auf breitester Ebene aufgenommen hat.

Stellvertretend für die Unidad Popular unterstrich die Kommunistische Partei Chiles in einer Erklärung vom 11.10.1973 die Bedeutung der internationalen Solidarität für das chilenische Volk:

"Trotz der strengen Zensur aller Informationen, die die Militärjunta über das Land verhängt hat und aufrechterhält, hat das Volk die weltweite Ablehnung gegenüber dem faschistischen Militärputsch erfahren Die Menschheit fordert, daß mit dem Blutvergießen und den Verfolgungen Schluß gemacht wird. Diese große weltweite Solidarität, die nur wenige Male in der Geschichte eine derartige Breite erreichte, macht uns Mut in unserem Kampf, weil wir wissen, daß das Volk Chiles nicht allein ist."



Literaturhinweise

- A. Acquaviva u.a., Das Chile der Volkseinheit, Frankfurt/Main, 1972
- S. Allende, Chile - Volkskampf gegen Reaktion und Imperialismus, Berlin 1973
- L. Corvalan, Die Beziehungen Kommunisten - Sozialisten, in: Informationsbulletin 11/12, Wien 1973
- D. Boris u.a., Chile auf dem Weg zum Sozialismus, Köln 1971
- W. Breuer u.a., Revolution in Lateinamerika, Köln 1969
- K. Eßer, Durch freie Wahlen zum Sozialismus, Reinbek bei Hamburg, 1972
- Kommunistische Partei Chiles, Thesen des ZK zum XV. Parteitag der KP Chiles, Informationsbulletin 14/15, Wien 1973
- H.R. Sonntag, Revolution in Chile, Frankfurt/Main 1972

Das "Antiimperialistische Informationsbulletin" (AIB) veröffentlichte bisher in:

- Nr.5 und 6/72: Die Geheimdokumente der ITT
- Nr.11-12/72: L. Corvalan, Was geht in Chile vor?
- Nr.2/73: S. Allende, Bericht im sowjetischen Fernsehen
E. Boris und H. Haustein, Chile/BRD - westdeutsches Gericht als Handlanger eines US-Konzerns
- Nr.6/73 S. Allende, Bericht vor den Vereinten Nationen
- Nr.9/73 W. Brönner, "No pasaran - sie kommen nicht durch"
- Nr.10/73 J. v.Freyberg und G. Brönner, Chile zeigt: Der Feind steht rechts!
- Dokumentation zum Terror in Chile
- Freiheit für Luis Corvalan



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

BESTELLUNGEN an:

Antiimperialistische Informationsbulletin,
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672

1 Daten zu Chile

República de Chile
Hauptstadt: Santiago de Chile

TERRITORIUM: 741 767 km²; Chile erstreckt sich über 4 300 km entlang der Küste des Stillen Ozeans im Südwesten Lateinamerikas, bei einer Ost-West Ausdehnung von nur 175 bis 185 km.

Im Norden des Landes erhebt sich die bis zu 2000 m hohe Küstenkordillere, daran schließt sich das Massiv der Zentralkordillere an, der gebirgige Westteil Feuerlands bildet den südlichen Abschluß.

Zu Chile gehören zahlreiche der Küste vorgelagerte Inseln mit den größten Inselgruppen Juan-Fernández, San Felix und den Osterinseln.

BEVÖLKERUNG: 9,9 Mio. Einwohner (1972), 13,5 Ew/km²; 65 % der Ew. sind Mestizen, 25 % Spanier, 5 % Europäer und 5 % Indianer (Araukaner).

Vorherrschend ist der römisch-katholische Glaube.

Runa 79 % der Bevölkerung (1972) leben in den Städten.

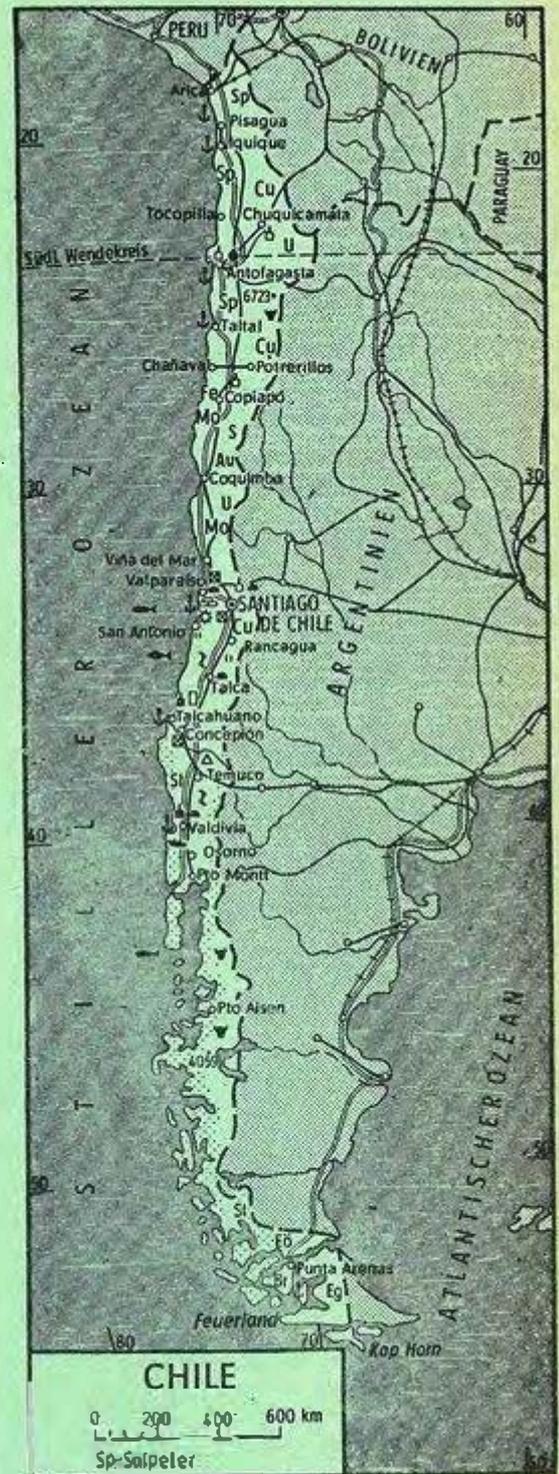
AMTSSPRACHE: Spanisch

WÄHRUNG: Chilenischer Escudo = 100 Centésimo = 0,01 DM

ADMINISTRACION: Chile hat eine präsidentenrepublikanische Verfassung. Der Präsident wird auf sechs Jahre gewählt und ist zugleich Regierungschef und Oberbefehlshaber der Armee. Das oberste Staatsorgan ist der Nationalkongreß, der sich aus dem Senat (50 Mitglieder) und der Abgeordnetenkammer (150 Mitglieder) zusammensetzt.

Chile ist in 25 Provinzen gegliedert, die wiederum in Distritos und Municipalidades unterteilt sind. Wichtigste Städte: Santiago de Chile (2,6 Mio Ew.), Valparaíso (400 000), Concepción (250 000), Antofagasta (160 000).

POLITISCHE PARTEIEN UND GESELLSCHAFTLICHE ORGANISATIONEN: In den 60er Jahren vollzog sich ein verstärkter Prozeß der Polarisierung der politischen Kräfte, der im Dezember 1969 zur Bildung der Unidad Popular (Volkseinheit) führte. Am



4. September 1970 siegte der Kandidat der Unidad Popular (UP), Dr. Salvador Allende Gossens, bei den Präsidentschaftswahlen mit 36 % der Stimmen.

Der UP gehören folgende Parteien an: Sozialistische Partei (PS), Kommunistische Partei (PC), Radikale Partei (PR), Bewegung der einheitlichen Volksaktion (MAPU), Sozialdemokratische Partei (PSD), Unabhängige Volksaktion (API).

(Zum Charakter und zur Zusammensetzung der Unidad Popular und der Gewerkschaftszentrale CUT s.w.u.)

BÜRGERLICHE PARTEIEN CHILES:

NATIONALE PARTEI: gegr. 1966; extrem rechte Partei der Großgrundbesitzer und Monopolbourgeoisie; ihr Programm ist betont antikommunistisch und proimperialistisch. Vorsitzender: Alessandri

Stimmenanteil bei den Parlamentswahlen: 1965 - 12,5 %, 1969 - 20,9 %, 1971 - 18,5 %.

CHRISTDEMOKRATISCHE PARTEI: gegr. 1957; Zentrumspartei der Bourgeoisie, die auch unter Teilen der Angestellten und Arbeiter verankert ist. Der rechte Flügel verfügt über die absolute Mehrheit; die christdemokratische Führung unter Ex-Präsident Frei steuert einen proimperialistischen, prokapitalistischen Reformkurs.

Die CDP ist einem ständigen starken Druck seitens ihrer gewerkschaftlichen Basis ausgesetzt, was zu mehreren Abspaltungen führte (1969 Abspaltung der MAPU, 1971 der MIC).

WIRTSCHAFT: Chile ist ein Agrar-Industrieland mit entwickeltem Bergbau und gehört zu den ökonomisch am weitesten entwickelten Ländern Lateinamerikas.

Die erwerbstätige Bevölkerung (2,5 Mio, 1971) verteilte sich folgendermaßen: Land-, Forst- und Fischwirtschaft 26 %, Bergbau 4 %, verarbeitende Industrie 17 %, Bauindustrie 7 %, Transport- und Nachrichtenwesen 5 %, Dienstleistungen, Handel, Verkehr 37 %.

Die vor dem Wahlsieg der UP herrschenden bürgerlichen Parteien waren nicht in der Lage grundlegende, strukturelle Veränderungen herbeizuführen. Die starke Abhängigkeit vom Imperialismus sowie die halbfeudale Agrarstruktur blieben bestehen. So betrug Chiles jährliches Wachstumstempo nur 3 % (nationales Bruttoprodukt); das geringe Wachstum führte zu einer steigenden Arbeitslosigkeit (1970 - 8,7 %).

In den Jahren vor 1970 beherrschten ausländische Monopole die wichtigsten Wirtschaftszweige; die direkten privaten ausländischen Kapitalinvestitionen betragen z.B. 1969 1,3 Mrd. US-Dollar, davon entfielen 80 % auf US-Monopole. In den 20 größten Industrieunternehmen gehörten 46,2 % des Aktienkapitals ausländischem Privatkapital; die Auslandsverschuldung Chiles belief sich Ende 1969 auf 2,8 Mrd US-Dollar, 1970 auf 4 Mrd US-Dollar.

Mit der Regierungsübernahme der UP wurden ernsthafte Schritte zur Lösung der sozialökonomischen und gesellschaftlichen Probleme eingeleitet. Die Reichtümer des Landes, die sich in der Hand ausländischer Monopole befanden, wurden zum Großteil nationalisiert und mit dem Aufbau eines führenden staatlichen Sektors mit einer zentralen Wirtschaftsplanung begonnen.

Rund 130 Monopolbetriebe wurden in Staatseigentum überführt.

INDUSTRIE: Von größter Bedeutung für Chile ist der Bergbau. Chile verfügt über 34 % der Weltkupfervorräte. Weitere Bergbauprodukte: Molybdän, Eisenerz, Salpeter; im Süden des Landes befinden sich kleine Erdölfelder.

Vor der Nationalisierung des Kupferbergbaus kontrollierten die US-Gesellschaften Anaconda und Kennecott die gesamte Produktion und den Außenhandel; mindestens 4 Mrd US-Dollar Profit wurden allein von den US-Konzernen außer Landes gebracht. Am 11. Juli 1971 verfügte der chilenische Nationalkongreß über die Nationalisierung der Kupferbergwerke.

LANDWIRTSCHAFT: Im Unterschied zu anderen lateinamerikanischen Ländern ist die Landwirtschaft nicht die volkswirtschaftlich wichtigste Produktionsphäre. Ihr Anteil am Nationaleinkommen betrug 1969 14 %. Vor 1970 wurden von etwa 11 Mio ha der für den Ackerbau geeigneten Fläche nur durchschnittlich 1,5 Mio ha genutzt; die Hauptursache dafür war die halbfeudale Agrarstruktur. 13 000 Großgrundbesitzer verfügten über 46,5 % des Ackerlandes. Die Hauptarbeitskraft auf den Latifundien war der Inquilino, der im halbfeudalen Abhängigkeitsverhältnis stand. Die Zahl der landlosen Bauern belief sich auf 200 000. Die Regierung der Volkseinheit enteignete die Großgrundbesitzer und übergab das Land an die landlosen Bauern. Enteignete Großländereien gingen zumeist in genossenschaftlichen Besitz über.

2 Chilenische Chronik 1970-1973

5. September 1970: Salvador Allende, Kandidat der „Unidad Popular“, eines Wohlbündnisses aus fünf chilenischen Linksparteien, wird mit 36,3 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Präsidenten Chiles gewählt. Allende erklärt nach seiner Wahl: „Ich werde der erste wirklich demokratisch vom Volk gewählte revolutionäre Präsident Chiles sein... Chile soll ein sozialistischer Staat sein, aber anders als alle bisherigen, mit einer eindeutigen antiimperialistischen Konzeption.“

Zur Zeit des Wahlsieges der Unidad Popular herrschen in Chile unvorstellbare Armut und wirtschaftliches Chaos. Im letzten Jahrzehnt stiegen die Lebenshaltungskosten um fast 1000 Prozent. 1,5 Millionen Kinder sind unterernährt, 500 000 Familien obdachlos. Das Nutzland in Chile befindet sich zu 80 Prozent in den Händen von 4,2 Prozent der Grundeigentümer.

Achtzig Prozent der chilenischen Kupferförderung, der Hauptindu-

strie des Landes, ist in den Händen amerikanischer Konzessionäre. Die US-Konzerne führen täglich aus Chile 1,5 Millionen Dollar aus. Allende will diese unhaltbaren Zustände ändern. Wichtigste Punkte seines Regierungsprogramms: Nationalisierung der Bodenschätze, Enteignung der Monopolunternehmen, Verstaatlichung der Banken, Agrarreform.

1. Oktober 1970: General Schneider, Oberkommandierender der chilenischen Armee, wird von Rechtsradikalen ermordet. Der nach amtierende Präsident Frei (Christdemokrat) läßt den Ausnahmezustand ausrufen. General Schneider hatte sich geweigert, die Ernennung Allendes zum Präsidenten durch einen Putsch der Armee zu verhindern.

22. Oktober 1970: Allende wird vom chilenischen Kongreß zum Präsidenten proklamiert. Dem neuen Kabinett gehören vier Arbeiter an. Vier Minister sind Sozialisten, drei Kommunisten, drei andere gehören zur Radikalen

Partei.

Die Regierung Allende läßt die Löhne der Arbeiter erhöhen und an die unterernährten Kinder täglich kostenlos einen halben Liter Milch verteilen.

13. November 1970: Chile nimmt die 1964 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Kuba wieder auf.

21. Januar 1971: Verstaatlichung des chilenischen Kohlenbergbaus, Beginn der Bodenreform. Etwa zwei Millionen Hektar Land werden enteignet und gehen in staatliche Kontrolle über. Beschluß über Verstaatlichung der Banken. Stopp der Wohnungsmieten.

15. März 1971: Rechtsradikale unternehmen einen Sprengstoffanschlag auf Allende.

5. April 1971: Kommunalwahlen in Chile. Allendes „Unidad Popular“ siegt mit 50,8 Prozent der abgegebenen Stimmen.

April 1971: Aufnahme diplomatischer Beziehungen Chiles zur DDR und zur Volksrepublik China. Konsularische Beziehungen zu Nordvietnam und Nordkorea. (Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Chile und Nordvietnam erfolgte im Juni 1972). US-Präsident Nixon richtet in einem Interview Drohungen gegen Chile. Nixon wörtlich: „Wir dulden diese Art von Regierung des Marxisten Allende nicht.“

8. Juni 1971: Der frühere christdemokratische Innenminister Perez Zujovic fällt einem Attentat zum Opfer. Es wird vermutet, daß es sich um eine Provokation des US-Geheimdienstes CIA handelt.

Juli 1971: Verstaatlichung der amerikanischen Kupferminen in Chile durch einstimmigen Kongreßbeschuß. Erbitterter Widerstand der amerikanischen Konzessionäre. Chile weigert sich, Entscheidungen zu zahlen.

12. August 1971: Die USA stellen die Zahlung der Entwicklungshilfe für Chile ein.

November 1971: Die Regierung Allende hat innerhalb eines Jahres enteigneten Boden an 15 660 Bauernfamilien verteilt.

Dezember 1971: Durch das Sinken der Erwerbslosenziffer und die Erhöhung der Löhne steigt die Kaufkraft. Dieser Fortschritt verursacht allerdings eine vorübergehende Verknappung im Warenangebot. Die chilenische Reaktion organisiert „Hungerdemonstrationen“, an denen nur „Damen“ aus der vornehmen Gesellschaft teilnehmen. Die Regierung läßt wegen der Demonstrationen den Ausnahmezustand verhängen. Anläßlich eines Staatsbesuches von Fidel Castro erklärt Allende unter dem Beifall von hunderttausend Chilenen, diese „Hungerdemonstrationen“ seien „ein von außen gelenkter Versuch, die Macht des Volkes zu untergraben“.

Januar 1972: Kabinettsumbildung in Chile. Die christdemokratische Opposition intrigiert gegen Innenminister Taha. Dem Minister wird von Allende das Verteidigungsministerium übertragen. Die USA sperren sämtliche Kredite für Chile. Anleihen aus den sozialistischen Ländern.

April 1972: Der amerikanische Journalist Jack Anderson enthüllt Zusammenarbeit der US-Regierung und des amerikanischen ITT-Konzerns gegen Chile. Die ITT (International Telephone and Telegraph Corporation) mit 200 Millionen Dollar Investitionen in der chilenischen Wirt-

schaft, versuchte bereits im Sommer 1970 in Zusammenarbeit mit dem US-Geheimdienst CIA und mit Wissen der Regierung (Präsidentenberater Kissinger) die Wahl Allendes zu verhindern. Mit einer Million Dollar wurde eine Pressekompanie gegen Allende finanziert.

Nach dem Fehlschlag dieses Plans beeinflusste die ITT die US-Regierung, die Kredite für Chile zu sperren, was dann später auch geschah. Gekaufte Elemente in Chile erhielten Anweisung, Devisen ins Ausland zu schmuggeln und Lebensmittel zu hoften, um die Wirtschaft lahmzulegen. Gleichzeitig organisierten ITT und CIA Verschwörungen rechtsgerichteter Offiziere. Der Mord an General Schneider ging auf das Schuldkonto dieser Intrigen.

19. April 1972: Allende verkündet auf einer Massenkundgebung die Enteignung der ITT. Durch Boykott und Sabotage wirtschaftliche Schwierigkeiten in Chile. Allende verhandelt mit der christdemokratischen Opposition.

Ende April 1972: Regierung gibt bekannt, daß die Kindersterblichkeit in Chile um 20 Prozent zurückgegangen ist.

Juni 1972: Rücktritt der Regierung. Allende bildet neues Kabinett aus Vertretern der Regierungsparteien. Opposition fordert Reprivatisierung der verstaatlichten Großunternehmen.

August 1972: In der Stadt Concepcion Krawalle rechtsradikaler Provokateure. Schießereien mit der Polizei. Massenkundgebungen Hunderttausender Arbeiter für die Regierung Allende.

Oktober 1972: Streiks und Boykottmaßnahmen von Fuhrunternehmen und Händlern. Ausnahmezustand in Santiago. Bundesrepublik stoppt Entwicklungshilfe für Chile.

8. November 1972: Allende nimmt zwei Generale und einen Admiral ins Kabinett auf. General Prats, Oberkommandierender des Heeres, wird Innenminister. Durch die Streiks der Unternehmer, die, wie später in einem Dokument der Regierung bewiesen wird, vom US-Geheimdienst angezettelt wurden, entsteht der chilenischen Wirtschaft ein Schaden von mehr als 200 Millionen Dollar. Wirtschaftliche Schäden durch den Boykott des chilenischen Kupfers auf dem Weltmarkt durch die USA und die 14 Glaubigerstaaten Chiles, den sogenannten „Club von Paris“. In Chile Krawalle und Terrorakte der rechtsextremen Orga-

nisation „Patria y Libertad“ (Vaterland und Freiheit).

4. Dezember 1972: Allende reist ins Ausland, nach Moskau, später nach New York, wo er vor der UNO-Vollversammlung spricht. Allende erklärt: „Die Sabotagepläne der kapitalistischen Großkonzerne haben das Ziel, die soziale Emanzipation meines Volkes zu verhindern. Denn sie stellen einen direkten Angriff auf die Bedürfnisse der chilenischen Arbeiterklasse dar.“

März 1973: In Chile stehen Parlamentswahlen bevor. Nach zweijähriger Regierungszeit ist unter Allende das Nationalprodukt um 8,5 Prozent gestiegen, der Zuwachs der Industrieproduktion betrug 12,5 Prozent. Die Arbeitslosenquote sank von 8,8 Prozent auf 3,7 Prozent. Durch den Boykott der Imperialisten und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten stiegen jedoch die Lebenshaltungskosten im Jahre 1972 um 63 Prozent. Trotz der schweren Lage erteilt das chilenische Volk Allende bei den Parlamentswahlen am 4. März einen überzeugenden Vertrauensbeweis. Die „Unidad Popular“ gewinnt 42 Prozent der Stimmen, sechs Prozent mehr als bei den Wahlen von 1970. Vier neue Parlamentsitze für die „Unidad Popular“.

27. März 1973: Neue Regierungsumbildung. Die Militärs verlassen das Kabinett. General Prats wird als Innenminister durch den Sozialisten Carillo abgelöst. Am gleichen Tage beginnt in der größten chilenischen Kupfermine „El Teniente“ ein 75 Tage dauernder Streik der Ingenieure und Vorarbeiter. Dieser Streik wird von rechtsstehenden Gewerkschaftlern, sogenannten „Arbeiteraristokraten“, angeführt und von der Opposition und dem CIA unterstützt.

29. Juni 1973: Mißglücktes Attentat auf General Prats. Putschversuch von zwei Panzerregimenten. Die Putschisten unternehmen einen Sturmangriff auf den Präsidentenpalast in Santiago. Der konterrevolutionäre Aufstand wird jedoch von regierungstreuen Truppen niedergeschlagen. Bald darauf wird der Streik in der Kupfermine „El Teniente“ beendet. Überall in Chile Massenkundgebungen der Arbeiter für die Regierung.

Juli 1972: Neue Kabinettsumbildung. Diesmal sind keine Militärs in der Regierung vertreten. Die Fuhrunternehmer beginnen einen neuen Streik, dem sich bald auch Bus- und Taxunternehmer anschließen. Schwere Krawalle der Rechtsextremen in Santiago und anderen Großstädten. Feuerge-

fechte mit der Polizei. Allendes Chefadjutant, Kapitän zur See Araya, wird von rechtsextremen Terroristen ermordet.

9. August 1973: Allende nimmt wieder Militärs ins Kabinett auf, um einen offenen Ausbruch des Bürgerkrieges zu verhindern. Meutereien in der chilenischen Flotte. Sprengstoffanschläge auf Erdölleitungen und Kraftwerke.

23. August 1973: General Priet verläßt die Regierung und legt den Oberbefehl über die Armee nieder. Allende ernannt General Augusto Pinochet zum neuen Oberkommandierenden des Heeres. Das Kabinett wird wieder umgebildet.

Ende August 1973: Allende wendet sich in einer Rede gegen

die „Faschisten und Lumpen“, die in Chile einen Bürgerkrieg entfesseln und das Volk seiner Freiheit berauben wollen. Er bereitet ein Referendum vor, um die Unterstützung des Volkes für seine Politik zu erlangen.

4. September 1973: Mehr als 800 000 Arbeiter demonstrieren für Allende anlässlich des III. Jahrestages seiner Wahl zum Präsidenten.

11. September 1973: In dieser Situation, da ihre Boykott- und Sabotageaktionen am Widerstand der Volksmassen zu scheitern drohen, schlägt die Reaktion zu. General Pinochet verbündet sich mit den Chefs von Marine, Luftwaffe und Polizei. Das Militär besetzt Santiago. Allende wird zum Rück-

tritt aufgefordert, weigert sich aber und erklärt, die Verfassung mit seinem Leben verteidigen zu wollen. Luftangriffe auf den Präsidentenpalast. Allende wird ermordet, die Putschisten erklären, er habe Selbstmord begangen. Belagerungszustand. Auflösung der Regierung und des Parlaments. Verhaftung der „Unidad Popular“-Regierungsmitglieder und der Parteifreunde Allendes. Mit Ausnahme des halbfaschistischen „El Mercurio“ werden alle Zeitungen verboten. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kuba. Militärdiktatur in Chile. Trotz schwerster Strafandrohungen leisten die Arbeiter in Santiago Widerstand. Schwere Straßenkämpfe.

(Quelle: DVZ vom 20.9.1973)



3

Grundsatzprogramm der Unidad Popular (1969)

„Die im Koordinationskomitee der Volkseinheit vertretenen Parteien und Bewegungen sind, unter Wahrung ihrer weltanschaulichen Haltung und ihrer eigenen politischen Linie, vollständig einverstanden mit der in diesem Programm enthaltenen Einschätzung der Lage im Lande und den darin dargelegten Grundsätzen einer gemeinsamen Aktion des Volkes.“

Die Einleitung des Programms analysiert die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, die Lage und Rolle der einzelnen Bevölkerungsschichten, die Verderblichkeit des ausländischen Einflusses vor allem der USA in allen Sphären der Wirtschaft, Politik und des gesellschaftspolitischen Lebens.

Im Abschnitt „Die Aktionseinheit des organisierten Volkes“ heißt es: Die zahlenmäßige Zunahme der Arbeiterklasse, ihre Erfolge, erreicht durch Organisiertheit und Bewußtsein ihrer Kraft, stärken ihre Fähigkeit, die bestehenden Verhältnisse zu kritisieren, ihre Überzeugung von der Notwendigkeit, die bestehenden Verhältnisse zu ändern, und ihre Kampfbereitschaft.

In Chile gibt es mehr als drei Millionen Arbeiter. Im bestehenden Ausbeutungssystem können sie ihre Möglichkeiten und ihre Fähigkeit, materielle Werte zu schaffen, nicht

voll entfalten. Im Bunde mit dem ganzen Volk, bei der Mobilisierung aller, die nicht mit der inneren und ausländischen Reaktion verbunden sind, können sie durch einheitliche Aktion der überwältigenden Mehrheit der Chilenen das bestehende Regime brechen und ihre Befreiung erreichen. Dazu ist die Volkseinheit notwendig. Die Imperialisten und die herrschenden Klassen versuchen, das Volk immer wieder zu betrügen, indem sie behaupten, die Freiheit sei in Gefahr, Chile liege der Gewalt anheim usw.

Aber die Massen glauben diese Märchen immer weniger. Um die Aktivität des Volkes zu fördern und auf die Erringung der Macht zu lenken, werden die Vertreter der Linken im ganzen Land in jedem Betrieb, Ort, in jedem Amt und jeder Schule **V o l k s e i n h e i t s k o m i t e e s** bilden, denen von der Notwendigkeit radikaler Veränderungen überzeugte Chilenen angehören, Träger der unmittelbaren Forderungen des Volkes. Ihre Hauptaufgabe ist die Vorbereitung der Durchsetzung der Volksmacht.

Unser Programm - die Volksmacht

Voraussetzung der revolutionären Umgestaltung ist, daß das Volk die Macht über-

nimmt. Es hat in langwierigem Kampf bestimmte Freiheiten und demokratische Garantien erhalten, die es zu wahren und zu verteidigen gilt.

Die revolutionären Volkskräfte kämpfen nicht um die Ersetzung eines Präsidenten und einer herrschenden Partei durch andere, sondern um eine tiefgreifende Umgestaltung auf Grund des Übergangs der Macht aus den Händen der schwächlichen herrschenden Gruppen in die Hände der Arbeiter, Bauern und der progressiven Teile der Mittelschichten in Stadt und Land.

Politisch wird die Volksregierung in zwei Richtungen handeln:

Die demokratischen Rechte und Errungenschaften der Werktätigen erhalten, entwickeln und ausbauen;

die bestehenden Einrichtungen umgestalten, um einen Staat zu schaffen, in dem die Werktätigen, das Volk, ihre Macht tatsächlich realisieren können.

Die Volksregierung wird die Meinungs-, Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und die Gewerkschaftsfreiheit für alle Werktätigen sichern. Sie wird eine Mehrparteienregierung aller revolutionären Parteien, Bewegungen und Strömungen sein, wirklich demokratisch repräsentativ mit verlässlichen Vollzugsorganen. Die Volksregierung wird die Rechte der Opposition im Rahmen der Gesetze achten.

Die Hauptaufgabe in der Ersetzung der bestehenden Wirtschaftsstruktur besteht in der Liquidierung der Übermacht des inländischen und ausländischen Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes, um den Aufbau des Sozialismus in Angriff zu nehmen. Die Planung muß im neuen Wirtschaftssystem die wichtigste Rolle spielen, deren Leitung in der Hand höchster Verwaltungsstellen liegt. Ihre demokratisch gefaßten Beschlüsse müssen bindend sein.

Das gesellschaftliche Eigentum

Der Umwandlungsprozeß der Wirtschaft erfordert die Schaffung eines beherrschenden Sektors des Staatseigentums, bestehend aus den schon jetzt verstaatlichten und den enteigneten Betrieben. Erster Schritt muß hier die Verstaatlichung der Berg- und Hüttenindustrie sein (Kupfer, Eisen, Salpeter), die sich in der Hand des ausländischen Kapitals und der

inländischen Monopole befinden. Den verstaatlichten Sektor werden bilden:

1. die große Berg- und Hüttenindustrie (Kupfer, Salpeter, Jod, Eisenerz und Kohle);
2. Banken und Versicherungen; 3. der Außenhandel; 4. Großbetriebe und Monopole des Warenabsatzes; 5. Industriemonopole strategischer Bedeutung; 6. alle weiteren Zweige, die die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes bestimmen, wie die Produktion und Fernübertragung elektrischer Energie, Eisenbahnen, Luft- und Seetransport, Erdölgewinnung, -verarbeitung und -transport, einschließlich Flüssiggas; Hüttenindustrie, Zementherzeugung, Zellulose- und Papierfabrikation, die chemische Industrie.

Bei allen Verstaatlichungen werden die Interessen der kleinen Aktienbesitzer voll respektiert werden.

Das Privateigentum

Im Privatbesitz bleiben jene Betriebe der Industrie, des Bergbaues, der Landwirtschaft und der Dienstleistungen, die die Mehrheit der chilenischen Betriebe bilden. 1967 gab es, unter Einschluß des Handwerks, 30 500 Betriebe in Chile, von denen 150 den gesamten Handel in ihren Händen hielten, staatliche Unterstützung, Bankkredite erhielten und die Besitzer der anderen Unternehmen durch Hochhaltung der Rohstoffpreise bei niedrigen Fertigwarenpreisen beherrschten.

Die Gesamtplanung der Volkswirtschaft verbürgt den Gewinn der Privatbetriebe, denen der Staat finanziell und technisch hilft. Durch Vereinfachung der Gewerberechts-, Zoll- und Pachtsätze wird diesen Betrieben die Möglichkeit des Verkaufs ihrer Waren zu gleichen und gerechten Preisen gesichert. Den Arbeitern und Angestellten dieser Betriebe werden Lohn und Arbeitsbedingungen vom Staat garantiert und kontrolliert.

Den Sektor gemischten Eigentums bilden Betriebe, die neben dem Privatkapital den Staat durch Kredite zum Teilhaber oder staatliche Wechselbürgschaften in Anspruch nehmen.

Erweiterung und Vertiefung der Bodenreform

Die Bodenreform wird als Bestandteil des Gesamtprozesses sozialer, wirtschaftlicher und politischer Veränderungen angesehen und

ist Bestandteil der gesamten Politik. Grundsätze der Bodenverteilung und der Landwirtschaftsführung sind:

1. Beschleunigung der Bodenreform durch Enteignung der Güter, deren Größe die Höchstnorm der einzelnen Zonen übersteigt, einschließlich Obst- und Weinbau und Forste, ohne irgendwelche Zugeständnisse an die Besitzer. Vollständige oder teilweise Enteignung des unbeweglichen Vermögens, der Produktionsmittel und des Viehs.

2. Sofortige Bearbeitung brachliegender oder schlecht bearbeiteter Güter im Staatsbesitz.

3. Genossenschaften werden die vorwiegende Form der Bearbeitung des enteigneten Bodens sein. Die Bauern werden den Besitz ihrer Wohnhäuser und Bodenanteile verbucht erhalten, sowie ihren Anteil am unteilbaren Genossenschaftsbesitz. Je nach den Bedingungen erhalten Bauern auch Böden in Eigentum, um die Arbeitsorganisation und den Warenaustausch zu verbessern. Einzelne Güter werden zur Schaffung staatlicher Landwirtschaftsunternehmen mit modernster Technologie dienen.

4. In bestimmten Fällen wird die Bodennutzung Kleinbauern, Halbpächtern sowie interessierten landwirtschaftlichen Angestellten übergeben.

5. Die Struktur des Kleinbesitzes wird durch fortschrittliche Formen der Kooperation reorganisiert.

6. Klein- und Mittelbauern können sich der Genossenschaften ihres Bezirkes und deren Mittel bedienen.

7. Erhaltung der Einheit und Erweiterung der indianischen Gemeinschaften, Sicherung ihrer demokratischen Leitung gegen Bedrohung ihres Besitzes. Zuteilung ausreichenden Bodens und technischer und finanzieller Mittel an die Mapuche-Indianer. (In Süd- und Mittelchile ansässiger Indianerstamm, auch Arawakaner genannt. Anm. d. Übersetzers.)

Der Politik der Wirtschaftsentwicklung werden folgende Ziele gesetzt:

1. Zur Lösung der dringlichsten Versorgungsprobleme der Mehrheit der Bevölkerung sind die mit der Produktion zweitrangiger und Luxuswaren für die Oberschicht der Bevölkerung beschäftigten Betriebe auf die Erzeugung billiger Qualitätswaren dringlichen Bedarfs umzustellen.

2. Garantie der Vollbeschäftigung bei entsprechendem Lohnniveau unter bester Ausnutzung der eigenen Rohstoffquellen und einer entsprechenden Technologie.

3. Befreiung Chiles von der Unterordnung unter das ausländische Kapital durch Enteignung des imperialistischen Kapitals, aktive Politik der finanziellen Selbstsicherung, durch die Bestimmung der Umstände der Zulassung ausländischen Kapitals, der höchsten Unabhängigkeit im Überseetransport usw.

4. Rasches Wirtschaftswachstum durch Zentralisierung, zur größten Nutzung der Produktivkräfte, der Menschen, Natur-, Finanz-, und Technikreserven, zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, unabhängigen Entwicklung der Wirtschaft sowie zur Befriedigung der Wünsche und Bedürfnisse des arbeitenden Volkes nach den Grundsätzen der Humanität und Menschenwürde.

5. In der Außenhandelspolitik: Vergrößerung der Zahl der Exportartikel, Erschließung neuer Märkte, größere Unabhängigkeit bei der Nutzung der Technologie und finanzieller Mittel, Nichtzulassung der Entwertung der chilenischen Valuta.

6. Maßnahmen zur Währungsstabilisierung. Das Inflationsproblem wird im wesentlichen durch die Strukturveränderungen gelöst werden.

Im Abschnitt über die Aufgaben der sozialen Entwicklung wird hervorgehoben, daß dies die Hauptsorge der Volksregierung sein wird, deren Ziele auf diesem Gebiet sind:

Ausarbeitung einer Lohnpolitik, Vereinheitlichung des Systems der sozialen Sicherheit; Sicherung einer Mindestversorgung aller Chilenen, Schaffung eines Wohnaufonds; Gleichstellung der verheirateten Frau; Festlegung der allen Werktätigen gemeinsamen Rechte.

Eine Gesellschaft neuer Kultur

Bereits heute, heißt es im Programm, treten die Intellektuellen und Kulturträger in ihrer Mehrheit gegen die der kapitalistischen Gesellschaft eigene Deformation der Kultur auf und suchen die Früchte ihres Schaffens den Werktätigen näherzubringen. In der neuen Gesellschaft wird ihr Schaffen einen neuen hervorragenden Platz einnehmen.

Dekrete genügen hier nicht. Die neue Kultur wird im Prozeß des Kampfes der Grundsätze der

Brüderlichkeit gegen den Individualismus geschaffen werden, durch die Wertung der menschlichen Arbeit, im Kampf gegen die Mißachtung der nationalen Werte, gegen die kulturelle Kolonialisierung. Den Massen wird Zutritt zu Kunst, Literatur und den Massenmedien geschaffen werden.

Die Volksregierung wird bemüht sein, dem Volk breiteste Bildungsmöglichkeiten zu bieten und im Zuge der Bildungsplanung die Verantwortung für die Privatschulen und für die Auslese der Schüler nach ihrer Herkunft übernehmen, für die Demokratisierung des Hochschulwesens sorgen. Durch Beseitigung der Klassenprivilegien in der Erziehung wird den Kindern der Werktätigen der Zutritt zu den Hochschulen eröffnet werden.

Die Massenkommunikationsmittel (Radio, Fernsehen, Verlage, Presse usw.) sind die Grundlage der Bildung der neuen Kultur und des neuen Menschen. Sie müssen daher die richtige Orientierung erhalten, von kommerziellem Druck befreit werden. Die gesellschaftlichen Organisationen müssen die Möglichkeit bekommen, sich ihrer zu bedienen ohne sich den verderblichen Interessen der Monopole zu unterwerfen.

Die Außenpolitik der Volksregierung

Ziele der Außenpolitik sind:

Verteidigung der vollen politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Chiles.

Herstellung von Beziehungen zu allen Ländern, ohne Rücksicht auf deren ideologische und politische Haltung auf Grund der Achtung des Selbstbestimmungsrechts des chilenischen Volkes und der Sicherung seiner Interessen.

Herstellung von Beziehungen der Freundschaft und Solidarität mit den Völkern der unabhängigen Länder und Kolonien, vor allem mit jenen, die den Kampf für Befreiung und nationale Unabhängigkeit fortsetzen.

Die Grundsätze des lateinamerikanischen und antiimperialistischen Kampfes werden klarster Ausdruck der Außenpolitik sein, deren Träger das Volk und erst dann das Außenministerium sein wird.

Die energische Verteidigung des Selbstbestimmungsrechtes wird als Grundbedingung der friedlichen Koexistenz angesehen werden.

Die Volkeregierung wird in ihrer Politik aktiv und wachsam sein, den Grundsatz der Nichteinmischung vertreten und sich jedem

Versuch der Diskriminierung und jedem Druck, jeder Intervention oder Blockade imperialistischer Staaten widersetzen. Die Freundschaft und Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern wird entwickelt werden.

Festigung der nationalen Unabhängigkeit

Die Politik der aktiven Verteidigung der Unabhängigkeit umfaßt die Verurteilung der Organisation Amerikanischer Staaten, die gegenwärtig ein Werkzeug des US-Imperialismus ist. Sie besteht im Kampf gegen jede Form des Panamerikanismus. Die Volksregierung tritt für eine alle lateinamerikanischen Länder umfassende Organisation ein. Sie wird in jedem konkreten Fall Verträge und Abkommen, die die Unabhängigkeit Chiles beschränken, verurteilen, revidieren oder auflösen, darunter die Verträge über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe mit den USA.

Die Regierung wird ausländische Hilfe und Anleihen, die an politische Vorbehalte geknüpft sind oder der Selbständigkeit Chiles und den Interessen des Volkes widersprechende Klauseln enthalten, verurteilen und ablehnen, jedem Druck auf Chile bei der Verwertung von Rohstoffen (zum Beispiel Kupfer) sowie der Behinderung des freien Handels mit allen Ländern entgegentreten.

Internationale Solidarität

Die für ihre Befreiung und den Aufbau des Sozialismus kämpfenden Völker werden von der Volksregierung wirksame Solidarität erhalten.

Jede Form des Kolonialismus und Neokolonialismus wird verurteilt werden und das Recht der Kolonial- und abhängigen Völker auf Widerstand gegen wirtschaftliche, politische und militärische Aggressionen der imperialistischen Mächte anerkannt.

Die Außenpolitik Chiles muß von der Verurteilung der Aggression der USA in Vietnam ausgehen. Chile wird mit dem vietnamesischen Volk in seinem Heldenkampf und mit der kubanischen Revolution solidarisch sein, die an der Spitze der Revolution und des Aufbaus des Sozialismus in Lateinamerika steht.

Der antiimperialistische Kampf der Völker des Nahen Ostens kann auf die Solidarität der Volksregierung rechnen, die für die friedliche Lösung der Frage unter Berücksichtigung der Interessen des arabischen und des isra-

elischen Volkes eintreten wird.

Alle reaktionären Regime, die die Politik der Rassentrennung und des Antisemitismus betreiben, werden verurteilt werden.

Die lateinamerikanische Politik

Die Volksregierung wird für die Verstärkung des Ansehens des lateinamerikanischen Kontinents in der Welt eintreten.

Die lateinamerikanische Integration muß auf Grundsätzen der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Länder von jeder imperialistischen Ausbeutung beruhen und zugleich auf zweiseitigen Abkommen im Interesse der Entwicklung

Chiles.

Die Volksregierung wird den bestehenden Grenzstreitigkeiten durch Verträge entgegenwirken, die Intrigen der Reaktion und des Imperialismus ausschalten.

Aus der Außenpolitik und Diplomatie werden alle Formen des Bürokratismus und der Untätigkeit ausgeschaltet und die Beziehungen zu anderen Völkern der doppelten Aufgabe unterordnet: Einerseits Erfahrungen ihres Kampfes für den sozialistischen Aufbau in Chile zu nutzen und andererseits mit ihnen unsere eigenen Erfahrungen zur Stärkung der internationalen Solidarität auszutauschen.

(Quelle: Informationsbulletin, Nr. 13-14/1970)

.....

4 Darstellung der UP-Parteien und der Gewerkschaft CUT

► ZUSAMMENSETZUNG der UP und MASSENEINFLUSS

Mit der Unterzeichnung des "Grundsatzprogramms der Volkseinheit" am 17.12.1969 wurde das Parteienbündnis der Unidad Popular organisatorisch abgeschlossen. Unterzeichner: Kommunistische Partei (KP), Sozialistische Partei (SP), Vereinigte Volksaktion (MAPU), Radikale Partei (RP), Sozialdemokratische Partei (PSD) und Unabhängige Volksunion (API). Im August 1971 schloß sich die Christliche Linke (IC) - eine Absplitterung der Christdemokratischen Partei unter Führung J.Chonchols - als siebte Organisation der UP an.

Die KP (200.000 Mitglieder) und die SP (100.000) sind die stärksten und einflußreichsten Parteien der UP, die Sozialdemokratische Partei, die API und die IC sind die schwächsten Organisationen.

In der 1953 gegründeten Einheitlichen Gewerkschaftszentrale CUT verfügt die UP über die absolute Mehrheit der Sitze im Nationalen Leitungsrat (37 von 53); die KP stellt den Präsidenten und Generalsekretär, die SP den Vizepräsidenten der CUT.

► CHARAKTER der WICHTIGSTEN PARTEIEN der UP

- **KOMMUNISTISCHE PARTEI:** 1922 gegründet verstand sich die KP von Anbeginn als marxistisch-leninistische Partei und der kommunistischen Weltbewegung zugehörig. Beteiligung an der

Volksfrontregierung 1938. Verbot der KP Chiles durch die Regierung Videlas (RP) 1948 und blutige Verfolgung ihrer Mitglieder. Die KP bildete 1956 mit der SP die FRAP (Front der Volsaktion), d.h. sie hat stets auf eine Einheitsfront orientiert. 1958 wurde die KP wieder legalisiert. Mit der Konstituierung der Unidad Popular zog die KP ihren Präsidentschaftskandidaten Pablo Neruda (Nobelpreisträger für Literatur und Träger des Lenin-Friedenspreises) zugunsten Allendes zurück. Soziale Basis: ca. 70 % Arbeiter, darunter fast 20 % Landarbeiter; weiterhin Intellektuelle und untere Mittelschicht. Der Kommunistische Jugendverband ist mit 100.000 Mitgliedern die stärkste politische Jugendorganisation Chiles.

- **SOZIALISTISCHE PARTEI:** gegründet 1931 als Zusammenschluß mehrerer vorwiegend kleinbürgerlicher sozialistischer und marxistischer Gruppierungen. Die SP beteiligte sich 1938 am Volksfrontbündnis, war jedoch in den 40er Jahren durch reformistische wie ultralinke Fraktionierung und die schließliche Spaltung in "Sozialistische Partei" und "Sozialistische Volkspartei" zerrissen. 1957 kam es zur Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien. Gleichzeitig wurde das enge Bündnis zur KP im Rahmen der Gewerkschaftseinheit und der FRAP wiederhergestellt. In den 60er Jahren entwickelte sich die SP über eine verstärkte Orientierung auf die Arbeiterklasse und mit einer wachsenden Verankerung in der Arbeiterbewegung immer mehr zu einer marxistischen Arbeiterpartei. Die SP stellt mit Salvador Allende viermal den Präsidentschaftskandidaten der Linken. Soziale Basis: In erster Linie (ca. 60%) Arbeiter und Angestellte; der Rest setzt sich vorwiegend aus der Intelligenz und Kleinrentümern zusammen.
- **MAPU:** entstand im Sommer 1969 aus einer Abspaltung der Christdemokratischen Partei. Christlich-sozialistische Organisation, die eine perspektivische Vereinigung mit den proletarischen Parteien KP und SP anstrebt, allerdings häufig ultralinken Schwankungen ausgesetzt ist. Soziale Basis: hervorgegangen aus studentischen Kreisen, liegt ihre Hauptbasis und ihr Einfluß vor allem unter der Intelligenz, teilweise unter der Bauernschaft, hier speziell unter den Mapuche-Indianern.
- **RADIKALE PARTEI:** gegründet 1888; traditionelle Partei der kleinen und mittleren Bourgeoisie und der Mittelschichten. Sie bestimmt sich selbst als rationalistische Partei. Die RP ist Mitglied der sozialdemokratischen ("Sozialistischen") Internationale. 1938 führte die RP die Volksfrontregierung an und stellte bis 1952 alle Präsidenten Chiles. 1958 bis 1964 unterstützte sie die Rechtsparteien mit ihrem Präsidenten Alessandri (Nationalpartei). Als Ergebnis heftiger innerer Auseinandersetzungen wurden 1969 die mit der Nationalpartei sympathisierenden Gruppierungen aus der RP ausgeschlossen. Im August 1971 machte die RP eine weitere kritische Phase durch, als sich einige ihrer Führer gegen den Kurs der Unidad Popular wandten; sie schieden aus der RP aus

und gründeten die extrem rechte "Partei der Radikalen Demokratie". Soziale Basis: der RP gehören heute vorwiegend untere Mittelschichten, sowie Teile der kleinen Bourgeoisie und Angestellte im staatlichen Dienstleistungssektor an.

"Etappe des Kampfes - der Weg zum Sozialismus"

Stellvertretend für die wichtigsten UP-Parteien - SP, KP, MAPU und RP - geben führende Repräsentanten die gesellschaftspolitische Strategie und Zielvorstellung ihrer Parteien wieder. Alle Beiträge stammen aus den Jahren 1971 und 1972.

- Salvador Allende, SOZIALISTISCHE PARTEI

"Ich glaube überhaupt nicht an die Möglichkeit der Versöhnung der Klasseninteressen. Ich meine, daß die Sektoren der Volkseinheit, welche nicht zur Arbeiterklasse zählen, das Programm nicht nur akzeptiert, sondern es in dem Bewußtsein unterstützt haben, daß es voll und ganz erfüllt wird.(...)

In dem Maße, in dem wir diesen Prozeß vorantreiben, wird es immer wahrscheinlicher, daß sich in einigen Gruppen dieser Sektoren Zweifel oder Schwanken einstellt. Ich denke, daß es eine genügend große Massenbasis gibt, um das Programm zu erfüllen: die Arbeiterklasse ist die Grundlage, ihre revolutionären Parteien gehen mit den bewußtesten Sektoren der kleinen und mittleren Bourgeoisie zusammen, sie alle werden keinen Schritt zurückweichen, weil sie zweifelsohne begriffen haben, daß der Sozialismus die einzige Möglichkeit für unsere Völker ist. Überdies ist es logisch anzunehmen, daß wir den Sozialismus in Etappen verwirklichen und die Erfahrungen der Länder nutzen werden, in welchen er entwickelt ist oder die schon eine sozialistische Gesellschaftsform errichtet haben. Das konkrete Beispiel in Lateinamerika ist Cuba. Wir alle haben immer wieder mit absoluter Klarheit darauf hingewiesen, daß wir uns voll und ganz bewußt sind: jedes Land hat seine eigene Wirklichkeit, seine besondere Geschichte, seine spezifische Wesensart und seine Tradition. Dem müssen wir uns anpassen, wenn wir lateinamerikanische Sozialisten sein wollen. Überdies denken Sie daran, daß wir den Weg zum Sozialismus, nicht den Sozialismus selbst, innerhalb der Spielregeln der bürgerlichen Demokratie verwirklichen werden! Wir müssen also die Gesetze dieser Demokratie benutzen, damit wir wirklich mit der Veränderung des Regimes und des Systems vorwärtskommen. Das ist wirklich nicht leicht. Aber deshalb interessieren sich auch viele Leute für den chilenischen Weg. Vorher dachte man nämlich, daß ein solches Experiment unmöglich zu verwirklichen sei. Wir aber wissen, wir aber sind uns bewußt, daß es möglich ist und daß die von der Bourgeoisie diktierten Gesetze, die uns behinderten, das zu realisieren erlauben, was wir wollen, wenn sie mit der Unterstützung der Massen, mit Hilfe des mobilisierten und bewußt gemachten Volkes benutzen."

(Quelle: H.R.Sonntag, Revolution in Chile, Frankfurt 1972, S. 116/117)

- Luis Corvalan, KOMMUNISTISCHE PARTEI

"Die Ereignisse in Chile sind ein Teil des revolutionären Weltprozesses. Bestimmend für ihren Inhalt und ihre Charakter sind die dringende Notwendigkeit der Befreiung des Landes von der imperialistischen Herrschaft, die im Schoße unserer Gesellschaft herangereiften Grundwidersprüche sowie die Stärke, der erreichte Grad der Einheit und der politischen Reife des Proletariats und des ganzen Volkes. Die gegenwärtige Etappe des revolutionären Prozesses in Chile wird durch ihren antiimperialistischen, antilatifundistischen und antimonopolistischen Inhalt charakterisiert ...

Der gesamte revolutionäre Prozeß - angefangen beim Wahlsieg des Volkes im Jahre 1970 bis zu den Umgestaltungen der jüngsten Zeit - wird vor allem durch die Aktionen der Massen, durch die Einheit und den Kampf der Werktätigen und des ganzen Volkes bestimmt ...

Die Verstaatlichung der großen Unternehmen, die dem Imperialismus und der Oligarchie gehört haben, sowie die Veränderungen im System des Grundbesitzes schaffen die materiellen Voraussetzungen für eine Bewegung zum Sozialismus. Aber an sich garantieren sie eine solche Bewegung noch nicht. Entscheidende Faktoren in diesem Sinne sind die führende Rolle der Arbeiterklasse, ihr gemeinsam mit den anderen sozialen Schichten geführter Kampf für die Realisierung dieser Voraussetzungen und der politische Kurs der Regierung.

Mit Hilfe der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei sowie der einheitlichen Gewerkschaftszentrale (Central Unica de Trabajadores de Chile - CUT), die der Regierung nicht angehört, aber die von dieser durchgeführten revolutionären Veränderungen unterstützt, übt die Arbeiterklasse zunehmenden Einfluß auf die Umgestaltung der Gesellschaft aus. Es ergeben sich weitgehende Möglichkeiten für die Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Betriebe, vor allem im staatlichen Sektor der Wirtschaft. Gebildet werden Ausschüsse, die für die Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität sorgen, sowie Kommissionen zum Kampf gegen Sabotage und andere Umtriebe des Klassenfeindes. Im Dorf entstand und entwickelte sich die Gewerkschaftsbewegung, die bereits 300 000 Werktätige in ihren Reihen zählt. In den von der Agrarreform erfaßten Bezirken sind die ersten genossenschaftlichen Betriebe und eine Reihe Staatsgüter entstanden, werden Landmaschinenparks geschaffen und Bauernräte gebildet, die sich an der Ausarbeitung und Verwirklichung der Regierungspolitik auf allen Ebenen beteiligen. Die Parteien der Unidad Popular sind für die breiteste Teilnahme der Werktätigen an der Leitung des Staates.

Bei der Bestimmung der Rolle des Proletariats in der Revolution lassen wir Kommunisten uns von marxistisch-leninistischen Prinzipien leiten. Diese werden auch von der Sozialistischen Partei und der MAPU geteilt. Zusammen mit unserer Partei kämpften sie für die Verwirklichung dieser Prinzi-

pion, für den Erfolg der chilenischen Revolution, für den Übergang zum Sozialismus."

(Quelle: AIB Nr. 11/12, 1972, S.38-41)

- Enrique Correa, MAPU

"Das Programm gibt nicht vor, den Sozialismus zu errichten. Wenn seine Ziele verwirklicht werden, ist damit der Sozialismus nicht automatisch erbaut. Wenn die Ziele erreicht sind, kann die Volksregierung weitergehen. Heute zu fordern, das Programm der Volkseinheit müsse überwunden werden, scheint uns nicht ernsthaft zu sein. Denn es zielt auf so mächtige Feinde, daß wir zuerst an deren Niederlage denken müssen. Erst wenn die geschafft ist, werden wir weitergehen..."

Wir meinen, daß der chilenische Prozeß eine Spezifität besitzt, die ihn von anderen Prozessen unterscheidet. Sie besteht nach unserem Dafürhalten nicht so sehr in seinen demokratischen Merkmalen. Denn wir fallen nicht auf das Spiel der internationalen Reaktion und des Imperialismus herein, die behaupten, in den sozialistischen Ländern gebe es keine Demokratie. Der Sozialismus hat vielmehr in einem großen Teil der Welt Bedingungen für die Demokratie geschaffen, die der Kapitalismus nie auf die Beine gebracht hat. Die Besonderheit dieses Prozesses besteht darin, daß der legale Überbau in einem bestimmten Moment nicht mehr zugunsten der Bourgeoisie funktioniert, sondern sich sogar gegen sie wenden läßt. Es gibt keine andere Erklärung dafür, daß die Volkseinheit den Sieg innerhalb des Rahmens, den die Bourgeoisie abgesteckt hat, errungen hat und daß die Bourgeoisie und der Imperialismus die Legalität durchbrechen, wie der Mord an General Schneider beweist..."

(Quelle: H.R.Sonntag, a.a.O., S. 223-236)

- Hugo Miranda, RADIKALE PARTEI

"Die Volksbewegung in Chile wird nicht verraten oder frustriert werden. Warum nicht? Erstens, weil die Volksbewegung eine tiefgreifende Bewegung ist. Sie hat sich nicht oberflächlich wegen der Verabredung einiger politischer Führer gebildet. Die Massen haben sich in einem bewußten und wirklichen Engagement zusammengefunden. Die Lohnabhängigen würden in jedem Augenblick jeden ihrer Führer zum Teufel schicken, der zurückbleiben würde. Zweitens, weil die Regierung mit soviel Elah angefangen hat, daß sie sich von denen trennen wird, die keine sehr klare oder ehrliche Konzeption von der Notwendigkeit unserer Veränderungen oder des Weges zum Sozialismus haben. Andererseits hat Lateinamerika seit der Cubanischen Revolution eine viel reichere Erfahrung. Ich bin Optimist und bin mir bewußt, daß hierzulande nicht die Gefahr besteht, daß der revolutionäre Prozeß verraten wird.(...)

Fraglos vereinigen derzeit die Großbourgeoisie, die oligarchischen Sektoren und die Reformisten ihre Kräfte. Zu

allen Zeiten und in allen Ländern waren sie darauf bedacht, die tiefgreifenden Veränderungen, die revolutionären Wandlungen zu verhindern und einem vergesellschaftenden Prozeß, dem Weg zum Sozialismus einen Riegel vorzuschieben. Das ist in allen Ländern zu beobachten, so auch bei uns seit dem Augenblick, in dem die Volkseinheit mit Salvador Allende gewonnen hat. Das Verbrechen gegen den Oberbefehlshaber des Heeres, General Schneider, ist doch nur der Versuch, die Volksbewegung zu schlagen und den Aufbau des Sozialismus zu verhindern. Aber wir denken, daß die Kraft des organisierten Volkes, des bewußten Volkes, des verantwortlichen Volkes gewinnen wird. Überdies haben wir die Garantie der Streitkräfte. Sie sind demokratisch, der Verfassung treu und verteidigen die legal eingerichtete und zustandegekommene Regierung. Die Gefahr, daß wir unseren Weg nicht weitergehen können, wie wir es wollen, besteht."
(Quelle: H.R.Sonntag, a.a.O., S. 223-236)

Zur POLITIK der ZENTRALGEWERSCHAFT CUT

Auf ihrem 5. Nationalkongreß 1968 formulierte die CUT zum Weg der angestrebten Umwälzungen,
"daß die Lösung der Grundprobleme des Landes nur erreicht werden kann durch eine tiefgehende antifeudale, antioligarchische und antiimperialistische Revolution, die vom ganzen Volk durchgeführt wird und die geleitet wird von einer Volksregierung, die durch ihre Zusammensetzung die Bauern, die selbständigen Werktätigen, die kleinen und mittleren Kaufleute und Unternehmer, die Intelligenz und die Studenten um die Arbeiterklasse herum vereint..."

Die CUT betrachtete die UP und ihre Plattform nicht nur als eine neue dynamische Alternative, die mehr den Forderungen nach einem Veränderungsprozeß entspricht, sondern als für die Arbeiterklasse und für die Gesamtheit der Werktätigen einzig reale Alternative, um den Veränderungsprozeß einen wirklichen revolutionären, konsequent antiimperialistischen, klar patriotischen und grundsätzlich demokratischen Charakter zu geben' Ausgehend von ihrem Programm unterstützte die CUT die UP im Wahlkampf, ohne die Prinzipien der gewerkschaftlichen Einheitspolitik gegenüber jenem Teil ihrer Mitgliedschaft aufzugeben, der in nicht der UP angehörenden politischen Parteien organisiert ist. (...)

Mit ihrer vom 6.Kongreß verkündeten Losung 'Die Werktätigen bauen das neue Chile' bekannte sich die CUT zu den Aufgaben der neuen Etappe, die den Weg zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft eröffnen soll, und brachte ihre Bereitschaft zum Ausdruck, lebenswichtige Aufgaben zu übernehmen, die zweifellos die grundlegende Basis für die Erfüllung des Programms der Unidad Popular darstellen. Die Gewerkschaften betrachten sich dabei als wichtige Organisation der Arbeiterklasse, die dieser hilft, 'Motor für die revolutionären Veränderungen und Säule, die das Gebäude des neuen Chile stützt, zu sein'. Die Haltung der CUT sicherte den staatlichen Funktionen und Organen die Massenwirksamkeit ihrer Maßnahmen..."

(Quelle: W.Hundt, Fragen des gegenwärtigen revolutionären Kampfes in Chile, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin, Nr. 8/1973, S. 913-924)

5 Regierungsprogramm der Unidad Popular

(beschlossen von der kommunistischen, der sozialistischen, der radikalen, der sozialdemokratischen Partei, von der MAPU und der unabhängigen Volksbewegung am 17. Dezember 1969 in Santiago de Chile)

(...)

PROGRAMM

Die Volksmacht

Die revolutionären Veränderungen, deren das Land bedarf, können nur durchgeführt werden, wenn das chilenische Volk die Macht in seine Hände nimmt und sie wirklich und wirkungsvoll ausübt. Das chilenische Volk hat im Verlaufe eines langen Kampfes sich gewisse Freiheiten und demokratische Garantien erkämpft. Um diese zu bewahren, muß es wachsam bleiben und darf nicht im Kampf nachlassen. Aber noch fehlt ihm die Macht selbst. Die Volkskräfte und die revolutionären Kräfte haben sich wieder vereint, um den Präsidenten der Republik einfach durch einen anderen zu ersetzen, noch eine Partei an der Regierung durch andere Parteien, sondern um die grundlegenden Veränderungen durchzuführen, die die Lage des Landes erfordern, nämlich den Wechsel der Macht von den früheren Herrschaftsgruppen auf die Arbeiter, auf die Bauern, auf die fortschrittlichen Teile der Mittelschichten in Stadt und Land.

Der Triumph des Volkes wird so den Weg öffnen für die demokratischste Regierung, die Chile bislang gekannt hat.

Hinsichtlich der politischen Struktur hat die Volksregierung eine doppelte Aufgabe:

1. die demokratischen Rechte und Bräutigenschaften der Arbeiter zu bewahren und sie zu verwickeln und in echte Rechte umzuwandeln;
2. die gegenwärtigen Institutionen qualitativ so zu verändern, um einen neuen Staat zu bilden, in dem die Arbeiter und das Volk die Macht wirklich ausüben.

Die Verteidigung der Demokratie

spektiert die individuellen und kollektiven Garantien des ganzen Volkes. Die Gewissungsfreiheit, die Redefreiheit, die Pressefreiheit und die Freiheit, Vereinigungen zu bilden, die Unverletzlichkeit der Wohnung und des Recht, sich in Gewerkschaften und Organisationen zusammenzuschließen, bestehen in Zukunft echt, ohne die Beschränkungen, die ihnen von der heute herrschenden Klasse auferlegt werden. Damit dies wirklich durchgesetzt werden kann, sind die gewerkschaftlichen und sonstigen Arbeiterorganisationen, die Organisationen der Angestellten, der Bauern, der pobledores, der Hausfrauen, der Studenten, der Intellektuellen, der Künstler, der Handwerker, der Klein- und Mittelunternehmer und anderer Teile der arbeitenden Bevölkerung aufzuerheben, auf der ihnen entsprechenden Stufe in die Entscheidungen der Machtorgane einzugreifen.

So sollen z. B. die Institutionen der Sozialfürsorge durch ihre Mitglieder selbst verwaltet werden. Es sollen ihnen demokratische Wahlen einblecht werden, ebenso auch die geheime Wahl für den Vorstand. Die Unternehmungen der öffentlichen Hand, ihre Vorstände und Produktionskomitees sollen unter anderem mit Vertretern der Arbeiter und der Angestellten besetzt werden, die in diesen Unternehmungen arbeiten und die direkt beauftragt werden sollen. In den öffentlichen Baugesellschaften sollen den Nachbarschaftsvereinigungen (juntas de vecinos) und anderen Einwohnerorganisationen auf der ihnen rechtlich entsprechenden Entscheidungsebene Mittel zur Verfügung stehen, die eine Überwachung des Gebarens dieser Gesellschaften und Eingriffe in ihre Praktiken gestatten. All dies soll jedoch nicht auf diese Beispiele beschränkt bleiben. Es handelt sich um eine neue Konzeption, die das wirkliche und wirkungsvolle Eingreifen des Volkes in der Handeln des Staates bedeutet. Ebenfalls wird von der Volksregierung das Recht der Arbeiter auf Arbeit und auf Streit, das Recht des ganzen Volkes auf Erziehung und Kultur gewährleistet in völliger Achtung der Ideen und des religiösen Glaubens und der Ausübung des Glaubens. Alle demokratischen Rechte und Garantien sollen sichergestellt werden. Das heißt, daß den so-

zialen Organisationen Mittel an die Hand gegeben werden, diese auszuüben und die notwendigen Einrichtungen zu schaffen, die ein handelndes Eingreifen auf den verschiedenen Ebenen des Staatsapparates erlauben. Die Volksregierung gründet ihre Kraft und ihre Autorität wesentlich auf die Unterstützung, die ihr das organisierte Volk gibt. Dies ist unsere Vorstellung einer starken Regierung, die sich folglich gegen die Regierungsausübung der Oligarchie und des Imperialismus stellt, Regierungsausübung, in der die Autorität gleichgesetzt wird mit dem gegen das Volk ausgeübten Zwang.

Die Volksregierung wird eine Vielparteienregierung sein. Sie wird sich zusammensetzen aus allen Parteien, Bewegungen und revolutionären Strömungen und so eine wirklich demokratische, repräsentative und einige Exekutive bilden. Die Volksregierung achtet die Rechte der Opposition in dem Maße, wie sie im Rahmen des Gesetzes wahrgenommen werden. Die Volksregierung wird weiterhin mit einer wirklichen Dezentralisation der Verwaltung beginnen, gemeinsam mit einer demokratischen und wirkungsvollen Planung, die den bürokratischen Zentralismus ausschließen und ihn ersetzen soll durch das Zusammenwirken aller staatlichen Stellen.

Die Struktur der Stadtverwaltungen wird modernisiert. Sie erhalten die ihnen zustehenden Rechte. In Übereinkunft mit den für den ganzen Staat abgestimmten Plänen. Dabei wird es das Ziel sein, aus diesen Verwaltungen die örtlichen Organe für die neue politische Ordnung zu machen. Dafür erhalten sie die finanziellen Mittel und entsprechende Rechte, die ihnen in Zusammenarbeit mit den Nachbarschaftsvereinigungen (juntas de vecinos) und in enger Koordination mit diesen erlauben sollen, sich um die örtlichen Probleme zu kümmern, die die Kommunen und ihre Einwohner betreffen. Auch die Provinzverwaltungen sollen in Zukunft dieselben Aufgaben wahrnehmen.

Die Polizei muß reorganisiert werden, damit sie nicht mehr als ein Unterdrückungsorgan gegen das Volk verwendet werden kann, sondern im Gegenteil der Verteidigung der Bevölkerung gegen über antisozialen Gefahren dient. Nicht länger sollen die Polizeimethoden unmenschlich sein, sondern den vollen Respekt der Menschenwürde und der körperlichen Unverletzlichkeit wirklich garantieren. Der Strafvollzug, einer der übelsten Aspekte des gegenwärtigen Regimes, soll vollständig verändert werden, damit diejenigen, die ein Delikt begangen haben, für die Gesellschaft wiedergewonnen werden können.

Eine neue verfassungsmäßige Ordnung — Der Volksstaat

Im Verlauf der Demokratisierung aller Ebenen und der organisierten Mobilisierung der Massen wird sich eine neue Struktur der Macht von der Basis her bilden. Eine neue politische Verfassung soll die Beteiligung der Volksmassen an der Staatsmacht institutionalisieren. Dazu wird eine einheitliche Organisation des Staates auf nationaler, regionaler und örtlicher Ebene mit einer Volksversammlung als höchstem Organ der Macht geschaffen werden. Die Volksversammlung wird nur aus einer Kammer bestehen und auf nationaler Ebene die Volksversammlung zum Ausdruck bringen. In ihr treffen und manifestieren sich die verschiedensten Meinungsströmungen. Ein solches System wird es gestatten, die Wurzel der Mißbildungen — wie die Präsidentendiktatur oder den korrupten Parlamentarismus, unter denen Chile gelitten hat — auszuschalten. Die Aufgaben und die Verantwortlichkeiten des Präsidenten der Republik, der Minister, der Volksversammlung, der staatlichen Stellen auf regionaler und örtlicher Ebene und der politischen Parteien werden genau festgelegt und koordiniert, um die Umsetzung der Gesetzgebung in die Praxis, die Wirksamkeit der Regierungstätigkeit und vor allem die Beachtung des Willens der Mehrheit zu gewährleisten. Um die notwendige Abstimmung zwischen den Machtorganen herzustellen, die aus dem Volkswillen hervorgehen und damit sich dieser Volkswille unmittelbar auswirken kann, sollen alle Wahlen im Zusammenhang und gleichzeitig erfolgen. Die Schaffung jeder Volksvertretung darf nur durch Wahl erfolgen, durch die alle erwachsenen, heimische und gleichberechtigte Wahl aller Männer und Frauen über 18 Jahren im Zivil- oder im Militärand, ob sie des Schießens oder Lesens kundig sind oder nicht.

Die in die Volksversammlung oder in andere Volksvertretungen Gewählten sollen der Überwachung durch ihre Wähler unterworfen sein, und zwar mit Hilfe von Beratern, in denen die Aufhebung des Mandats möglich sein wird. Durch ein strenges System der Unvereinbarkeit soll festgelegt werden, daß ein Mandat aufgehoben wird oder ein Abgeordneter oder hoher Beamter sein Amt verliert, wenn er die Wahrnehmung von Privatinteressen übernimmt. Die Leiter der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Staates schaffen ein nationales Planungssystem und haben Exekutivcharakter; es ist ihre Aufgabe, die Handlungen des Staates zu leiten, zu koordinieren und zu rationalisieren. Die zur Ausführung gelangenden Pläne müssen durch die Volksversammlung genehmigt sein. Die Arbeiterorganisationen sollen in das Planungssystem grundlegend eingreifen können. Die inhaber regionaler und örtlicher Macht des Volksstaates haben Autorität in dem geographischen Gebiet und in den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereichen, die ihnen zugewiesen sind. Sie können außerdem den übergeordneten Stellen Initiativen vorschlagen und an diese Stellen Kritik üben. Die regionalen und örtlichen Stellen müssen sich jedoch bei der Ausübung ihrer Aufgaben an den durch die staatlichen Gesetze und die allgemeinen Wirtschafts- und Sozialentwicklungspläne gebildeten Rahmen halten. Auf allen Ebenen des Volksstaates wird Platz geschaffen werden für soziale Organisationen mit den ihnen bestimmten Aufgaben. Es wird ihre Aufgabe sein, die Verantwortlichkeiten aufzutragen und auf dem eigenen Gebiet Initiativ zu werden sowie Probleme, die ihnen unterstehen, zu prüfen und zu lösen. Diese Aufgabenteilung bedeutet keinerlei Begrenzung der vollen Unabhängigkeit und Autonomie dieser Organisationen. Gleich vom ersten Tag an, an dem sie die Leitung des Staates übernimmt, wird die Volksregierung Wege erschließen, die den Einfluß der Arbeiter und des Volkes mit Hilfe von gesellschaftlichen Organen gewährleisten sollen, damit diese bei der Entscheidungsfindung und der Überwachung der Verwaltungstätigkeit des Staates mitsprechen können. Dies werden die entscheidenden Schritte hin zur Aufhebung des bürokratischen Zentralismus sein, der das Kennzeichen des gegenwärtigen Verwaltungssystems ist.

Die Organisation der Justiz

Justiz-Organisation und -Verwaltung, müssen auf dem Prinzip der Autonomie, wie sie durch die Verfassung festgelegt wurde, und auf einer echten materielle Unabhängigkeit beruhen. Es ist ein höchstes Gericht vorgesehen, dessen Zusammensetzung durch die Volksversammlung ernannt wird und dessen Zuständigkeit einzig und allein durch die Mitglieder der Volksversammlung festgesetzt wird. Dieses Gericht ist berufen, völlig frei die für das Justizsystem notwendigen inneren Organe — sowohl Einzelpersonen als auch Kollegien — zu schaffen. Es ist beabsichtigt, daß die neue Organisation der Justiz und die Justizverwaltung darauf gerichtet sind, die Schichten, die die Mehrheit der Bevölkerung bilden, zu verteidigen. Darüber hinaus soll die Justizausübung schneller vorstatten gehen und weniger Lasten mit sich bringen. Unter der Volksregierung sollen neue Vorstellungen von der Richterschaft verwirklicht werden, die die gegenwärtigen, individualistisch und bürgerlich ausgerichteten ersetzen sollen.

Nationale Verteidigung

Der Volksstaat wird ganz besonders bestrebt sein, die nationale Souveränität zu wahren; er sieht darin eine Aufgabe für das ganze Volk. Der Volksstaat wird wehrsam bleiben gegenüber Bedrohungen, die der Unverletzlichkeit seines Territoriums und der Unabhängigkeit des Landes vom Imperialismus und von seinen der Oligarchie drohen. Diese Kräfte haben in den Nachbarländern die Macht. Sie unterdrücken ihre Völker und ermutigen expansive und rassistische Unternehmungen. Eine moderne, patriotische und dem Volk entsprechende Bestimmung der Souveränität des Landes beruht auf den folgenden Kriterien:

- Verstärkung des nationalen Charakters aller Teile der bewaffneten Streitkräfte, d. h. Zurückweisung aller Versuche, die Streitkräfte zur Unterdrückung des Volkes und für Handlungen zu verwenden, die die Interessen ausländischer Mächte betreffen.
- Eine Anabildung, wie sie der heutigen Technik und der modernen Militärwissenschaft entspricht, im Sinne der wirklichen Interessen Chiles, der nationalen Unabhängigkeit, des Friedens und der Freundschaft unter den Völkern.
- Integration und Teilnahme der Streitkräfte am gesellschaftlichen Leben unter all seinen Gesichtspunkten. Der Volksstaat

wird es sich zu Aufgabe machen, die Beteiligung der Streitkräfte an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu ermöglichen, ohne daß dadurch ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich der der Verteidigung der nationalen Souveränität, Schaden zugefügt wird.

Auf dieser Grundlage müssen den Streitkräften die notwendigen materiellen und technischen Mittel zur Verfügung stehen und ein gerechtes und demokratisches System der Besoldung, der Beförderung und der Pensionierung, das den Offizieren, den Unteroffizieren und den Mannschaften folgende Ansprüche gewährleistet: Materielle Sicherheit während der aktiven Dienstzeit und nach der Pensionierung und die echte Möglichkeit für alle, befördert zu werden unter dem einzigen Gesichtspunkt des persönlichen Verdienstes.

Ein neues Wirtschaftssystem

Die vereinigten Volkskräfte haben das grundsätzliche politische Ziel, der gegenwärtigen wirtschaftlichen Struktur mit der Macht des in- und ausländischen Monopolkapitals und dem der „latifundios“ (Großgrundbesitzer) ein Ende zu bereiten, damit der Aufbau des Sozialismus beginnen kann. In diesem neuen Wirtschaftssystem spielt die Planungstätigkeit eine bedeutende Rolle. Die zentralen Planungsbehörden stehen auf der höchsten Verwaltungsebene, und ihre demokratisch gefaßten Entscheidungen haben vollziehende Gewalt.

Der öffentliche Sektor

Der Umwandlungsprozeß unserer Gesellschaft beginnt mit der Schaffung eines beherrschenden staatlichen Sektors, der aus den bereits in Staatsbesitz befindlichen Unternehmungen besteht und aus solchen, die enteignet werden. Als erste Maßnahme werden die Bodenschätze verstaatlicht, wie die großen Kupferbergwerke, der Erz- und Nitratabbau sowie andere, die sich in der Hand des ausländischen Kapitals und der inländischen Monopole befinden. Zu diesem verstaatlichten Sektor gehören folgende Zweige:

- die großen Unternehmungen des Kupfer-, Nitrat-, Jod-, Erz- und Kohlenbaus;
- das Finanzsystem des Landes, besonders die Privatbanken und die Versicherungen;
- der Außenhandel;
- Großunternehmungen und Monopole des Verteilungssektors;
- strategisch wichtige Industriemonopole;
- ganz allgemein solche Unternehmungen, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes bestimmen, wie: die Erzeugung und die Verteilung der elektrischen Energie, der Schienenverkehr, der Luftverkehr, der Seeverkehr, die Kommunikationsmittel, die Herstellung, Bearbeitung und Verteilung von Erdöl und Erdölprodukten, einschließlich von Flüssiggas, die Eisen- und Stahlindustrie, die Zementindustrie, die Petrochemie, die chemische Großindustrie, die Zelluloseherstellung und die Papierindustrie.

Alle diese Enteignungen werden unter dem Gesichtspunkt der Wahrung der Rechte der Kleinaktionäre durchgeführt.

Der Privatsektor

Dieser Sektor umfaßt die Industrie, die Bergwerke, die Landwirtschaft und das Dienstleistungsgewerbe, in denen das Privateigentum an den Produktionsmitteln weiter bestehen bleibt. Diese Unternehmungen werden in der Mehrzahl sein. So beherrschten 1967 von 30 500 bestehenden Unternehmungen einschließlich der handwerklichen Industrie lediglich 130 in der Form von Monopolen alle Märkte, vereinigten auf sich die ganze Hälfte des Staates und die Bankkredite und beuteten den Rest der industriellen Unternehmungen unseres Landes aus, indem sie ihnen Grundstoffe zu überhöhten Preisen verkauften und die Produkte billig einkaufte. Die Unternehmungen dieses Sektors werden ebenfalls Nutznießer einer allgemeinen Planung der nationalen Wirtschaft sein. Der Staat gewährt den Unternehmungen dieses Sektors die finanzielle und technische Hilfe, die notwendig ist, damit sie die wichtige Aufgabe erfüllen können, die ihnen in der nationalen Wirtschaft zukommt. In Anbetracht der Zahl der Menschen, die dort arbeiten, wie auch hinsichtlich des Umfangs der Produktion. Außerdem wird das Patentsystem vereinfacht, ebenso wie das

Zoll- und Steuersystem, soweit es diese Unternehmungen betrifft, und es wird ihnen eine gerechte und angemessene Vermarktung ihrer Produkte gewährleistet.

Diese Unternehmungen müssen den Arbeitern und den Angestellten gerechte Entlohnung und gerechte Arbeitsbedingungen garantieren. Der Staat und die Arbeiter jeder dieser Unternehmungen überwachen die Einhaltung dieser Garantieen.

Gemischter Sektor

Es handelt sich hierbei um Firmen mit staatlicher Beteiligung. Die Anleihen oder Kredite, die von den Entwicklungsorganen den Firmen dieses Sektors gewährt werden, sind als Einlagen des Staates zu betrachten, womit dieser als Mitinhaber und nicht als Gläubiger auftritt. Dies gilt ebenso für den Fall, daß die Firmen Kredite mit Unterstützung oder Garantie des Staates oder staatlicher Stellen erhalten.

Vertiefung und Ausweitung der Agrarreform

Die Agrarreform ist gedacht als gleichlaufender und integrierender Teil der Gesamtheit der allgemeinen Veränderungen, die in der Sozialstruktur und in der politischen und der wirtschaftlichen Struktur des Landes vorgenommen werden sollen; ihre Durchführung ist folglich untrennbar verbunden mit der allgemeinen Politik. Die Erfahrungen auf diesem Gebiet, Vernachlässigungen oder Halbheiten, die dabei zutage traten, brachten eine neue Festsetzung der Politik der Verteilung und Organisation des Grundeigentums mit sich. Folgende Hauptlinien sind dabei festzuhalten:

1. Beschleunigung der Agrarreform durch Enteignung von Grundeigentum, das eine jeweils für bestimmte Gebiete festgelegte maximale Fläche übersteigt, einschließlich der für den Obst- und Weinanbau und der forstwirtschaftlich genutzten Gebiete, ohne daß dem Eigentümer ein Vorzugsrecht zusteht über die Auswahl dessen, was ihm bleibt. Die Enteignung kann das tatsächliche Kapital des zu enteignenden Grundeigentums (Maschinen, Werkzeuge, Vieh usw.) ganz oder teilweise umfassen.
2. Sofortige Wiederbewagung verödeten oder schlecht genutzten Bodens, der dem Staat gehört.
3. Der enteignete Boden wird vorzugsweise zu Genossenschaftseigentum gemacht. Die Bauern erhalten Besitzurkunden, die sie zu Besitzern des Hauses und des Gartens, die ihnen zugesprochen werden, machen und ihnen entsprechende Rechte am unteilbaren Gut des Gesamtbesitzes zusprechen. Wenn es die Bedingungen notwendig machen, daß der Grundeigentum den Bauern in persönlichen Besitz übergeben wird, werden die Arbeitsweise und die Vermarktung auf der Grundlage von Genossenschaften auf gegenseitiger Hilfe entwickelt. Bestimmte Ländereien werden für die Schaffung von landwirtschaftlichen Unternehmungen des Staates vorgesehen, die mit moderner Technik ausgestattet werden.
4. In bestimmten Fällen werden Ländereien auch Kleinbauern, Bauern, Pächtern und landwirtschaftlichen Angestellten, die für die landwirtschaftliche Arbeit qualifiziert sind, zugesprochen.
5. Reorganisation des Kleinbesitzes — Minifundio — auf der Grundlage eines nach und nach in genossenschaftliche Arbeit Hineinwachsenden.
6. Nutznießung der Klein- und Mittelbauern an den Vorteilen und Diensten der in ihrem Gebiet bestehenden Genossenschaften.
7. Verteidigung der Unantastbarkeit und Erweiterung der Eingeborenen-Kommunen, die von der Verdrängung bedroht sind, und Gewährleistung ihrer demokratischen Leitung; die Garantie für das Volk der Mapuche und die anderen Eingeborenen, daß ihnen genügend Land sowie technische und finanzielle Hilfe zur Verfügung stehen.

Die Politik der wirtschaftlichen Entwicklung

Die Wirtschaftspolitik des Staates wird ausgeübt durch ein nationales Plansystem der Wirtschaft, durch Kontrollmechanismen, Zielgebung, Produktionskredite, technische Hilfe, Steuerpolitik und Außenhandel sowie durch die Leitung des staatlichen Sek-

tors. Ihre Ziele sind:

1. Lösung der unmittelbaren Probleme der großen Mehrheit der Chilenen. Dazu soll die Produktionskapazität des Landes von unnützen und teuren Produkten, die für Befriedigung der Reichen bestimmt waren, wegelenkt werden hin zu Gebrauchsgütern für das Volk, die billig und von guter Qualität sein müssen.
2. Recht auf Arbeit für alle arbeitsfähigen Chilenen und Gewährleistung angemessener Entlohnung. Dies bedeutet eine Politik, die auf die Schaffung einer Vielzahl neuer Stellen hinarbeitet, durch die richtige Nutzung der Möglichkeiten des Landes und durch die Anwendung der Technologie auf die Erfordernisse der nationalen Entwicklung.
3. Befreiung Chiles von der Unterwerfung unter das ausländische Kapital. Dies bedeutet die Enteignung des imperialistischen Kapitals und die Durchführung einer Politik der ständig wachsenden Selbstfinanzierung unserer Arbeit, die Festlegung von Bedingungen, unter denen das ausländische Kapital arbeiten kann, das nicht enteignet wird, und die Erreichung einer größeren Unabhängigkeit auf den Gebieten der Technologie, des Außenhandels, des Transportwesens usw.
4. Die Gewährleistung eines raschen und dezentralisierten wirtschaftlichen Wachstums, das der bestmöglichen Entwicklung der Produktivkräfte dient, durch bestmögliche Nutzung aller menschlichen, natürlichen, finanziellen und technischen Möglichkeiten, die verfügbar sind, um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen und um die Erfordernisse einer unabhängigen wirtschaftlichen Entwicklung zu erfüllen wie auch die Bedürfnisse und Erwartungen der arbeitenden Bevölkerung auf ein Leben unter annehmbaren und menschlichen Bedingungen.
5. Die Durchführung einer Außenhandelspolitik im Hinblick auf die Entwicklung und Vielfältigkeit unserer Exporte, die Eröffnung neuer Märkte, die fortschreitende Eroberung unserer technologischen und finanziellen Unabhängigkeit und die Beendigung der schockierenden Abwertung unserer Währung.
6. Die Ergreifung aller Maßnahmen zur Stabilisierung unserer Währung. Der Kampf gegen die Inflation wird wesentlich auf den oben angeführten Strukturveränderungen beruhen; er muß unter anderen Maßnahmen umfassen, die die Menge des umlaufenden Geldes im Hinblick auf die tatsächlichen Bedürfnisse des Marktes regeln, die die Kredite überwachen und umverteilen, den Wucher im Geldhandel ausschalten, die Verteilung und den Handel rationalisieren, die Preise stabilisieren und verhindern, daß der Bedarf, der von Einkommenserhöhungen ausgeht, die Preissteigerung beschleunigt.

Die Garantie für die Durchführung all dieser Ziele liegt in der Kontrolle der politischen und der wirtschaftlichen Macht durch das Volk, wie sie sich auf dem wirtschaftlichen Sektor des Staates und in der allgemeinen Planung ausdrückt. Die Volksmacht selbst wird die oben angeführten Aufgaben lösen.

Soziale Aufgaben

Die sozialen Erwartungen des chilenischen Volkes sind berechtigt und können verwirklicht werden. Unser Volk wünscht z. B. anständige Wohnungen, deren Miete nicht ständig erhöht wird, wodurch die Familienbudgets ausgehöhlt werden. Es will Schulen und Universitäten für seine Kinder, es will angemessene Löhne, es will eine Beendigung der ständigen Preissteigerungen, es will gesicherte Arbeitsplätze, es will angemessene medizinische Betreuung, es will die Beleuchtung der Straßen, Abwassersysteme, Trinkwasser, befestigte Straßen und Fußwege, soziale Fürsorge ohne Privilegien, d. h. gerecht und wirksam, und keine Hungerrenten; es will Telefon, Friedensrichter, Kindergärten, Sportstätten, Bänkhöfe und Tourismus für das Volk.

Befriedigung all dieser berechtigten Erwartungen des Volkes — die in Wirklichkeit Rechte sind, die ihnen die Gesellschaft schuldig ist — ist die Hauptaufgabe der Regierung. Die wichtigsten Punkte sind für die Regierung dabei:

- a) Festlegung einer Lohnpolitik durch sofortige Schaffung von Organen, die unter Mitbestimmung der Arbeiter für die verschiedenen Zonen des Landes den tatsächlichen Mindestlohn bzw. Gehalt feststellen. Solange die Inflation anhält, wird auf dem Weg der Gesetzgebung eine automatische Angleichung durchgeführt, die der Erhöhung der Lebenshaltungskosten entspricht. Diese Angleichung erfolgt alle sechs Monate bzw. immer dann, wenn die Erhöhung der Lebenshaltungskosten fünf Prozent übersteigt. In allen Staatsorganen und besonders für Vertrauensstellungen in der Exekutive werden die oberen Gehälter auf ein Maß beschränkt, das mit der Situation unseres Landes vereinbar ist.

Im Verlauf einer bestimmten Frist wird durch Fachleute ein System der Mindestlöhne und Gehälter nach dem Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit erstellt, unabhängig von der Unternehmung oder von der Arbeit, die ausgeübt wird. Die Anwendung erfolgt zuerst auf dem staatlichen Sektor, dann auch und nach in der übrigen Wirtschaft, unter Berücksichtigung der Unterschiede, wie sie sich aus der je nach Firma unterschiedlichen Produktivität ergeben. Auf dieselbe Art und Weise wird jede Diskriminierung von Männern, Frauen oder Altersgruppen im Hinblick auf Löhne und Gehälter abgeschafft.

b) Vernetztheit, Verbesserung und Ausweitung des Systems der sozialen Sicherung, wobei alle berechtigten Erwerbslosen bewahrt werden, alle Privilegien und jeder Mißbrauch, die Wirkungslosigkeit und der Bürokratismus aber ausgeschaltet werden sollen durch Verbesserung und Beschleunigung der Behandlung der einzelnen Fälle und durch Ausdehnung des Systems der Versorgung auf solche Arbeiter, die heute noch nicht davon betroffen werden, und durch Betrauung der Mitglieder der Versicherungskassen mit deren Verwaltung nach den Grundsätzen der Planung.

c) Gewährleistung zahnmedizinischer und medizinischer Versorgung und Heilbehandlung für alle Chilenen durch Finanzierung dieser Behandlung durch den Staat, die Unternehmer und die Organe der Gesundheitsvorsorge. Die gesamte Bevölkerung wird an der Erhaltung der öffentlichen Gesundheit mitarbeiten. Die Medikamente sollen dank einer strengen Überwachung der Herstellungskosten und der Rationalisierung der Produktion in genügender Zahl und zu niedrigen Preisen zur Verfügung stehen.

d) Für einen umfassenden Plan auf dem Sektor des Wohnungsbaus werden genügend Mittel zur Verfügung gestellt. Die Industrialisierung der Bautätigkeit soll entwickelt werden, die Preise sollen kontrolliert und die Gewinne der auf diesem Gebiet der Wirtschaft beschäftigten privaten oder gemischten Unternehmungen beschränkt werden. Für Notfälle wird den Familien, die bedürftig sind, Land zur Verfügung gestellt und ihnen technische und materielle Hilfe für den Bau von Häusern gewährt. Das Ziel der Volkserziehung auf dem Gebiet des Wohnungsbaus ist es, daß jede Familie eines Tages Besitzer einer Wohnung ist. Das System der angepaßten Zinsen wird aufgehoben. Die von den Besitzern oder Mietern einer Wohnung zu leistenden Abzahlungen oder Mieten dürfen im allgemeinen monatlich nicht über 10 Prozent des Familieneinkommens liegen.

Das Vortreiben der Erneuerung der Städte und Wohnviertel unter Vermehrung der Aussiedlung der ärmsten Teile der Bevölkerung an die Randzonen und durch Gewährleistung der Interessen der Bewohner des erneuerten Gebietes sowie der Interessen der kleinen Handwerker, die dort arbeiten, durch Wiedereinrichtung ihrer Wohnungen und Werkstätten.

e) Völlige zivilrechtliche Gleichstellung der verheirateten Frau und gleiche rechtliche Stellung aller außerhalb oder innerhalb der Ehe geborenen Kinder sowie Schaffung eines entsprechenden Erbschaftsrechts, das eine Auflösung des Ehebundes und die volle Garantie der Rechte der Frau und der Kinder vorsieht.

f) Die gesetzliche Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten wird aufgehoben. In Zukunft sind sie gemeinsam Werkstätige. Das Recht, einer Gewerkschaft anzugehören, wird auf alle diejenigen ausgedehnt, die es heute noch nicht besitzen.

Kultur und Erziehung

Die neue Kultur für die neue Welt

Die soziale Entwicklung, die mit dem Triumph des Volkes eröffnet wird, wird nach und nach zu einer neuen Kultur führen, die die menschliche Arbeit als den höchsten aller Werte ansieht, die dem Willen der nationalen Befähigung und Unabhängigkeit Ausdruck verleiht und eine kritische Betrachtung der Realität entwickelt. Die grundlegenden Reformen, die durchgeführt werden, verlangen und erfordern es, daß das Volk gesellschaftlich bewußt lebt und solidarisch handelt, daß es durch Erziehung befähigt ist, seine politische Macht auszuüben und zu verteidigen, daß es wissenschaftlich und technisch in der Lage ist, die Wirtschaft in der Zeit des Übergangs zum Sozialismus zu entwickeln und zu öffnen für die schöpferische Tätigkeit und für die Nutzung der verschiedensten Darstellungen der Kunst und der Intelligenz.

Wenn heute schon die Mehrheit der Intellektuellen und der Künstler gegen die kulturellen Missetaten kämpft, wie sie für die kapitalistische Gesellschaft typisch sind, und versucht, die

Früchte ihrer Arbeit den Werkstätten zugänglich zu machen und sich deren historische Rolle anschließt, so wird ihnen in der neuen Gesellschaft ein hervorragender Platz für die weitere Vertiefung ihrer Bemühungen zukommen. Weil die neue Kultur nicht durch Erlaß geschaffen werden kann, wird sie aus dem Kampf für Brüderlichkeit und gegen Individualismus hervorgehen, aus dem Kampf für die Erhöhung des Wertes der menschlichen Arbeit; für die Beachtung, der sie unterliegt, für die nationalen Werte, gegen die kulturelle Kolonisierung, für den Zugang der Volksmassen zur Kunst, zur Literatur und die Mittel zu ihrer Verbilligung und gegen ihre Kommerzialisierung.

Der neue Staat wird auf die Beteiligung der Massen an der intellektuellen und künstlerischen Tätigkeit hinarbeiten sowohl mit Hilfe eines Erziehungssystems, das radikal umgewandelt wird, als auch durch die Schaffung einer nationalen Organisation für Volkskultur. Ein riesiges Netz von örtlichen Zentren der Volkskultur soll die Organisation der Massen begünstigen und ihnen so zur Ausübung ihres Rechts auf Kultur verhelfen. Die Organisation der Volkskultur wird die künstlerische und die literarische Arbeit anregen und die Möglichkeiten des Kontakts zwischen Künstlern oder Schriftstellern und ihrem Publikum, das sehr viel größer sein wird als ihr heutiges Publikum, vervielfältigen.

Ein demokratisches, einheitliches und geplantes Erziehungssystem

Die neue Regierung wird darauf hinarbeiten, den Zugang zur Erziehung so breit und so einfach wie möglich zu machen. Die allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen und die gerechte Würdigung der Verantwortung der etatistischen Kräfte auf dem ihnen zukommenden Gebiet wird die Durchführung dieser Ziele beeinflussen. Zusätzlich wird ein Plan zur Schaffung genügender Förderungsstellen aufgestellt, der die Einschulung und später den normalen Schulbesuch aller chilenischen Kinder und besonders der Kinder der Arbeiterklasse und der Bauernschaft gewährleistet. Andererseits wird der neue Staat einen außerordentlichen Plan für den Bau von Schulen erarbeiten, der auf den nationalen und den örtlichen Möglichkeiten beruht, wie sie durch die Grundorgane der Regierung geschaffen werden; die zur Gründung neuer Schulanstalten und Internate notwendigen Gebäude werden enteignet. Auf diese Weise wird zumindest eine Einheitschule (Grundschule und weiterführende Schule) in jeder Landgemeinde und in jedem größeren Viertel der chilenischen Städte geschaffen.

Im Hinblick auf die Erfordernisse der vorschulischen Entwicklung und zur Ermöglichung der Teilnahme der Frau am Produktionsprozeß wird eine rasche Erweiterung des Systems der Kindertagesstätten und -gärten vorgenommen, wobei der Vorzug den am meisten benachteiligten Teilen der Gesellschaft gegeben wird. Dank einer solchen Politik werden die Arbeiter- und Bauernkinder besser befähigt, am normalen Schulsystem teilzunehmen und ihre Studien nutzbringend weiterzuführen. Zur wirklichen Erneuerung des Unterrichts ist die Anwendung von Methoden erforderlich, die den Nachdruck auf die aktive und die kritische Teilnahme der Schüler am Unterricht legen und die passive Aufnahmehaltung beenden, die heute gefordert wird. Um rasch mit den Mängeln auf den Gebieten der Kultur und der Erziehung aufzuräumen, die ein Erbe des bestehenden Systems sind, soll eine umfassende Mobilisierung des Volkes durchgeführt werden, deren Ziele eine kurzfristige Ausschaltung des Analphabetismus und eine Verbesserung der Schulbildung der erwachsenen Bevölkerung sein sollen. Die Ordnung der Erwachsenenbildung erfolgt im Hinblick auf die Beschäftigungsschwerpunkte des Landes bis zu dem Zeitpunkt, wo die allgemeine technische und gesellschaftliche Ausbildung der arbeitenden Bevölkerung gesichert ist. Die Umwandlung des Erziehungssystems wird nicht nur das Werk einiger weniger Fachleute sein, sondern eine Aufgabe, die von den Organisationen der Lehrenden, der Arbeitenden, der Studenten, von den Eltern und Erziehungsberechtigten geteilt, diskutiert, beschlossen und im Rahmen der Gesamtplanung ausgeführt wird. Das Schulsystem selbst soll nach folgenden Prinzipien gestaltet werden: Gemeinsamer Ausbildungsstrang, durchgehender Schulbesuch, Querverbindungen und Vielseitigkeit der Ausbildungsmöglichkeiten. In der ausführenden Leitung des Regierungssystems sollen alle diejenigen gesellschaftlichen Organisationen wirksam vertreten sein, die bereits gebildet wurden. Sie sollen in die örtlichen, regionalen und nationalen Räte für Erziehung einbezogen werden. Mit dem Ziel, die Planung der Erziehung und der einheitlichen nationalen und demokratischen Schule wirksam

zu gestalten, übernimmt der Staat die Verantwortung für private Schulanstalten, beginnend mit den höheren Schritten, die ihre Schüler nach Prinzipien der Klassenzugehörigkeit, der Nationalität oder des religiösen Bekenntnisses auswählen. Die Durchführung erfolgt durch Integration des Lehrpersonals und der übrigen privaten Erziehungsrichtungen in das nationale Erziehungssystem.

Sport

Die körperliche Beziehung und die Ausübung aller Sportarten ist von der Grundschulstufe bis hin zu allen gesellschaftlichen jugend- und Erwachsenenorganisationsformen der ständigen und planmäßigen Aufgaben der Volkseinheit.

Für eine demokratische, unabhängige Univerſität

Die Regierung der Volkseinheit begünstigt mit all ihren Kräften den Prozeß der Univerſitätsreform und beschleunigt entschlossen seine Fortentwicklung. Die nächste Stufe der demokratischen Entwicklung dieses Prozesses wird sich in den wichtigen Beiträgen der Univerſitäten für die revolutionäre Entwicklung Chiles widerspiegeln. Auf der anderen Seite wird die Neuorientierung der Aufgaben der Univerſität auf den Gebieten des Unterrichts, der Forschung und der ständigen Berücksichtigung der nationalen Probleme erspart durch die Errungenschaften der Volkseinheit. Der Staat wird den Univerſitäten genügend Mittel zuweisen, um ihre Aufgabenerfüllung sowie ihre effektive Verstaatlichung und Demokratisierung zu gewährleisten. Eine Folge davon wird es sein, daß die Verwaltung der Univerſität den verschiedenen Gruppierungen, aus denen sie sich zusammensetzt, zukommen wird. In dem Maße, wie aus dem Gesamtsystem der Erziehung die Klassenprivilegien ausgeschaltet werden, wird der Zugang von Arbeiterkindern zur Univerſität möglich werden und außerdem Erwachsenen entweder mit Hilfe von beamteten Stipendien oder durch ein paralleles System von Arbeit und Studium der Zugang zu Kursen auf Univerſitätsniveau ermöglicht werden.

Die Massen-Kommunikationsmittel

Diese Kommunikationsmittel (Rundfunk, Verlage, Fernsehen, Presse, Kino) sind Grundvoraussetzung für die Bildung einer neuen Kultur und eines neuen Menschen. Deshalb müssen sie eine erzieherische Funktion erhalten und von ihrem kommerziellen Charakter befreit werden. Dazu müssen Maßnahmen ergriffen werden, die es den gesellschaftlichen Organisationen erlauben, über diese Mittel zu verfügen und die schädliche Beteiligung der Monopole auszuschalten. Die nationale Organisation der Volkskultur wird sich ganz besonders mit der Entwicklung der Filmindustrie befassen und mit der Vorbereitung von besonderen Programmen für die Massen-Kommunikationsmittel.

Internationale Politik der Volkseinheit

Ziele

Die internationale Politik der Volkseinheit hat folgende Ziele: Gewährleistung der vollen politischen und wirtschaftlichen Autonomie Chiles.

Die Herstellung von Beziehungen mit allen Ländern der Welt, unabhängig von deren ideologischer und politischer Stellung auf der Grundlage der Respektierung, der Selbstbestimmung und der Interessen des chilenischen Volkes.

Die Herstellung von **Freundschaften** und **Solidaritätsbündnissen** mit den unabhängigen Ländern oder den Kolonien, besonders solchen, die gegenwärtig für ihre Befreiung und Unabhängigkeit kämpfen.

Die Entwicklung einer lateinamerikanischen und antimperialistischen politischen Haltung mit Hilfe einer internationalen Politik, die sich vorzugsweise an die Völker richtet und weniger an die Regierungskanzleien.

Die entschiedene Verteidigung der Selbstbestimmung der Völker wird von der neuen Regierung als Grundbedingung der internationalen Koexistenz aufrechterhalten. Folglich wird diese Politik wachsam und aktiv auf die Verteidigung des Prinzips des Nicht-Eingreifens gerichtet sein und auf die Zurückweisung jedes Versuchs der Diskriminierung, der Ausübung von Druck und der Invasion oder der Blockade von Seiten der imperialistischen Länder. Die Beziehungen, der Austausch und die Freundschaft mit den sozialistischen Ländern sind zu verstärken.

Für eine größere nationale Unabhängigkeit

Die Haltung der aktiven Verteidigung der Unabhängigkeit Chiles beinhaltet die Verurteilung der bestehenden „Organisation der Amerikanischen Staaten“ (OAS) als eines Instruments und einer Agentur des nordamerikanischen Imperialismus und den Kampf gegen jede Form von Panamerikanismus, wie er von dieser Organisation verstanden wird. Die Volksregierung ist bestrebt, zur Schaffung eines Organs beizutragen, das die Länder Lateinamerikas wirklich vertritt.

Unverzüglich sind die Revision, die Kündigung und die Ablehnung — je nachdem wie der einzelne Fall gelagert ist — der Verträge oder Abkommen, die unsere Souveränität begrenzen, und konkret die der Beistandsverträge und der Verträge über gegenseitige Hilfe und andere Abkommen, die Chile mit den Vereinigten Staaten geschlossen hat.

Die Regierung weist ausländische Hilfe zurück und kündigt Anleihen auf, die aus politischen Motiven gegeben wurden oder die die Verpflichtung beinhalten, Inverfittoen, die aus diesen Anleihen sich ergeben, unter Bedingungen vorzunehmen, die unsere Souveränität beeinträchtigen und den Interessen des Volkes zuwiderlaufen. Jedenfalls werden alle Einzahlungen zurückgewiesen, die Chile von außen auferlegt wurden, ob sie lateinamerikanische Grundstoffe, wie das Kupfer, betreffen oder die Einschränkung des Freihandels, die sich lange Zeit durch die Unmöglichkeit, gemeinsame Handelsbeziehungen mit allen Ländern der Welt herzustellen, ausgedrückt haben.

Internationale Solidarität

Die Kämpfe, die die Völker für ihre Befreiung und für die Errichtung des Sozialismus führen, werden durch die tatsächliche und kämpferische Solidarität der Volksregierung unterstützt. Jede Form des Kolonialismus und Neokolonialismus ist zu verurteilen. Das Recht aller Völker zur Rebellion gegen dieses System wird ausdrücklich anerkannt. Ebenso wird jegliche Form der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Aggression, die durch die imperialistischen Länder begangen wird, verurteilt. Internationale chilenische Politik muß die Position der Verurteilung der nordamerikanischen Aggression in Nordvietnam aufrechterhalten und die Anerkennung und Solidarität gegenüber dem heroischen Kampf des vietnamesischen Volkes aktiv bekunden.

Ebenso wird sich die Volksregierung mit der kubanischen Revolution solidarisieren, der vorgeschobenen Stellung der Revolution und des Aufbaus des Sozialismus auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Der antiimperialistische Kampf der Völker des Vorderen Orients beruht auf der Solidarität der Volksregierung zähle, die die Suche nach einer friedlichen Lösung auf der Grundlage des Interesses des arabischen und des jüdischen Volkes unterstützt. Alle reaktionären Regime, die die Rassentrennung und den Antisemitismus verteidigen oder praktizieren, sind zu verurteilen.

Lateinamerikanische Politik

Auf dem Gebiet der lateinamerikanischen Politik begünstigt die Volksregierung ein Vorgehen, das die Stimme Lateinamerikas im internationalen Konzert verstärkt. Die lateinamerikanische Integration muß auf der Basis einer Wirtschaftspolitik der Regierungen errichtet werden, die frei ist von den imperialistischen Formen der Abhängigkeit und Ausbeutung. Es wird jedoch eine aktive Politik bilateraler Abkommen weiter betrieben werden auf den Gebieten, die von Interesse für die chilenische Entwicklung sind. Die Volksregierung wird zur Lösung der bestehenden Grenzfragen das Ihre beitragen, und zwar auf der Grundlage von Verhandlungen, die den Intrigen des Imperialismus und der reaktionäre zuwiderkommen und die das Interesse Chiles und der Völker der angrenzenden Länder berücksichtigen. Die internationale Politik Chiles und ihr Auftritt auf diplomatischer Ebene muß jede Form von Bürokratismus und Verarmung zurückweisen. Wir müssen den Völkern in doppelter Absicht entgegenkommen, einmal, um aus ihren Kämpfen Lehren für unseren Aufbau des Sozialismus zu ziehen, zum anderen, um ihnen unsere eigenen Erfahrungen anzubieten, so daß in der Praxis die internationale Solidarität sich bereichert durch deren Idee wir verbreiten.

DIE VIERZIG ERSTMASSNAHMEN DER VOLKSREGIERUNG

1. *Abschaffung der Supergehälter*. Begrenzung der hohen Gehälter von Funktionären in Vertrauensstellungen. Beendigung der Häufung von Funktionen und Gehältern (Ratsmitglieder, Direktoren, Interessensvertreter). Abschaffung von politischen Zwischenträgern und von „Politikhandel“.
2. *Keine Phantasieposten mehr*. Jeder Beamte ist Teil des Beamtencorpus und den Verpflichtungen des Verwaltungsstatuts unterworfen. In Chile darf es keine Phantasieposten mehr geben.
3. *Ehrlichkeit in der Verwaltung*. Beendigung der Begünstigungen und Sonderrechte in der öffentlichen Verwaltung. Einführung der Nichtabberufbarkeit der Beamten. Niemand darf wegen seiner politischen oder religiösen Vorstellungen verfolgt werden. Überwachung der Effektivität, der Ehrlichkeit und der Zuverlässigkeit der Beamten gegenüber dem Publikum.
4. *Beendigung von teuren Reisen ins Ausland*. Abschaffung von Auslandsreisen durch Funktionäre der Regierung, mit Ausnahme von Reisen, die im Interesse des Staates unvermeidbar sind.
5. *Beendigung des Mißbrauchs von Dienstwagen*. Dienstwagen dürfen unter keinen Umständen für den privaten Gebrauch verwendet werden. Fahrzeuge, die zur Verfügung stehen, dürfen für öffentliche Dienste, für den Transport von Schulkindern und Kranken oder für den Polizeischutz verwendet werden.
6. *Keine neuen Reichen durch den Staat*. Einrichtung einer strengen Kontrolle der Einkünfte und des Besitzes der Funktionäre der öffentlichen Organe. Die Regierung wird keine neuen Reichen schaffen.
7. *Gerechte Renten, keine Millionärspensionen*. Abschaffung von Pensionen in der Höhe von mehreren Millionen, sei es im parlamentarischen oder irgend einem anderen Bereich der Öffentlichkeit oder der Privatwirtschaft. Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel zur Verbesserung der Niedrigrenten.
8. *Rentenalter für alle 60 Jahre*. Recht auf Pensionierung für alle über 60 Jahre alten Menschen, auch wenn sie bislang sich nicht pensionieren lassen konnten, weil sie keine Rentenbeiträge gezahlt haben.

20. *Beendigung der Angleichung der Corwi-Abzahlungen*. Abschaffung der Angleichung der Abschlagszahlungen und Schulden bei der Co. A-Wohnungsbaugesellschaft.

21. *Mieten zu festgesetzten Preisen*. Die Mieten und Abschlagszahlungen werden auf ein Maximum von 10 Prozent des Familieneinkommens festgelegt. Sofortige Abschaffung des Rechts auf Wohnungszug.

22. *Kein unbebautes Gelände mehr*. Für die Bebauung ist jedes unbebaute öffentliche, halböffentliche und städtische Gelände vorzusehen.

23. *Abgaben nur für Villen*. Keine Abgaben für Wohnungen unter 80 qm, die vom Besitzer ständig bewohnt werden und die weder in die Luxuskategorie gehören noch in einem Badeort gelegen sind.

24. *Für eine echte Agrarreform*. Vertiefung der Agrarreform, deren Nutznießer die kleinen und mittleren Landwirte sind, die Besitzer der minifundios, Pächter, die Angestellten sowie die Saisonarbeiter, Erweiterung des landwirtschaftlichen Kredits. Gewährleistung eines Marktes für sämtliche Produkte der Landwirtschaft und der Viehzucht.

25. *Ärztliche Hilfe ohne Bürokratie*. Ausscheidung aller bürokratischen und verwaltungsmäßigen Hindernisse, die auf den verschiedenen Ebenen die Beitragszahler oder die Arbeitslosen an der Erlangung von ärztlicher Hilfeleistung behindern könnten.

26. *Kostenlose ärztliche Betreuung in den Krankenhäusern*. Abschaffung der Bezahlung für Medikamente und für ärztliche Untersuchungen in den Krankenhäusern.

27. *Kein Betrug mehr beim Preis von Medikamenten*. Strengste Herabsetzung des Preises für Arzneien durch Reduzierung der Importkosten für Grundstoffe.

28. *Stipendien für Schüler*. Feststellung des Rechts auf Stipendien für Schüler der Grundschulen, der höheren Schulen und der Universitäten für alle guten Schüler, im Hinblick auf die Ergebnisse ihres Fleißes und auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Familien.

29. *Sport und Volkstourismus*. Begünstigung der körperlichen Erziehung und Schaffung von Sportanlagen in allen Schulen und in allen Wohnvierteln. Jede Schule und jedes Wohngebiet muß

9. *Krankenversicherung für alle*. Einbeziehung der kleinen und mittleren Kaufleute, Unternehmer und Landwirte, der freiberuflich Tätigen, der Bauern, der Fischer, der Kleinbesitzer von Bergwerken, der piriquineros (Bergwerkspächter) und der Hausfrauen in das System der Krankenversicherung.

10. *Sofortige und vollständige Auszahlung an Rentner und Pensionäre*. Sofortige und vollständige Auszahlung der Aufwertung der Pensionen für ehemalige Angehörige der Streitkräfte und Gerechtigkeit in der Rentenbemessung von Rentnern und Witwen seitens der Sozialversicherung.

11. *Schutz der Familie*. Schaffung eines Ministeriums für den Schutz der Familie.

12. *Gleichheit in den Familienzulagen*. Vollständige Angleichung aller Familienzulagen.

13. *Kinder werden geboren, um glücklich zu sein*. Einschreibung, Schulbücher und Schulmaterial für alle Kinder der Grundschule werden kostenlos.

14. *Eine bessere Kinderernährung*. Frühstück für alle Kinder der Grundschulen und Mittagessen für diejenigen Kinder, deren Eltern nicht dafür aufkommen können.

15. *Milch für alle Kinder Chiles*. Gewährleistung einer täglichen Ration von einem halben Liter Milch für alle Kinder Chiles.

16. *Beratungsstellen für Mutter und Kind auf dem Dorf*. Einrichtung von Beratungsstellen für Mutter und Kind in jeder Ansiedlung.

17. *Wirkliche Ferien für alle Schüler*. Einladung der besten Schüler der Grundschulen aus dem ganzen Land in das Präsidentenpalais von Viña del Mar.

18. *Kampf gegen den Alkoholmißbrauch*. Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs nicht durch Repression, sondern durch ein besseres Leben und durch Abschaffung des heimlichen Verkaufs von Alkohol.

19. *Ein Haus, elektrischer Strom und Trinkwasser für alle*. Durchführung eines Notprogramms zur raschen Errichtung von Wohnungen und Gewährleistung der Versorgung mit Wasser und elektrischem Strom für jedes Bauvorhaben.

seinen Spielplatz besitzen. Organisation und Begünstigung des Volkstourismus.

30. *Eine neue Wirtschaft zur Beendigung der Inflation*. Steigerung der Produktion von Produkten des Konsums der Bevölkerung, Kontrolle der Preise und Stopp der Inflation durch sofortige Durchführung einer neuen Wirtschaftspolitik.

31. *Beendigung der Verbindung mit dem internationalen Währungsfonds*. Kündigung der Abkommen mit dem internationalen Währungsfonds und Beendigung der schockierenden Abwertung des Escudo.

32. *Abschaffung der Abgaben auf Nahrungsmittel*. Beendigung der Abgabenerhöhungen für Grundnahrungsmittel.

33. *Beendigung der Spekulation*. Strengste Bestrafung von Wirtschaftsdelikten.

34. *Abschaffung der Verkaufssteuer*. Abschaffung der Verkaufssteuer und Ersatz durch ein gerechteres und rascheres System.

35. *Abschaffung der Arbeitslosigkeit*. Gewährleistung des Rechts auf Arbeit für alle Chilenen und Verhinderung von Entlassungen.

36. *Recht auf Arbeit*. Sofortige Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Durchführung von Plänen für öffentliche Arbeiten und für den Wohnungsbau, durch die Schaffung neuer Industrien und die Umsetzung von Entwicklungsplänen.

37. *Auflösung der mobilen Polizei* (bewaffnete Polizei). Gewährleistung der Ordnung in den Wohngebieten und Städten und der persönlichen Sicherheit. Karabinieri und Sicherheitspolizei erhalten eigentliche Polizeiaufgaben im Kampf gegen die Verletzungen des öffentlichen Rechts. Auflösung der mobilen Polizei; ihre Mitglieder dienen zur Verstärkung des Polizeischutzes.

38. *Beendigung der Klassenjustiz*. Schaffung rascher und kostenloser Gerichtsverfahren mit Hilfe von Einwohnervereinigungen, um Sonderfälle, wie Streit, Gewalttätigkeiten, Vernachlässigung der Familie und Störung der öffentlichen Ruhe zu behandeln und zu entscheiden.

39. *Büros für Rechtsberatung in allen Wohngebieten*. Die Schaffung von Rechtsberatungsstellen in allen Wohngebieten.

40. *Schaffung eines Nationalinstituts für Kunst und Kultur*. Schaffung von Schulen für die Heranbildung von Künstlern in allen Kommunen.

7 ITT - Dokumente und die Umsturzstrategie des US-Imperialismus

Am 23. März 1972 enthüllte der amerikanische Journalist Jack Anderson in der "Washington Post" zahlreiche Geheimdokumente des amerikanischen Konzerngiganten "International Telephone and Telegraph Corporation" (ITT). Diese Dokumente bezeugen, daß die Leitung dieses multinationalen Konzerns in enger Zusammenarbeit mit dem US-Geheimdienst CIA, der US-Regierung (u.a. mit Kissinger), dem US-Botschafter in Santiago und der chilenischen Reaktion vor und nach 1970 alle möglichen Hebel in Bewegung setzte, um die Wahl Allendes zu verhindern bzw. dessen Sturz zu inszenieren.

Nach dem faschistischen Militärputsch vom 11. September 1973 hat dieses dokumentarische Material nichts an Aktualität und Beweiskraft eingebüßt. Im Gegenteil. Vergegenwärtigt man sich die Vorbereitung und Durchführung dieses Verbrechens gegen das chilenische Volk, gegen die freigewählte Regierung der Unidad Popular, so muten diese Geheimpapiere aus den Panzerschranken der ITT wie das Drehbuch dieser konterrevolutionären Verschwörung an. Die Dokumente benennen die wahren Hintermänner und Drahtzieher dieses Komplotts ebenso klar wie die von ihnen planmäßig eingesetzten Instrumente zur Organisation des Sturzes von Salvador Allende:

- wirtschaftliche Erdrosselung Chiles durch international betriebene Boykottmaßnahmen von US-Monopolen und US-Regierung;
- die Schaffung und Finanzierung eines wirtschaftlichen sowie politischen Chaos im Lande;
- die Ausarbeitung und Anleitung von Staatsstreichplänen, das Hinarbeiten auf einen Putsch reaktionärer, proimperialistischer Militärs.

Unsere nachfolgende Zusammenstellung umfaßt:

- 1.) eine Charakterisierung des Konzerngiganten ITT;
- 2.) Jack Andersons erste Enthüllung in der "Washington Post";
- 3.) ein ITT-Geheimdokument vom September 1970 (Schreiben des ITT-Vizepräsidenten Merriam an die Nixon-Regierung);
- 4.) einen Dokumentenauszug zu den amerikanischen Bemühungen um einen Militärputsch vom 16. Oktober 1970 (Schreiben des ITT-Sicherheitsbeamten Herdrix an den Vizepräsidenten des Konzerns, Gerrit);
- 5.) ein Dokument zur Umsturzstrategie des US-Imperialismus vom 1. Oktober 1971 (von ITT-Vizepräsident Merriam an die Nixon-Regierung).

13

ITT gilt heute als einer der 10 größten Konzerne des kapitalistischen Teils der Welt, beutet 400 000 Beschäftigte aus, verfügt über Vermögenswerte von mehr als 6 Milliarden Dollar und arbeitet – eigenen Angaben der Konzernleitung zufolge – „ständig rund um die Uhr in 67 Ländern auf sechs Kontinenten, von der Arktis bis zur Antarktis und ganz buchstäblich vom Boden des Meeres bis zum Mond...“

Mag das Jonglieren mit Begriffen wie Erde und Mond auch vom Bedürfnis nach Eigenreklame geprägt sein; wesentlich übertrieben ist das nicht, was die Manager der Gesellschaft über ihren Herrschaftsbereich mitteilten.

Der Name „International Telephone and Telegraph Corporation“ freilich sagt heute nur noch wenig über das aus, was sich hinter dieser Zusammenballung wirtschaftlicher Macht eigentlich verbirgt.

Das BRD-Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ beschrieb durchaus zu Recht den Umfang des Konzerns am Beispiel des Tageslaufes des Konzernchefs Harold Sidney Geneen. „Wenn Geneen morgens frühstückt, Fischstäbchen oder Kartoffel-Chips knabbert oder abends zu einem Buch greift, immer kann er auf Erzeugnisse aus dem eigenen Konzern zurückgreifen. Geneen kann bei einer ITT-eigenen Bank einen Kundenkredit beantragen, sich dafür ein von ITT produziertes Fernsehgerät kaufen – und dann Programina von Sendern empfangen, die sein Konzern installiert hat. Ob Geneen im Flugzeug von Sicherheitssystemen zu Boden geleitet wird, ein Haus bauen will, in Avis-Leihwagen zu Konferenzen in Stereoton-Hotels fährt, Telefone bedient oder Radio hört, Spargroschen in Investment-Zertifikate oder Lebensversicherungen investiert, Zug fährt oder zu Hause in seiner New-Yorker Appartement-Wohnung eine Glühbirne einschraubt – immer bleibt der ITT-Boß

im Reich seines Konzerns.“ Der Jahresumsatz von ITT wird mit 23,6 Mrd. Mark angegeben.

Auch in Chile verfügt ITT über beträchtliche wirtschaftliche Positionen, deren Wert mehrere 100 Mill. Dollar beträgt. In den Dokumenten – Berichte der Beauftragten und Agenten der ITT an die Zentrale bzw. an Washingtoner Regierungs- und Geheimdienststellen – wird das Vernetzungsnetz des Komplotts sichtbar, dessen Ziel es war, den Regierungsantritt von Präsident Allende bzw. der Regierung der Unidad Popular im Herbst 1970 zu verhindern. Nicht nur die Konzernleitung, sondern auch Geheimdienstfunktionäre, Diplomaten, ja sogar der Präsident der USA persönlich, sind darin verstrickt.

Bekanntlich ist das Unternehmen damals gescheitert, wenngleich ähnliche Anschläge auch danach vorbereitet und betrieben werden. Daß es scheiterte, zeigt deutlich, wie sehr die Macht auch solcher Konzerne wie der ITT oder solcher imperialistischen Mächte wie der USA begrenzt ist. Zu Zeiten des Präsidenten Theodore Roosevelt (1901–1909), jenes imperialistischen Politikers, der das Schlagwort von der Politik des „big stick“, der Politik des „großen Knüppels“, kreierte, wären die USA in einer ähnlichen Situation wie 1970 mit einem Flottenverband vor Chiles langgestreckten Küsten erschienen und hätten militärisch interveniert. Angesichts des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt, angesichts des historischen Vormarsches des Sozialismus, ist dergleichen heute nicht mehr in dem Maße möglich wie ehemals. Und so wird der Leser den Dokumenten entnehmen können, daß die USA-Regierung den an der Putschvorbereitung beteiligten Drahtziehern jede Unterstützung zusichert, allerdings einschränkt, eine militärische Intervention könne es nicht geben.

2)

„Washington Post“,
21. März 1972

Washingtoner Ringelspiel

Von Jack Anderson

Die Geheimdokumente, die der Vernichtung durch die Gesellschaft „International Telephone and Telegraph Corporation“ (ITT) entgangen sind, zeugen davon, daß die oberste Leitung dieser Gesellschaft verschiedene Winkelzüge anwandte, um die Wahl des linken chilenischen Präsidenten Salvador Allende zu verhindern.

Diese Dokumente beweisen, daß die ITT ständig mit der CIA Kontakt hielt und in einer Etappe sogar an einen Militärputsch dachte, um die Wahl Allendes zu vereiteln. Die Dokumente charakterisieren die ITT als einen faktisch selbständigen Staat mit großen Auslandsguthaben, mit Zugang zu

den höchsten Beamten Washingtons, mit einem Spionageapparat und sogar mit einem eigenen Geheimhaltungssystem. Auf diesen Dokumenten stehen verschiedene Stempel der Geheimhaltung, insbesondere solche wie „Geheim“, „Geheimsystem“ und „Persönlich und geheim“. Die Originale dieser Dokumente wurden offenbar zusammen mit „vielen Säcken“ von Dokumenten vernichtet und zwar, wie dies jetzt die ITT selber zugibt, um zu verhindern, daß sie uns in die Hände fallen. Nichtsdestoweniger sind wir in den Besitz der Kopien dieser Dokumente gelangt.

Sie sagen aus, daß die Leitung der ITT enge Kontakte mit William Broe unterhielt, der damals Chef der Lateinameriko-Abteilung der CIA war. Gemeinsam arbeiteten sie Pläne für die Herbeiführung eines wirtschaftlichen Chaos in Chile aus, wobei sie hofften, daß dies die chilenische Armee zu einem Putsch veranlassen würde, der Allendes Machtantritt verhindert.

John McCane, Mitglied des Aufsichtsrates der ITT und ehemaliger CIA-Direktor, spielte eine bestimmte Rolle in diesem ungewöhnlichen Komplott. Am 9. Oktober 1970 erhielt er eine geheime Mitteilung von dem ITT-Vizepräsidenten William Merriom, der die Washingtoner Filiale der ITT leitete.

Merriom schrieb: „Heute habe ich mit unserem Verbindungsmann in der CIA, McLean, gesprochen. Ich will Ihnen kurz die Ergebnisse unseres Gesprächs mitteilen. Er ist noch wie vor sehr pessimistisch in bezug auf die Möglichkeit, eine Niederlage Allendes herbeizuführen, wenn am 24. Oktober im Kongreß die Abstimmung stattfindet.“

Wir halten weiterhin mit einzelnen Vertretern der Streitkräfte Verbindung, um zu versuchen, sie dafür zu gewinnen, an die Spitze eines Aufstands zu treten, blieben aber bisher erfolglos.

Praktisch ist auch kein Erfolg bei den Versuchen erzielt worden, amerikanische Geschäftsleute für die Zusammenarbeit bei der Schaffung eines Wirtschaftshaos' zu gewinnen. So erklären beispielsweise ‚General Motors‘ und ‚Ford‘, sie hätten zuviel Vermögen in Chile, um ein Risiko einzugehen, und sie haben die Hoffnung nicht auf, daß sich alles irgendwie ordnen werde.

Die ‚Bank of America‘ hat eingewilligt, ihre Filiale in Santiago zu schließen, schiebt aber die notwendigen Maßnahmen dazu von Tag zu Tag auf. Wie mein Verbindungsmann sagte, müssen wir noch wie vor Druck auf die Geschäftskreise ausüben.“

Von einer Verschwörung, bei der unter Ausübung wirtschaftlichen Drucks ein Militärputsch ausgelöst werden sollte, ist in einer geheimen Telex-Mitteilung vom 29. September 1970 an den ITT-Präsidenten Harold Geneen von E. J. Gerrity, einem seiner Vizepräsidenten, die Rede. Diese Verschwörung schildert Gerrity folgendermaßen:

„1. Die Banken dürfen keine Kredite erneuern, oder sie müssen ihre Gewährung hinauszögern.“

2. Die Gesellschaften müssen die Transferierung von Geldern, die Lieferungen, den Versand von Ersatzteilen usw. stoppen.“

3. Sparkassen und Kreditgesellschaften befinden sich dort gegenwärtig in Schwierigkeiten. Wenn Druck ausgeübt wird, werden sie genötigt sein, ihre Pforten zu schließen, und so entsteht eine gespannte Lage.“

4. Wir müssen jegliche technische Hilfe einstellen und dürfen keine technische Hilfe für die Zukunft versprechen. Gesellschaften, die dies können, müssen ihre Pforten schließen.“

5. Es wurde eine Liste von Gesellschaften vorgelegt und vorgeschlagen, daß wir uns im oben dargelegten Sinne an sie wenden. Mir ist mitgeteilt worden, daß von allen diesen Gesellschaften nur unsere positiv reagiert und begriffen haben, warum es geht. Mein Gast (offensichtlich der CIA-Vertreter William Broe) fügte hinzu, daß es um Geld nicht liegen soll. Er teilte mit, daß einige Maßnahmen eingeleitet würden, daß er aber auf zusätzliche Hilfe bei der Auslösung eines Wirtschaftshaos' hoffe.“

Am nächsten Tag richtete Gerrity ein Memorandum an die Washingtoner Filiale der ITT, in dem er von einem Rotzschlag berichtete, den er von einem Gegner Allendes in Chile erhalten hat: „Bleibt ruhig, bringt das Boot nicht zum Schlingern, wir sind erfolgreich am Werk.“

„Das widerspricht direkt der Empfehlung Broes“, heißt es in dem Memorandum.

„Ich besuche Sie später, um die Reaktion des ITT-Präsidenten Harold Geneen auf meine Telex-Mitteilung ausführlich zu erörtern. Er ist mit mir einer Meinung, daß Broes Vorschläge unrealisierbar sind. Er schlägt jedoch vor, daß wir gegenüber Broe sehr vorsichtig vorgehen.“

Weitere Einzelheiten über dieses ungewöhnliche Gespräch CIA-ITT bringen wir in einem späteren Artikel.

Anmerkung: Ein CIA-Vertreter lehnte es ab, diese Mitteilung zu kommentieren oder auch nur zu sagen, wer Broe ist.

(Quelle: Horizont, 20/1972)

3)

Persönlich und vertraulich
Washington Office
1 Street NW
Washington DC 20036
Mr. Gerrity:

Das ist unser Bericht über die chilenische Situation und das, was wir am Wochenende getan haben.
W. R. Merriam

An: Mr. W. R. Merriam
Von: J. D. Neal
Gegenstand: Chile - Weißes Haus, State Department, Ministerium für Justiz

Nachdem Sie mir die Anregungen von Mr. Geneen zu Chile am Freitag, dem 11. September, vorgelesen hatten, fühle ich am Wochenende die folgenden Aktionen durch:

Weißes Haus - Büro Kissinger

Am späten Freitagnachmittag telefonierte ich mit dem Büro von Mr. Kissinger und sprach mit "Pete" Vaky*, der für Kissinger Berater in lateinamerikanischen Angelegenheiten des State Departments ist.

Ich unterrichtete ihn über die tiefe Besorgnis Mr. Geneens über die Lage in Chile, nicht nur vom Standpunkt unserer starken Investitionen her, sondern auch wegen der Bedrohung für die gesamte Hemisphäre. Ich erklärte ihm, daß 95 Millionen US-Dollar unseres Vermögens durch Investitions Garantien geschützt sind wie auch die anderer nordamerikanischer Kompanien, wir aber nicht gewillt sind, diese Verluste durch Geld des nordamerikanischen Steuerzahlers zu decken. Ich sagte zu Mr. Vaky, daß wir uns der Haltung des Botschafters Korry (sic) betriefts der Versicherung von Alessandri und dessen Verzicht zugunsten einer neuen Kandidatur Freis bewußt sind. Wir haben auch Gerüchte über Bewegungen der chilenischen Militärs vernommen.

Mr. Vaky sagte, daß es "viel geistige Nacharbeit" wegen der Lage in Chile gegeben hat und daß es "wirklich schwierig" für die Vereinigten Staaten ist. Ich gab zu, daß wir verstehen, wie schwierig die Position der Vereinigten Staaten ist. Aber wir hoffen, daß das Weiße Haus, das State Department usw. eine neutrale Haltung einnehmen und Chile und andere nicht entmutigen werden, falls diese die Situation zu retten versuchen sollten.

Ich sagte zu Mr. Vaky, er solle Mr. Kissinger mitteilen, daß Mr. Geneen nach Washington zu kommen wünscht, um über die Interessen der ITT zu diskutieren, und daß wir

darauf vorbereitet sind, wirtschaftlich mit Summi bis zu sieben Ziffern zu helfen. Ich sagte, daß die Besorgnis von Mr. Geneen nicht den Zeitpunkt betrifft, an dem der Zug bereits abgefahren ist", sondern daß wir die ganze Zeit den Sieg Allendes befürchten und ohne Erfolg versucht haben, an andere amerikanische Kompanien wegen der Zukunft ihrer Investitionen zu appellieren, sich mit uns in unseren Bemühungen vor den Wahlen zusammenzuschließen.

Mr. Vaky erwiderte, er danke Mr. Geneen für sein Interesse und werde das alles Mr. Kissinger übermitteln. Er bat an, uns auf dem laufenden zu halten.

State Department - Unterstaatssekretär Meyer:

Am frühen Sonnabendmorgen telefonierte ich mit dem Unterstaatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, Charles (Chuck) A. Meyer, in dessen Büro ich wiederholte für ihn denselben Bericht wie für "Pete" Vaky.

"Chuck" sagte, er verstehe Mr. Geneens Besorgnis und wisse dessen Hilfsangebot zu schätzen. Er sagte, daß das State Department die Situation so genau wie möglich beobachtet und auf den 24. Oktober wartet, wenn der Kongreß entscheidet, wer gewonnen hat.

Er sagte, daß sich die Chilenen selbst genügend Sorgen machen. Sogar die Gewerkschaften sehen Nachteile in Allende. Er meinte: "Das ist ein Problem Chiles", und sie müßten selber sehen, wie sie aus dem Dilemma herauskommen.

Er bemerkte, daß der Chef von Kennecott Copper gerade berichtet habe, ihm schiene, sie hätten ihre große Bergbauzone "El Teniente" verloren.

Meyer sagte, er würde mich auf dem laufenden halten und vertraute darauf, daß wir seinem Büro jedwede entsprechende Nachricht zukommen lassen würden.

Ministerium für Justiz

Ich ging am Sonnabendnachmittag zu einem Hochzeitsfest in die Koreanische Botschaft. Ich hatte die Hoffnung, Minister Rogers zu treffen und insbesondere den Unterstaatssekretär U. Alexis Johnson, der ein großer Freund des Botschafters ist, aber sie waren nicht zu gegen. Anwesend war die Gattin von Rogers, und wir unterhielten uns mit ihr. Ich traf mich mit Generalstaatsanwalt Mitchell und entschied mich, Chile in der Absicht zu erwähnen, daß er das Thema in irgendeiner Kabinettsitzung oder anderweitig berühre. Mr. Mitchell sprach über sein kürzliches Zusammentreffen mit Mr. Geneen. Er sagte, er kenne die Besorgnis Mr. Geneens über die Investition der ITT in Chile verstehen. Ich erwiderte ihm, daß ich bereits mit dem Weißen Haus und dem State Department gesprochen hätte.

(Quelle: Horizont, 20/1972)

* Erläuterungen zu den im Dokument vorkommenden Namen sind nachstehend in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt:
Alessandri, Jorge: Kandidat für die Präsidentschaft der Republik. Er erhielt die zweite relative Mehrheit in den Wahlen vom 4. 9. 1970.
Allende, Salvador: Senator; Kandidat für die Präsidentschaft der Republik. Er erhielt die erste relative Mehrheit in den

Wahlen vom 4. September 1970. Am 24. Oktober zum Präsidenten gewählt. Er trat am 3. November 1970 die Präsidentschaft an.
Geneen, Harold S. (H. S. G.): Präsident der ITT.
Gerrity, Edward J.: Vizepräsident, Senior der ITT mit dem Rest der Öffentlichkeitsbeziehungen und Öffentlichkeitsarbeit.
Johnson, Alexis U.: Unterstaatssekretär der

Vereinigten Staaten.
Kennecott Copper: USA-Kupfergesellschaft
Kissinger, Henry A.: Berater Präsident Nixons in Fragen der nationalen Sicherheit.
Korry, Edward: Botschafter der Vereinigten Staaten in Chile.
Merriman, William R.: Vizepräsident der ITT, Leiter des Büros in Washington.
Meyer, Charles A.: Unterstaatssekretär für

lateinamerikanische Angelegenheiten der Regierung der Vereinigten Staaten.
Mitchell, John: Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten (Minister für Justiz).
Neal, Jack O.: Funktionär der ITT.
Rogers, William: Staatssekretär der Vereinigten Staaten.
Vaky, Peter Viron: Berater von H. A. Kissinger für lateinamerikanische Angelegenheiten.

4)

PERSÖNLICH UND VERTRAULICH

INTERNATIONAL TELEPHONE AND TELEGRAPH CORPORATION
INTERNATIONAL HEADQUARTERS

AN: E. J. Gerrity 16. Oktober 1970
VON: H. Hendrix (diktiert am Telefon von San Juan)
BETR.: Chile Aktenzeichen angeben

Wenn nicht bis Mitte nächster Woche von verschiedenen chilenischen Militärkreisen Maßnahmen getroffen werden, besteht in Santiago Übereinstimmung, daß Salvador Allende die Endabstimmung am 24. Oktober leicht gewinnen und am 4. November zum Präsidenten erklärt werden wird.

Die Möglichkeit eines Militärputsches ist gering, aber sie wird zumindest bis zu diesem Zeitpunkt fortbestehen.

Eine mögliche Schlüsselfigur spielt dabei der frühere Brigadegeneral Roberto Viaux, der letzten Oktober einen Aufstand von Mitgliedern des ersten Artillerieregiments anführte, mit der Forderung nach höherer Bezahlung und verbesserten Arbeitsbedingungen. Diese Revolte brach schnell zusammen. Viaux wurde kurz und bündig aus der Armee ausgeschlossen, aber über Nacht machte ihn sein Unternehmen zum Helden für eine große Gruppe aktiver und im Ruhestand befindlicher Offiziere und unterer Dienstgrade.

Letzte Woche wurde deutlich, daß Viaux eine Bewegung in Gang zu setzen versuchte. Gerüchte, er werde am 9. oder 10. Oktober einen Putsch auslösen, nahmen in Chile überhand und überfluteten auch Buenos Aires in Argentinien.

Es ist eine Tatsache, daß Viaux letzte Woche von Washington die Anweisung erhalten hat, sich zurückzuhalten. Es wurde vermutet, daß er nicht ausreichend vorbereitet und seine Zeit vorbei war und er sollte dies für einen späteren, unbestimmten Zeitpunkt "eintrieren". Geheimagenten bedeuteten ihm, daß, wenn er zu früh und allein losgeschlagen hätte, seine Niederlage auf eine "Schweinebucht von Chile" hinausläufe.

Teil der Überredung, Viaux hinzuhalten, war die mündliche Zusicherung, er werde materielle Hilfe und Unterstützung und anderes mehr für ein späteres Unternehmen von den USA erhalten (...)

Unterdessen haben Allende und seine Beauftragten die Streitkräfte auf verschiedenen Ebenen stürmisch umworben und die Unterwanderung der unteren Dienstgrade fortgesetzt. Viele haben zugestimmt, Allende zu unterstützen, nachdem sie seine Versprechungen hörten, der Armee eine größere Bedeutung bei der Entwicklung der Infrastruktur des Landes beizumessen, etwa vergleichbar mit der Tätigkeit eines US-Pionierkorps.

Allende hat außerdem verschiedenen Offizieren versprochen, er werde die Organisationsstruktur des Militärs nicht verändern. Aber er hat keine Versprechungen gemacht, was personelle Veränderungen betrifft. Ein Offizier im Ruhestand führte aus, das einzige, was Allende als Präsident tun müsse, sei, einen loyalen Major oder Colonel zum General zu ernennen und damit automatisch all jene Offiziere von ehemals höherem Rang keltzustellen. Das ist eine Taktik, die in Lateinamerika wohlbekannt ist.

Während es in Chile letzte Woche vor Gerüchten brodelte, hat sich die Situation diese Woche völlig verändert. Die Hauptstadt befindet sich in schlimmer Depression. Die breite Öffentlichkeit resigniert anscheinend vor der Tatsache, daß Allende gewonnen hat und daß es die nächste Aufgabe der Geschäftswelt sein wird, zu bestimmen, wie man überleben und wie man mit einer marxistischen Regierung leben wird. Einige der Wortführer der Allende-Gegner, die diese Resignation zeigen, sprechen davon, auf einen Sieg in der zweiten Runde hinzuwirken. (...)

Unterdessen hatte Viaux sich mit hohen und Nachwuchsoffizieren über einige Aktionen beraten, um Allende daran zu hindern, Präsident zu werden. Er hat die verpfändete Unterstützung von einigen von ihnen, aber leider von keinem der Truppenkommandeure in Schlüsselstellung, wenigstens unseres Wissens nach nicht. (...)

Während dieser Woche geschah eine bemerkenswerte Kleinigkeit in Chile. Der Befehlshaber der Marine, Admiral Fernando Porta, verschwand vorläufig von der Szene. Sein plötzliches Verschwinden wurde moffiziell einem Treffen Allendes mit vier anderen Admiralen zugeschrieben. Gerüchten zufolge mit der Einwilligung von Admiral Porta. Das Treffen wurde angeblich vereinbart, um sich der Unterstützung der Marine für Allende zu versichern.

(Quelle: Betrifft: Chile. Die ITT-Dokumente, Frankfurt/M., 1972, S. 75 und 77)

5)

„Auf Chile Druck ausüben“

Das ITT-Programm zum Sturz des chilenischen Staatspräsidenten Salvador Allende

Am 1. Oktober 1971 unterrichtete der Chef des Washingtoner ITT-Büros William R. Merriam den damaligen Sonderberater Präsident Nixons, Peter G. Peterson, in einem Brief über die Beschlagnahme der ITT-eigenen chilenischen Telefongesellschaft. In einem Anhang zu dem Schreiben („Dear Pete“) entwickelte Merriam ein 18-Punkte-Programm für ein Eingreifen Washingtons in Chile.

Präsident Allende ist eitel und braucht den Erfolg, sonst ist er frustriert. Sein internationaler Ruf liegt ihm sehr am Herzen, und es schmerzt ihn, wenn seine Vorhaben scheitern.

Ich meine, es sollte darauf hingewiesen werden, daß die Situation in Chile von der gesamten Administration absolut mit Vorrang zu behandeln ist und daß insgeheim, aber wirksam alles getan werden sollte, um dafür zu sorgen, daß Allende die entscheidenden nächsten sechs Monate nicht übersteht.

Das Weiße Haus sollte innerhalb des Nationalen Sicherheitsrats einen Sonderstab einsetzen und auf Chile Druck ausüben.

Diese Gruppe könnte Maßnahmen ergreifen mit dem Ziel:

1. die Kreditbeschränkungen, wie sie von der Export-Import-Bank bereits verhängt wurden, bei den internationalen Banken aufrechtzuerhalten;
2. die großen amerikanischen Privatbanken insgeheim zu veranlassen, ebenso zu verfahren;
3. mit ausländischen Banken zu verhandeln, um sie ebenfalls zu Kreditrestriktionen zu bewegen;
4. Käufe aus Chile in den nächsten sechs Monaten aufzuschieben und die amerikanischen Kupfervorräte zu nutzen, statt von Chile zu kaufen;
5. für eine Verknappung des Dollar in Chile zu sorgen;

⑥ mit der CIA über Möglichkeiten zu diskutieren, wie sie den sechsmonatigen Druck unterstützen kann;

⑦ verlässliche Quellen innerhalb des chilenischen Militärs anzubohren und die Treibstofflieferungen für die Marine sowie die Benzinlieferungen für die Luftwaffe hinauszuzögern;

8. wahrscheinlich wird es erforderlich sein, den geschwächten Nachrichtenmedien Dollarbilfen zu gewähren, da dieser Sektor rapide verkümmert und „El Mercurio“ im Nu ausgelöscht werden könnte;

9. Allendes Unctad-Pläne zu vereiteln;

10. Enteignungen und Verstaatlichungen amerikanischer Privatinvestitionen ohne volle und sofortige Entschädigung sind für die amerikanische Zahlungsbilanz von unmittelbarem Schaden. Dadurch wird das Gleichgewicht gestört und der Glaube an den Dollar gebrochen.

Die US-Regierung tut alles Mögliche, um ihren Etat auszugleichen, den Dollar zu stärken und die Konkurrenzfähigkeit amerikanischer

einstellen oder aufschieben. Letzte Woche ging noch eine Remington-Lieferung an die (chilenische) Geheimpolizei.

13. Chiles jüngste Reisebeschränkungen schaden dem amerikanischen Handel. Die Chilenen sind in ganz Lateinamerika als die wohl reisefreudigste Nation bekannt. Hier sollten Vergeltungsmaßnahmen getroffen werden.

14. Die chilenischen Aktionen gegen die Nachrichtenagentur UPI sollten von der Inter-American Press Association und der amerikanischen Presse allgemein verurteilt werden.

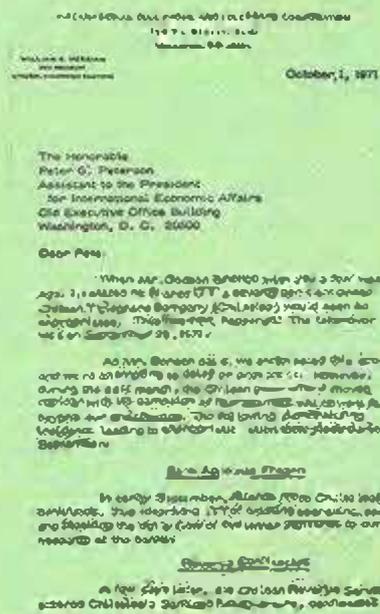
„El Mercurio“ in Santiago hält sich noch am Leben und setzt seine Kritik an Allende fort. Für diese Zeitung sollten gewisse Hilfsmaßnahmen erwogen werden.

15. In einem Gespräch mit Abteilungsleiter Charles A. Meyer und seinem Stab vom Außenministerium vor wenigen Tagen — am 28. September — erfuhren wir, daß bis zu eine Million Dollar allmonatlich aus dem Hilfsfonds nach Chile fließen. Wir sind der Meinung, daß diese Zahlungen amerikanischer Steuergelder an die marxistische Regierung eingestellt werden sollten.

16. Ferner wurde uns mitgeteilt, daß Gelder aus verschiedenen IADB-Hilfsprogrammen, die bisher nicht benutzt wurden, einem sogenannten Erdbeben-Fonds zugewiesen und Chile zur Verfügung gestellt worden sind. Angesichts des hohen amerikanischen IADB-Beitrags und der Tatsache, daß kein echter Notstand vorlag, hätte diese Maßnahme nicht erlaubt werden dürfen und sollte, wenn möglich, jetzt rückgängig gemacht werden.

17. Chiles Ausfuhren in die USA werden auf jährlich 154 Millionen US-Dollar geschätzt. Möglichst viele amerikanische Märkte sollten daher für Chile geschlossen werden. Ebenso sollten amerikanische Ausfuhren, die für Allende von besonderer Bedeutung sind, verzögert oder eingestellt werden.

18. Die Vereinigten Staaten sollten mit anderen Regierungen, deren Staatsbürger unter den chilenischen Marxisten leiden, über geeignete Maßnahmen beraten. Zu diesen Nationen gehören auch Länder, denen Chile Geld schuldet. Allendes Geldreserven schrumpfen rapide. Er hat bereits ein Moratorium für die Begleichung seiner Auslandsschulden beantragt.



Merriam-Brief ans Weiße Haus „Dear Pete: Allende ist eitel!“

Produkte auf dem Weltmarkt zu bewahren. Dabei werden amerikanische Privatinvestitionen von einigen ausländischen Regierungen benachteiligt, obwohl diese gleichzeitig eine Vorzugsbehandlung auf unseren Märkten verlangen und bei den von Amerika unterstützten Banken „weiche Darlehen“ beantragen.

11. Die Charta der Inter-American Development Bank (IADB), Paragraph 2-a-iii, sieht vor, daß Darlehen „zur Ergänzung von Privatinvestitionen“ gewährt werden. Hier aber ist das Gegenteil der Fall: Die IADB-Darlehen verdrängen die Privatinvestitionen.

12. Die amerikanischen Hersteller sollten ihre Handfeuerwaffen- und Munitionslieferungen nach Chile

* Das Blatt der chilenischen Opposition.

8 Rede Salvador Allendes in der UNO

(1972)

(...) Wir haben unsere Ressourcen verstaatlicht. Wir haben das Kupfer verstaatlicht. Wir haben das durch eine einstimmige Entscheidung im Parlament erreicht, in dem die Regierungsparteien in der Minderheit sind. Wir möchten, daß jeder dies klar sieht: Wir haben die großen ausländischen Kupfergesellschaften nicht konfisziert. Wir haben allerdings in Übereinstimmung mit dem Verfassungsrecht eine seit langem bestehende Ungerechtigkeit korrigiert, indem wir von dem Entschädigungsbetrag den Teil der von diesen Unternehmen seit 1955 erzielten Gewinne abzogen, der über 12 vH im Jahr lag. Die Gewinne, die einige der verstaatlichten Gesellschaften in den vergangenen 15 Jahren erzielt hatten, waren so ungeheuer, daß bei Anwendung der vertretbaren Profitgrenze von jährlich 12 vH die Gesellschaften noch beträchtliche Abzüge von der Entschädigung binnehmen mußten.

Dies war z. B. der Fall bei einem Zweigbetrieb der Anaconda Gesellschaft, dessen jährliche Gewinne in Chile zwischen 1955 und 1970 im Durchschnitt 21,5 vH vom Buchwert betragen, während die Anaconda-Gewinne in anderen Ländern nur 3,6 vH pro Jahr betragen. Den gleichen Fall beobachteten wir bei einer Tochtergesellschaft der Kennecott Copper Corporation, die in demselben Zeitraum einen durchschnittlichen Jahresgewinn von 52,8 vH in Chile erzielte und sogar so unglaubliche Zahlen wie 106 vH im Jahre 1967, 113 vH im Jahre 1968 und mehr als 205 vH im Jahre 1969 erreichte. Die durchschnittlichen Profite der Kennecott lagen in anderen Ländern während dieses Zeitraums bei weniger als 10 vH jährlich. In anderen Fällen bedeutete indessen die Anwendung der im Einklang mit der Verfassung aufgestellten Regeln, daß bei anderen ausländischen Kupfergesellschaften Abzüge wegen exzessiver Gewinne nicht vorgenommen wurden, da die vertretbare Grenze von 12 vH pro Jahr nicht überschritten worden war.

Es soll betont werden, daß die großen Kupfergesellschaften in den Jahren unmittelbar vor der Verstaatlichung mit der Durchführung von Expansionsplänen begannen. Diese Pläne

jedoch - die meistenteils erfolglos waren - wurden trotz deren riesiger Profite nicht aus eigenen Mitteln finanziert, sondern durch auswärtige Kredite. Gemäß der im Gesetz vorgesehenen Bestimmungen mußte Chile die Verantwortung für diese Schulden übernehmen, die sich auf die gewaltige Summe von über 727 Millionen Dollar belaufen. Wir haben mit der Begleichung dieser Schulden begonnen, darunter auch eine Verpflichtung, die eines dieser Unternehmen mit Kennecott, seiner eigenen Muttergesellschaft in den Vereinigten Staaten, eingegangen war.

Diese selben Unternehmen bauten viele Jahre lang chilenisches Kupfer ab und erwirtschafteten allein in den letzten 42 Jahren über 4000 Millionen Dollar als Gewinn, obwohl ihre ursprünglichen Investitionen nicht mehr als 30 Millionen Dollar betragen hatten. Lassen Sie mich als eindrucksvollen Kontrast dazu an einem einfachen und schmerzlichen Beispiel zeigen, was das für Chile bedeutet. In meinem Land leben 600 000 Kinder, die das Leben nie auf normale menschliche Art werden genießen können, weil sie während ihrer ersten acht Lebensmonate nicht das erforderliche Mindestmaß an Proteinen erhielten. Viertausend Millionen Dollar würden Chile völlig verwandeln. Ein Bruchteil dieser Summe würde gewährleisten, daß alle Kinder meines Landes für alle Zeiten Proteine erhielten.

Bei der Verstaatlichung des Kupferbergbaus wurde nicht nur die Gesetzgebung des eigenen Landes peinlich genau beachtet, sondern ebenso die Normen des Völkerrechts, das selbstverständlich nicht einfach dazu da ist, den Interessen der großen kapitalistischen Unternehmen zu dienen. (...)

Verstärkte Aggression

Von dem Tag unseres Wahlsieges am 4. September 1970 an haben wir die Auswirkungen eines breit angelegten äußeren Drucks auf unser Land gespürt; durch diesen Druck versuchte man, die Einsetzung einer frei vom Volke gewählten Regierung zu verhindern, und hat den Versuch, sie zu stürzen, bisher immer

noch nicht aufgegeben. Durch dieses Vorgehen versuchte man, uns von der übrigen Welt abzuschneiden, unsere Wirtschaft zu unterdrücken und den Handel mit unserem Hauptausfuhrartikel, dem Kupfer, zu lähmen sowie uns den Zugang zu den Quellen der internationalen Finanzierung zu versperren.

Wenn wir die gegen uns aufgerichtete Finanz- und Wirtschaftsblockade anprangern, so sind wir uns bewußt, daß es für die Öffentlichkeit in der Welt und sogar für manche unserer Landsleute etwas schwierig ist, den Sinn unserer Worte zu erfassen. Diese Aggression geschieht nicht offen und ist der Welt nicht offen angekündigt worden; es handelt sich dabei im Gegenteil um eine versteckte, hinterlistige, indifekte Form der Aggression, obwohl dieser Umstand sie für Chile nicht weniger schädlich macht. Wir müssen uns mit Kräften auseinandersetzen, die im Zwielficht operieren, die mit mächtigen Waffen kämpfen, aber ihre Flagge nicht zeigen und sich in den verschiedensten Einflußzentren verschanzt haben. Es besteht kein Embargo gegen Handelsbeziehungen mit uns. Niemand hat seine Absicht verkündet, uns Auge in Auge zu bekämpfen. Oberflächlich gesehen könnte man meinen, daß die einzigen Feinde, die wir haben, unsere natürlichen politischen Gegner in unserem Heimatland sind. Das stimmt jedoch nicht. Wir sind Opfer von praktisch nicht wahrnehmbaren Aktivitäten, die sich für gewöhnlich mit Worten und Erklärungen bemänteln, in denen sie die Souveränität und Würde meines Landes preisen. In unserem Innern wissen wir jedoch, wie wenig diese Worte mit den spezifischen Aktivitäten zu tun haben, die wir vor Augen haben. Ich spreche nicht von Sachverhalten ohne Hand und Fuß; ich beziehe mich auf spezifische Probleme, die mein Volk heute belasten und die in den nächsten Monaten noch schwerwiegender wirtschaftliche Auswirkungen haben werden.

Wie die meisten Entwicklungsländer der Dritten Welt ist Chile in bezug auf seine Außenwirtschaft hochgradig empfindlich. Seine Exporte haben einen Wert von etwas mehr als 1000 Millionen Dollar im Jahr; jedoch hat der Sturz des Kupferpreises auf dem Weltmarkt während der vergangenen zwölf Monate für mein Land einen Einkommensverlust von über 200 Millionen Dollar zur Folge gehabt, während die Erzeugnisse, die eingeführt werden müssen

- industriells wie landwirtschaftliche Produkte - stark im Preis gestiegen sind, in manchen Fällen sogar bis zu 60 vH. Auf diese Weise ist Chile wie fast immer schon gezwungen, billig zu verkaufen und teuer einzukaufen.

Überdies muß Chile gerade jetzt, da wir es ohnehin mit unserer Zahlungsbilanz so schwer haben, u. a. mit den folgenden abgestimmten Aktionen fertig werden, die allem Anschein nach den Zweck haben, an dem ehilennischen Volk wegen seiner Entscheidung für die Verstaatlichung des Kupfers Rache zu nehmen.

Finanzieller Würgegriff

Bis meine Regierung ihr Amt übernahm, flossen nach Chile jährlich Nettobeträge von etwa 80 Millionen Dollar in Form von Darlehen hinein, die von internationalen Finanzorganisationen wie der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank gewährt wurden. Diese Finanzierungsquelle ist nun abrupt versiegt.

In den letzten zehn Jahren wurden Chile Darlehen im Werte von 50 Millionen Dollar von dem Amt für internationale Entwicklung der Regierung der Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellt. Wir erwarten nicht, daß diese Darlehen weiter gewährt werden. Den Vereinigten Staaten steht es als souveränem Land frei, jedem Land seiner Wahl Darlehen zu gewähren oder zu versagen. Wir möchten nur darauf hinweisen, daß die drastische Beschneidung dieser Kredite zu starken Restriktionen in unserer Zahlungsbilanz geführt hat.

Als ich Präsident wurde, waren meinem Land von Privatbanken in den Vereinigten Staaten Kurzzeitkredite von etwa 220 Millionen Dollar eingeräumt worden. Innerhalb kurzer Zeit wurden uns jedoch 190 Millionen Dollar dieses Gesamtkredits gekündigt, und wir müßten diese Summe bezahlen, da der Kredit nicht von neuem gewährt wurde.

Wie die meisten lateinamerikanischen Länder ist auch Chile aus technologischen und anderen Gründen gezwungen, wesentliche Mengen von Investitionsgütern aus den Vereinigten Staaten zu beziehen. Jetzt aber sind uns sowohl die Lieferkredite wie auch die normalerweise von der Export-Import-Bank bei derartigen Geschäften gewährten Kredite gestrichen worden, so daß wir uns in der anomalen Lage befinden, für den Erhalt dieser Waren im vor-

8 Rede Salvador Allendes in der UNO

(1972)

(...) Wir haben unsere Ressourcen verstaatlicht. Wir haben das Kupfer verstaatlicht. Wir haben das durch eine einstimmige Entscheidung im Parlament erreicht, in dem die Regierungsparteien in der Minderheit sind. Wir möchten, daß jeder dies klar sieht: Wir haben die großen ausländischen Kupfergesellschaften nicht konfisziert. Wir haben allerdings in Übereinstimmung mit dem Verfassungsrecht eine seit langem bestehende Ungerechtigkeit korrigiert, indem wir von dem Entschädigungsbetrag den Teil der von diesen Unternehmen seit 1955 erzielten Gewinne abzogen, der über 12 vH im Jahr lag. Die Gewinne, die einige der verstaatlichten Gesellschaften in den vergangenen 15 Jahren erzielt hatten, waren so ungeheuer, daß bei Anwendung der vertretbaren Profitgrenze von jährlich 12 vH die Gesellschaften noch beträchtliche Abzüge von der Entschädigung hinnehmen mußten.

Dies war z. B. der Fall bei einem Zweigbetrieb der Anaconda Gesellschaft, dessen jährliche Gewinne in Chile zwischen 1955 und 1970 im Durchschnitt 21,5 vH vom Buchwert betragen, während die Anaconda-Gewinne in anderen Ländern nur 3,6 vH pro Jahr betrugen. Den gleichen Fall beobachteten wir bei einer Tochtergesellschaft der Kennecott Copper Corporation, die in demselben Zeitraum einen durchschnittlichen Jahresgewinn von 52,8 vH in Chile erzielte und sogar so unglaubliche Zahlen wie 106 vH im Jahre 1967, 113 vH im Jahre 1968 und mehr als 205 vH im Jahre 1969 erreichte. Die durchschnittlichen Profite der Kennecott lagen in anderen Ländern während dieses Zeitraums bei weniger als 10 vH jährlich. In anderen Fällen bedeutete indessen die Anwendung der im Einklang mit der Verfassung aufgestellten Regeln, daß bei anderen ausländischen Kupfergesellschaften Abzüge wegen exzessiver Gewinne nicht vorgenommen wurden, da die vertretbare Grenze von 12 vH pro Jahr nicht überschritten worden war.

Es soll betont werden, daß die großen Kupfergesellschaften in den Jahren unmittelbar vor der Verstaatlichung mit der Durchführung von Expansionsplänen begannen. Diese Pläne

jedoch - die meistenteils erfolglos waren - wurden trotz deren riesiger Profite nicht aus eigenen Mitteln finanziert, sondern durch auswärtige Kredite. Gemäß der im Gesetz vorgesehenen Bestimmungen mußte Chile die Verantwortung für diese Schulden übernehmen, die sich auf die gewaltige Summe von über 727 Millionen Dollar belaufen. Wir haben mit der Begleichung dieser Schulden begonnen, darunter auch eine Verpflichtung, die eines dieser Unternehmen mit Kennecott, seiner eigenen Muttergesellschaft in den Vereinigten Staaten, eingegangen war.

Diese selben Unternehmen bauten viele Jahre lang chilenisches Kupfer ab und erwirtschafteten allein in den letzten 42 Jahren über 4000 Millionen Dollar als Gewinn, obwohl ihre ursprünglichen Investitionen nicht mehr als 30 Millionen Dollar betragen hatten. Lassen Sie mich als eindrucksvollen Kontrast dazu an einem einfachen und schmerzlichen Beispiel zeigen, was das für Chile bedeutet. In meinem Land leben 600 000 Kinder, die das Leben nie auf normale menschliche Art werden genießen können, weil sie während ihrer ersten acht Lebensmonate nicht das erforderliche Mindestmaß an Proteinen erhielten. Viertausend Millionen Dollar würden Chile völlig verwandeln. Ein Bruchteil dieser Summe würde gewährleisten, daß alle Kinder meines Landes für alle Zeiten Proteine erhielten.

Bei der Verstaatlichung des Kupferbergbaus wurde nicht nur die Gesetzgebung des eigenen Landes peinlich genau beachtet, sondern ebenso die Normen des Völkerrechts, das selbstverständlich nicht einfach dazu da ist, den Interessen der großen kapitalistischen Unternehmen zu dienen. (...)

Verstärkte Aggression

Von dem Tag unseres Wahlsieges am 4. September 1970 an haben wir die Auswirkungen eines breit angelegten äußeren Drucks auf unser Land gespürt; durch diesen Druck versuchte man, die Einsetzung einer frei von Volke gewählten Regierung zu verhindern, und hat den Versuch, sie zu stürzen, bisher immer

noch nicht aufgegeben. Durch dieses Vorgehen versuchte man, uns von der übrigen Welt abzuschneiden, unsere Wirtschaft zu unterdrücken und den Handel mit unserem Hauptausfuhrartikel, dem Kupfer, zu lähmen sowie uns den Zugang zu den Quellen der internationalen Finanzierung zu versperren.

Wenn wir die gegen uns aufgerichtete Finanz- und Wirtschaftsblockade anprangern, so sind wir uns bewußt, daß es für die Öffentlichkeit in der Welt und sogar für manche unserer Landsleute etwas schwierig ist, den Sinn unserer Worte zu erfassen. Diese Aggression geschieht nicht offen und ist der Welt nicht offen angekündigt worden; es handelt sich dabei im Gegenteil um eine versteckte, hinterlistige, indirekte Form der Aggression, obwohl dieser Umstand sie für Chile nicht weniger schädlich macht. Wir müssen uns mit Kräften auseinandersetzen, die im Zwielicht operieren, die mit mächtigen Waffen kämpfen, aber ihre Flagge nicht zeigen und sich in den verschiedensten Einflußzentren verschanzt haben. Es besteht kein Embargo gegen Handelsbeziehungen mit uns. Niemand hat seine Absicht verkündet, uns Auge in Auge zu bekämpfen. Oberflächlich gesehen könnte man meinen, daß die einzigen Feinde, die wir haben, unsere natürlichen politischen Gegner in unserem Heimatland sind. Das stimmt jedoch nicht. Wir sind Opfer von praktisch nicht wahrnehmbaren Aktivitäten, die sich für gewöhnlich mit Worten und Erklärungen bemänteln, in denen sie die Souveränität und Würde meines Landes preisen. In unserem Innern wissen wir jedoch, wie wenig diese Worte mit den spezifischen Aktivitäten zu tun haben, die wir vor Augen haben. Ich spreche nicht von Sachverhalten ohne Hand und Fuß; ich beziehe mich auf spezifische Probleme, die mein Volk heute belasten und die in den nächsten Monaten noch schwerwiegendere wirtschaftliche Auswirkungen haben werden.

Wie die meisten Entwicklungsländer der Dritten Welt ist Chile in bezug auf seine Außenwirtschaft hochgradig empfindlich. Seine Exporte haben einen Wert von etwas mehr als 1000 Millionen Dollar im Jahr; jedoch hat der Sturz des Kupferpreises auf dem Weltmarkt während der vergangenen zwölf Monate für mein Land einen Einkommensverlust von über 200 Millionen Dollar zur Folge gehabt, während die Erzeugnisse, die eingeführt werden müssen

- industrielle wie landwirtschaftliche Produkte - stark im Preis gestiegen sind, in manchen Fällen sogar bis zu 60 vH. Auf diese Weise ist Chile wie fast immer schon gezwungen, billig zu verkaufen und teuer einzukaufen.

Überdies muß Chile gerade jetzt, da wir es ohnehin mit unserer Zahlungsbilanz so schwer haben, u. a. mit den folgenden abgestimmten Aktionen fertig werden, die allem Anschein nach den Zweck haben, an dem chilenischen Volk wegen seiner Entscheidung für die Verstaatlichung des Kupfers Rache zu nehmen.

Finanzieller Würgegriff

Bis meine Regierung ihr Amt übernahm, flossen nach Chile jährlich Nettobeträge von etwa 80 Millionen Dollar in Form von Darlehen hinein, die von internationalen Finanzorganisationen wie der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank gewährt wurden. Diese Finanzierungsquelle ist nun abrupt versiegt.

In den letzten zehn Jahren wurden Chile Darlehen im Werte von 50 Millionen Dollar von dem Amt für internationale Entwicklung der Regierung der Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellt. Wir erwarten nicht, daß diese Darlehen weiter gewährt werden. Den Vereinigten Staaten steht es als souveränem Land frei, jedem Land seiner Wahl Darlehen zu gewähren oder zu versagen. Wir möchten nur darauf hinweisen, daß die drastische Beschneidung dieser Kredite zu starken Restriktionen in unserer Zahlungsbilanz geführt hat.

Als ich Präsident wurde, waren meinem Land von Privatbanken in den Vereinigten Staaten Kurzzeitkredite von etwa 220 Millionen Dollar eingeräumt worden. Innerhalb kurzer Zeit wurden uns jedoch 190 Millionen Dollar dieses Gesamtkredits gekündigt, und wir mußten diese Summe bezahlen, da der Kredit nicht von neuem gewährt wurde.

Wie die meisten lateinamerikanischen Länder ist auch Chile aus technologischen und anderen Gründen gezwungen, wesentliche Mengen von Investitionsgütern aus den Vereinigten Staaten zu beziehen. Jetzt aber sind uns sowohl die Lieferkredite wie auch die normalerweise von der Export-Import-Bank bei derartigen Geschäften gewährten Kredite gestrichen worden, so daß wir uns in der anomalen Lage befinden, für den Erhalt dieser Waren im von-

aus bezahlen zu müssen. Dies setzt unsere Zahlungsbilanz einem außerordentlich starkem Druck aus.

Auszahlungen unter Darlehensbedingungen, die mit amerikanischen Behörden der öffentlichen Hand vereinbart waren und die bereits praktiziert wurden, bevor meine Regierung an die Macht kam, sind gleichfalls eingestellt worden. Folglich mußten wir, um die betreffenden Projekte weiterführen zu können - bei denen wir fest darauf vertraut hatten, daß die Finanzierung von amerikanischen Regierungsstellen geleistet würde -, Güter in bar auf dem amerikanischen Markt einkaufen, da man unmöglich die Einkaufsquelle solcher Güter wechseln kann, wenn sich die Projekte mitten in der Durchführung befinden.

Als Ergebnis der in den Ländern Westeuropas gegen den Kupferhandel gerichteten Maßnahmen wurden unsere kurzfristigen Geschäfte mit Privatbanken in diesem Raum, bei denen es sich hauptsächlich um das Einziehen von Zahlungen für Kupferverkäufe handelte, sehr schwerwiegend behindert. So wurden Kredite von über 20 Millionen Dollar nicht verlängert, Finanzverhandlungen über eine Summe von mehr als 200 Millionen Dollar, die kurz vor einem günstigen Abschluß standen, wurden abgebrochen und dadurch ein Klima geschaffen, das die normale Abwicklung unserer Käufe in Westeuropa behindert und ein verzerrtes Bild von unseren Aktivitäten auf dem Gebiet der Außenfinanzierung gibt.

Dieser finanzielle Würgegriff, der aufgrund der Struktur der chilenischen Wirtschaft unmittelbar und heftig spürbar wurde, hat dazu geführt, daß wir ernste Schwierigkeiten haben, die Beschaffung der von uns benötigten Ausrüstung, Ersatzteile, Artikel für die Herstellerindustrie, Nahrungsmittel und Medikamente zu gewährleisten. Jeder einzelne Chilene leidet unter den Folgen dieser Maßnahmen, weil sie das Alltagsleben jedes Bürgers und natürlich auch sein innenpolitisches Dasein berühren.

Zwei Beispiele imperialistischer Anmaßung

Was ich dieser Versammlung soeben geschildert habe, kommt einer Perversion des Grundcharakters von internationalen Organisationen gleich, denn es ist gesetzlich und moralisch unannehmbar, sie in den Dienst der Politik einzelner Mitgliedstaaten zu stellen,

ganz gleich wie mächtig diese Staaten sein mögen. Die Ausübung von Druck auf ein wirtschaftlich schwaches Land, die Bestrafung einer ganzen Nation wegen ihres Entschlusses, die wichtigsten natürlichen Hilfsquellen wiederzugewinnen, ist ein solcher Mißbrauch und eine vorsätzliche Form der Intervention in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates. Kurz gesagt, es handelt sich um das, was wir imperialistische Anmaßung nennen. Wie den Mitgliedern wohl bewußt ist - sie dürften es kaum vergessen - sind derartige Handlungen in den Resolutionen der Vereinten Nationen wiederholt verurteilt worden.

Wir haben nicht nur eine finanzielle Blockade durchzustehen, sondern sind auch das Opfer regelrechter Aggression. Zwei Gesellschaften, die zum harten Kern der großen überstaatlichen Unternehmen gehören, und zwar die Internationale Telefon- und Telegrafengesellschaft und die Kennecott Copper Corporation, die ihre Fühler weit in mein Land ausgestreckt hatten, hatten sich vorgenommen, unser politisches Leben zu lenken.

ITT

Die ITT, eine gigantische Gesellschaft, die über mehr Kapital verfügt als die Staatshaushalte mehrerer lateinamerikanischer Länder zusammen und die sogar die Haushalte mancher industrialisierter Länder übertrifft, setzte einen finsternen Plan in Aktion, um mich an der Übernahme meines Präsidentenamtes zu hindern, sobald der Triumph des Volkes in den Wahlen vom September 1970 bekanntgeworden war. Von September bis November kam es in dem Jahr in meinem Land zur Terroristenaktionen, die außerhalb unserer Grenzen in geheimem Einverständnis mit inländischen Faschistengruppen geplant worden waren. Diese Aktivitäten gipfelten in der Ermordung des Oberbefehlshabers der Armee, General René Schneider Chereau, der ein gerechter Mensch, ein großer Soldat und ein Symbol der Verfassungstreue der chilenischen Streitkräfte war. Im März 1972 kamen Unterlagen an die Öffentlichkeit, die die Verbindung zwischen diesen dunklen Machenschaften und der ITT aufdeckten. Die ITT hat zugegeben, daß sie im Jahre 1970 der Regierung der Vereinigten Staaten sogar vorgeschlagen habe, in die politische Entwicklung in Chile einzugreifen. Die Dokumente sind authentisch, und niemand hat gewagt,

das zu bestreiten.

Im Juli entsetzte sich die Welt über die Einzelheiten eines neuen Aktionsplans, den die ITT selbst der amerikanischen Regierung vorgelegt hatte, eines Planes mit dem Ziel, meine Regierung innerhalb von sechs Monaten zu stürzen. In meiner Aktenmappe habe ich das Dokument, das vom Oktober 1971 datiert ist und in dem die 18 Punkte dieses Planes enthalten sind. Seine Ziele waren u. a. Drosselung der Wirtschaft, diplomatische Sabotage, Verbreitung von Panik in der Bevölkerung und Förderung sozialer Unruhen, so daß, wie man sich erhoffte, die Regierung die Kontrolle über die Lage verlieren würde und die Streitkräfte sich veranlaßt sehen würden, das demokratische System zu durchbrechen und eine Diktatur einzusetzen.

In dem gleichen Augenblick, als die ITT an die Verwirklichung dieses Plans ging, führten die Vertreter der Gesellschaft scheinbare Verhandlungen mit meiner Regierung über den Verkauf des der ITT gehörenden Anteils der chilenischen Telefongesellschaft an den chilenischen Staat. Schon in den ersten Tagen meiner Regierungszeit hatten wir aus Gründen der nationalen Sicherheit Gespräche eingeleitet, um diese von der ITT kontrollierte Telefongesellschaft zu erwerben. Ich habe selbst zweimal mit leitenden Angestellten des Unternehmens gesprochen. Meine Regierung handelte bei diesen Unterredungen im guten Glauben, die ITT lehnte es jedoch ab, einen Preis zu akzeptieren, der aufgrund einer von internationalen Fachleuten gemachten Schätzung festgelegt worden war. Sie erschwerte eine schnelle und faire Lösung, während sie heimlich versuchte, Chile in eine chaotische Situation zu stürzen. Wegen der Weigerung der ITT, eine direkte Vereinbarung anzunehmen, sowie wegen des Wissens um ihre hinterlistigen Manöver sahen wir uns gezwungen, dem Kongreß einen Gesetzentwurf zur Verstaatlichung vorzulegen.

Die Entscheidung des chilenischen Volkes, das demokratische System und die Fortentwicklung der Volksrevolution zu verteidigen, und auch die Treue der Streitkräfte gegenüber ihrem Land und seinen Gesetzen vereitelten die finsternen Pläne der ITT. Vor dem Gewissen der Welt klage ich die ITT des Versuches an, einen Bürgerkrieg in meinem Lande zu inszenieren. In einer solchen Situation ist die Gefahr der Disintegration für ein Land am größten. Diesen Tatbestand nennen wir imperia-

listische Intervention.

Kennecott Copper Corporation

Chile ist heute aber noch von einer anderen Gefahr bedroht, deren Beseitigung nicht nur vom Willen der Nation abhängt, sondern auch von einer breiten Skala äußerer Umstände. Ich spreche von den von der Kennecott Copper Corporation unternommenen Schritten. Die chilenische Verfassung sieht vor, daß Streitigkeiten über Verstaatlichungen von einem Gericht geschlichtet werden, das, wie alle Gerichte in meinem Land, in seinen Entscheidungen vollkommen unabhängig und souverän ist. Die Kennecott Copper Corporation war mit dieser Rechtsprechung einverstanden und vertrat ihren Fall ein Jahr lang vor dem Gericht. Als die Berufungsverhandlung jedoch abgewiesen wurde, beschloß die Gesellschaft, ihren großen Einfluß dazu zu benutzen, uns um unsere Einnahmen aus dem Kupferexport zu bringen und die chilenische Regierung unter Druck zu setzen. Im vergangenen September ging sie sogar so weit, den Gerichtshöfen in Frankreich, den Niederlanden und Schweden nahezu legen, diese Exporte mit einem Embargo zu belegen. Zweifellos wird sie das auch in anderen Ländern versuchen. Die Gründe für eine solche Aktion kann man in keinem Fall akzeptieren, ganz gleich von welchem gesetzlichen oder moralischen Standpunkt aus man sie betrachtet.

Kennecott möchte, daß die Gerichte anderer Staaten, die nichts mit den Problemen oder Angelegenheiten zwischen dem chilenischen Staat und der Kennecott Copper Corporation zu tun haben, eine souveräne Handlung meiner Regierung für ungültig erklären, die kraft der höchsten Vollmacht ausgeführt wurde, und zwar der Vollmacht, die durch die Verfassung des Landes verliehen und von dem einmütigen Willen des chilenischen Volkes unterstützt wird. Ein solcher Anspruch steht im Gegensatz zu den Grundprinzipien des Völkerrechts, nach denen die natürlichen Ressourcen eines Landes - besonders, wenn sie für das Land lebensnotwendig sind - ihm gehören und ohne Einschränkung von ihm genutzt werden können. (...)

(Quelle: Europa-Archiv, Folge 4/1973)

(vgl. auch: AIB Nr. 5/1972, Nr. 6/1972 - Geheimdokumente der ITT (1 und 2) - , Nr. 2/1973 - Chile/BRD -, Nr. 4/1973 - Sieg der Unidad Popular)

9 Letzte Rede Allendes vor dem Parlament (Aug. 1973)

Die chilenische Demokratie ist eine Errungenschaft des gesamten chilenischen Volkes. Sie ist weder das Werk, noch ein Geschenk der Ausbeuterklassen und sie wird verteidigt werden von denen, die sie durch die Opfer mehrerer Generationen durchgesetzt haben.

Mit ruhigem Gewissen und in meiner Verantwortung gegenüber heutigen und zukünftigen Generationen kann ich behaupten, daß es noch nie vorher eine demokratischere Regierung in Chile gegeben hat als die, deren Präsident zu sein ich die Ehre habe, die mehr dafür getan hätte, die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen, die mehr für die soziale Befreiung der Arbeiter getan hätte. Diese Regierung hat das Gesetz respektiert und hat sich der Aufgabe gewidmet, revolutionäre Veränderungen in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur zu verwirklichen.

Ich wiederhole freilich meinen Beschluß, die Demokratie und den Rechtsstaat bis zu seinen letzten Konsequenzen voranzutreiben. Und, wie ich es am letzten 2. August in einem Brief an den Vorsitzenden der Christdemokratischen Partei äußerte: "liegt in der Stärke unserer politischen Institutionen die Kraft unserer verfassungsmäßigen Regierung".

Das Parlament ist zur Bastion geworden gegen diese strukturellen Veränderungen und es hat alles getan, um das Funktionieren von Wirtschaft und Institutionen zu stören und so jede schöpferische Initiative zum Aufbau zu ersticken versucht.

Indem sich die Mehrheit der Deputiertenkammer zu jeder Verurteilung des gegenwärtigen Terrors in Schweigen hüllte, schützt und unterstützt sie ihn in der Tat. Dadurch ermöglichen die Parlamentarier der Opposition gern den Aufstand jener Kräfte, die vorhaben, die Arbeiter, die für die volle ökonomische und politische Freiheit kämpfen, hinzuschlachten.

Deshalb kann ich die Opposition beschuldigen, den historischen Fortschritt unserer demokratischen Legalität zu hemmen, der diese Legalität auf eine höhere und realitätsgemähere Ebene führt. Hinter dem Begriff jenes "Rechtsstaates", auf den die Opposition sich bezieht, verbirgt sich eine Realität, die eine wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit unter Chilenen voraussetzt, die unser Volk von sich weist. Die Parlamentarier der Opposition weigern sich zur Kenntnis zu nehmen, daß der Rechtsstaat sich zur Gänze nur in dem Masse verwirklichen kann, wie die Ungerechtigkeiten einer kapitalistischen Gesellschaft überwunden werden...

Mit diesen Aktionen enthüllt die chilenische Reaktion vor dem ganzen Land und vor der Welt die egoistischen Interessen, die sie verteidigt.

Die wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen, derer unser Land bedarf, um die totale Krise zu überwinden, in die man uns zerren möchte, sind sehr wichtig und sehr weittragend. Die Regierung wird diese Maßnahmen trotz der Hindernisse ergreifen, die man dagegen schafft, und für diese Aufgabe hat sie die demokratischen Sektoren der Opposition zur Mitarbeit aufgefordert. Aber nachdem nun die erzwungene Paralysisierung der Institutionen dem Versuch, den Staat selbst zu zerschlagen, folgt, nachdem diese unglaubliche entfesselte Offensive direkt die Demokratie und die rechtmäßige Regierung attackiert, zwingt mich meine patriotische Pflicht, alle politische und administrative Macht zu übernehmen und in ihrer ganzen Tragweite anzuwenden, die mir von der Verfassung ebenso wie als höchstem Staatschef der Nation übertragen sind.

Jede Attacke, jede weiteren Schritte, die die Reaktion tut in ihrem Wunsch, Leben, materielle Güter, die bürgerlichen und militärischen Institutionen zu zerstören, die das mutige Werk von Jahrzehnten unserer Geschichte sind, bestärken mich in meiner Absicht und bekräftigen vielfach meinen Willen, für die Gegenwart von vielen Millionen Chilenen, die Frieden, Wohlstand und Liebe für sich und ihr Vaterland suchen, zu kämpfen.

Heute, wo die Reaktion frontal die Vernunft des Rechts angreift und die Freiheiten mit dem Tode bedroht, wo die Arbeiter mit Macht für eine neue Gesellschaft kämpfen, können die Chilenen sicher sein, daß der Präsident der Republik, mit dem Volke vereint, seine Pflicht ohne zu zögern erfüllt, um das uneingeschränkte Fortbestehen von Demokratie und Freiheit innerhalb des revolutionären Prozesses zu garantieren. Diesem edlen Ziel gilt mein Aufruf an alle Arbeiter, alle Demokraten und alle Patrioten von Chile!

(Quelle: Chile-Nachrichten, Nr. 5, 14.9.1973, S. 18/19)

10 "So sind die Konzentrationslager Chiles"

Augenzeugenbericht des Peruaners Luis Alberto Sánchez G., der 15 Tage im Nationalstadion "Monumental Nuñoa" als Häftling verbrachte.

..."Ich bin sehr durcheinander. In den 15 Tagen, die ich in dieser Hölle war, in der man 150 - 200 Gefangene in Kabinen von 6 Quadratmeter preßte, hat meine Gesundheit gelitten. Im Stadion waren wir Peruaner einige Dutzend, die sich kannten. Warum sperrten sie uns ein? Einfach, weil wir Ausländer sind, und aus dem gleichen Grund sind dort Tausende anderer Personen zusammengefercht wie Tiere.

Die Faschisten sind zu allem entschlossen, ohne Skrupel, zum Ausrotten auch des letzten Anzeichens einer Unterstützung der Volksfrontregierung.

Ich studierte in Santiago eineinhalb Jahre politische Wissenschaften. Als sie mich von zu Hause abführten, mißhandelten sie mich. Im Haus fanden sie nichts außer meinen Fachbüchern, und die machten sie in meiner Anwesenheit kaputt. Sie nahmen mich halbnackt mit. Einmal im Stadion holten sie mich zur "Einweichung": Schläge, auch mit dem Gewehrkolben, damit man redet. Dann ließen sie mich in der Kabine, wo wir 183 Gefangene waren. Ich wurde Zeuge von Mißhandlungen körperlicher und moralischer Art an vielen Jugendlichen und Erwachsenen der Linken und an Ausländern. Ich sah wie sie sieben Priester zwangen, sich hinzuknien und die Hände im Nacken zu verschränken. Die Soldaten sagten zu ihnen: "Jetzt betet" und gaben ihnen Fußtritte.

Im Stadion werden es ohne Übertreibung mehr als 30.000 Personen sein: Die Gefangenen halten sie in Kabinen und holen die Leute in Gruppen hinaus. Jeden zweiten Tag holten sie uns für ein paar Stunden zu den Tribünen und nachher zurück in die Kammern (Umkleidekabinen etc.).

Als ich das erstemal mit rauskam, konnte ich errechnen, daß es ungefähr 5.000 Personen waren, die rauskamen, während die anderen in der Dunkelheit blieben. Ja das stimmt, in der Dunkelheit, denn während man in der Kabine ist, schalten sie das Licht aus und dann kommt ein Soldat, zeigt mit dem Finger auf zwei oder drei und wir wußten schon, daß wir gleich die Schreie hören würden, die ein Mensch von sich gibt, wenn man ihn verprügelt. Das machen sie, um die Gefangenen, die drinnen sind, zu quälen, sie in rasende Wut zu bringen, damit sie motiviert würden, einfach irgendjemand unzubringen.

In dieser Hölle, ein anderer passender Ausdruck fällt mir nicht ein, respektierten sie nicht im geringsten die Bedingungen des Mensch-Seins. Sie gaben uns ein Essen täglich, sechs Löffel von dem, was gerade kam, eine halbe Tasse schmutzigen Wassers und ein Stückchen Brot. Ich war vier Tage lang ohne Hemd, bis ich es auf der Lunge bekam und sie mir eines zuteilten. Es gab unter uns andere solcher Personen, halbnackt, und sie steckten sie in die Kammern, wie sie sie aufgegriffen hatten, und ich sah sie die Kälte und die Feuchtigkeit aushalten. Das konnten sie aus Wut, weil die Wut ihnen Kraft gab, und es ist unglaublich, daß sie bis heute überleben, wenn man sie nicht umgebracht hat.

Ich hörte im Nationalstadion von Gefangenen, die zuvor im Chile-Stadion waren, daß es dort noch schlimmer sei, daß sie dort einige zum Wahnsinn und andere zum Selbstmord getrieben haben. Der ärztliche Berater eines führenden Mannes um Allende stürzte sich von der Tribüne hinunter und brach sich beim Fallen nur ein Bein. Also zertrümmerten die wütenden Wachsoldaten den Schädel durch Gewehrkolbenschläge.

Ein Kamerad im Stadion erzählte mir von der Unterhaltung zweier Karabineros, die er gehört hatte. Einer sagte zum anderen, daß man das Viertel "La Hermida" zerbombt hätte und der andere fing an zu weinen und erzählte unter Schluchzen, daß seine Mutter, sein Vater, und alle seine

Geschwister dort wohnten. Ich weiß, daß es eben wegen solcher Dinge eine starke Auseinandersetzung zwischen den Karabineros und der Karabineroschule unter Rodrigo Araya gibt. Es gab welche, die bis zum letzten Augenblick die Regierung der Unidad Popular verteidigten; ich weiß nicht, was mit ihnen passiert ist.

Bis zum 29.9. konnte ich im Stadion lebend folgende Personen sehen: Jorge Godoy, Präsident der CUT und Ex-Arbeitsminister; Mario Céspedes - hoher Akademiker (Soziologe) der Universität von Chile und Oscar Weiss, Direktor der offiziellen Tageszeitung "La Nación". Was mit ihnen jetzt ist, kann ich nicht sagen. Täglich eliminieren sie wichtige politische Persönlichkeiten und die Hunderte von Leichen werden sofort verbrannt und ihre Asche ins Meer geworfen.

Im Chile-Stadion erschossen sie eine 18jährige brasilianische Studentin. Eine junge Venezolanerin, die sie von zu Hause abholten, ließen sie sich ausziehen, und so nahmen sie sie mit. Auländerinnen, die mit Chilenen lebten, mißhandelten sie, einschließlich der Belästigung, Quälerei und Vergewaltigung. Vielen dieser Frauen rissen sie die Schamhaare aus. In einem der Barrios, in denen sich vorwiegend die Linke konzentriert, nahmen sie ein 14jähriges Kind fest. Augenzeugen erzählten mir, daß das Kind wollte, daß man es nach Hause ließ. Es sträubte sich, und sie schoben und stießen es, es fiel auf den Boden und verletzte sich am Kopf. Weil es weiterschrie, erschossen sie es an Ort und Stelle. Ein 14jähriges Kind.

Weiter Victor Jara (bekannter Protestsänger): Den ermordeten sie, und vorher ließen sie ihn "Venceremos" (wir werden siegen) singen. Sie sagten, daß sie ihn nicht länger einsperren würden, und als er aufhörte mit dem Lied, töteten sie ihn.

Das Gleiche machten sie mit Tito Fernández "El Temucano", um sich über ihn lustig zu machen. Sie ließen ihn singen "no nos moverán" und töteten ihn.

Der Urheber oder die Marionette von diesem ganzen, Pinochet, von Neruda verglichen mit Nixon und anderen dieser Sorte, ist ein Verräter. In Chile weiß man, daß er nachts um 2 Uhr vor dem Putsch den Kameraden Allende angerufen hat und ihm sagte, er solle sich unbesorgt ausruhen; alles sei unter Kontrolle - eine halbe Stunde später besetzte die Marine Valparaiso.

Zum Abschluß möchte ich noch auf das chilenische Volk zu sprechen kommen und das, was es im Moment macht. Ich glaube, das Volk hat sich jetzt zurückgezogen, nur um sich neu zu gruppieren und zu organisieren, bereit zum Kämpfen. Denn wertvolle Ideale kann man weder durch einen Putsch noch durch irgendwelche Gewaltanwendung zerstören ..."
(Quelle: peruanische Tageszeitung EXPRESO, 4.10.1973; gekürzt)

PRIESTER ZEIGEN VERBRECHEN DER MILITÄRS IN CHILE AN

Drei kanadische Priester, die nach dem faschistischen Militärputsch aus Chile ausgewiesen wurden, berichteten u.a. folgende Greuelthaten der Militärs:

Pater Jean Latulippe, der mit Bewohnergruppen in Santiago arbeitete, erklärt folgendes: "Am 13.9. hielt eine Militärstreife einen ca. 20jährigen Fußgänger an, untersuchten ihn - und als die Soldaten bei ihm ein zusammengeklapptes, großes Taschenmesser fanden, zog ein Offizier seine Pistole heraus und erschoss den Jugendlichen. Die Leiche wurde auf einen Lastwagen geworfen, wo schon andere Leichen lagen."

... "Nahe bei einem Haus eines Freundes lebte der Präsident eines Komitees eines Elendviertels, verantwortlich für die Verteilung von Lebensmitteln. Ein Lastwagen fuhr vor, ein Offizier stieg aus, fragte ein Kind, wo der Gesuchte wohnen würde. Der Mann erschien mit seiner Frau und 8 Kindern. Der Offizier tötete ihn auf offener Straße. Der Lastwagen fuhr an, Soldaten warfen den Kadaver hinauf, und man fuhr weg". (Quelle: EXPRESO, 29.9.1973)

11 Aufruf leitender Persönlichkeiten der Unidad Popular in Rom (18.8.1973)

Heute, am 18. September 1973, dem chilenischen Nationalfeiertag, dem Tag der Erinnerung an die Befreiung Chiles vor mehr als 150 Jahren, haben wir, die politischen Führer der Unidad Popular, uns in Rom versammelt. Der faschistische Militärputsch vom 11. September überraschte uns außerhalb des Landes. Wo immer wir uns befinden, müssen wir unsere Pflicht erfüllen.

Wir können nicht schweigen. Vor allem nicht, seit der Putsch die schlimmste Tragödie über die Republik Chile gebracht und einen wahren Bürgerkrieg ausgelöst hat.

Seit einer Woche fließt Tag für Tag, Stunde um Stunde das Blut des Volkes, seit im Regierungspalast der legal gewählte und verfassungsmäßige Präsident, Genosse Salvador Allende, ermordet wurde.

Er fiel im mutigen Kampf für die Freiheit, die Demokratie, die Menschenrechte, den Sozialismus und das Ende jeder Ausbeutung. Er war der Sache der vollständigen Befreiung, der Revolution, ganz und gar ergeben. Er bezahlte dieses Ideal mit seinem Leben.

Allende steht in einer Reihe neben den beispielgebenden Persönlichkeiten unserer Nation, neben den Befreiern O'Higgins, Carrera und Manuel Rodriguez, neben dem Präsidenten Balmaceda, der ebenfalls ein Opfer der Reaktion wurde. Sein

Werk, sein Erbe, sein Beispiel leben für immer. Allende ist in jedem Kampf des Volkes gegenwärtig.

Im Bewußtsein des freien Amerika steht sein Name für immer in der Erinnerungstafel der Helden, die für die Freiheit des Menschen gefallen sind, zusammen mit Lincoln, Marti, Sandino und Ché Guevara.

Ein Schauer des Entsetzens und der einhelligen Verurteilung ergreift in diesem Moment die Welt, Empörung über die Massaker, in denen bereits tausende Bürger fielen.

Niemals wurde in Chile ein Präsident ermordet. Niemals gab es ein derart schreckliches und hinterhältiges Verbrechen.

Die Aufständischen erhoben sich mit Waffen, setzten auf brutale Weise Bombardements aus der Luft sowie Artillerie gegen eine legale, demokratische und pluralistische Mehrpartei-
enregierung ein, die von einem breiten Bündnis der verschiedenartigsten Kräfte, von Marxisten, Christen, Rationalisten und Unabhängigen getragen wurde.

Während ihrer dreijährigen Regierungszeit garantierte sie in vollem Umfang die bürgerlichen Freiheiten und die Menschenrechte. In zahlreichen Wahlen sprach das Volk der Regierung das Vertrauen aus.

Nach der Meinung ihrer erbittertsten Gegner war es die Schuld dieser Regierung, den Weg geöffnet zu haben für eine tiefgreifende Umgestaltung der Wirtschaft und der Gesellschaft; eine Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk errichtet zu haben.

Ihr Verbrechen war, Chile für die Chilenen zurückerobert zu haben, als selbständiges Land und nicht als Handelsniederlassung der internationalen Konzerne. Ihr Verbrechen bestand in der Nationalisierung des Salpeters, des Kupfers und des Eisens.

Deshalb schwor ihr der nordamerikanische Imperialismus Rache, plante er kaltblütig den Tod Allendes und den Ruin des Landes. Die Verschwörung begann mit dem Tag des Sieges des Volkes. Das beweisen Dokumente aus offiziellen nordamerikanischen Quellen. Sie waren es, die hinter der Bühne des Putsches an den Fäden zogen, denn dieser Putsch war konzipiert nach Vorbildern, die Chile fremd sind.

Die chilenische Reaktion haßte Allende, weil er an der Spitze einer Bewegung zur Befreiung der Landarbeiter stand. Sie wollten ihn weiter deshalb liquidieren, weil er den Umtrieben der gefräßigen Monopole ein Ende bereitete. Sie verurteilten ihn zum Tode, weil er mit allen Mitteln versuchte, den Bürgerkrieg zu verhindern, weil er die Tür zum Dialog mit allen Kräften bis zuletzt offenhielt.

Deshalb verletzten die Reaktionäre im Lande selbst, zusammen mit dem Imperialismus, alle Gesetze, deshalb entfesselten sie Spekulation, Wirtschaftssabotage, täglichen Terror, deshalb suchten sie Zuflucht zur Zerstörung und zum systematischen Verbrechen.

Sie haßten ihn, weil er sich an der Spitze der Volksbewegung der ewig Vergessenen annahm, der Erniedrigten und Verachteten, der Armen, der Mütter, der Kinder. Und sie verziehen ihm nie, daß er den Kindern Chiles jeden Tag einen halben Liter Milch zu trinken gab.

Jetzt haben der Imperialismus, der Faschismus, die Nationalpartei und der rechte Flügel der Christdemokraten mit Frei an der Spitze die Führer des Militärs dazu verleitet, ihren Eid auf das Vaterland und die Verfassung zu brechen. Sie haben sie zu einem blutigen Abenteuer aufgehetzt mit dem Ziel, die demokratischen Institutionen und die sozialen Errungenschaften zu vernichten und in Chile eine grausame Diktatur zu errichten.

Das Wort "Djakarta", das die Faschisten an die Wände von Santiago malten, ist das Motto, unter dem sie gegenwärtig ein Gemetzel unter Arbeitern, unter der gesamten Bevölkerung veranstalten, unter Revolutionären und Patrioten. Dabei sterben ohne Unterschied Christen, Marxisten, Rationalisten, Unabhängige.

Das Volk leistet den Putschisten in einem ungleichen Kampf heldenhaften Widerstand, und dieser Kampf wird ohne Alternative weitergeführt bis zum Sieg.

Dieser Kampf hat bereits - und braucht noch viel mehr - die Unterstützung und die Solidarität der ganzen Welt.

Mag sich die aufrührerische Junta auf die Macht der Bajonette stützen; sie wird niemals die Zustimmung der Bevölkerung haben. Sie ist weder eine legale Regierung, noch stützt sie sich auf den Willen des Volkes.

Wir wissen, daß die Sache Chiles ohne Ausnahme die Sache aller Völker ist.

Von Rom aus möchten wir alle Menschen, die guten Willens sind und den Wert des menschlichen Lebens hochachten, bitten, mit höchster Eile alles in ihrer Macht stehende zu tun, um den Schlächtern in Chile in den Arm zu fallen und das Blutbad zu beenden.

Daß sich die Kerker, die wieder mit politischen Gefangenen gefüllt sind, öffnen und die Konzentrationslager schließen.

Daß jede offene oder versteckte Form der Verfolgung von Gabriel Mistral und Pablo Neruda im Land aufhört.

Deshalb wenden wir uns an die demokratischen Parteien Europas und aller Kontinente, an die Organisationen der Arbeiter und Frauen, der Jugend und der Studenten, an die Intellektuellen, an Menschen unterschiedlicher Ideologien und Überzeugungen mit der Bitte, daß sie sich öffentlich äußern und sofort handeln mögen, um dem Faschismus und dem Massenmord in Chile Einhalt zu gebieten.

Unser Land, das immer ein Asyl gegen die Unterdrückung war, kann es jetzt nicht hinnehmen, daß diejenigen verfolgt werden, die in unserem Vaterland Zuflucht gesucht haben.

Wir bitten dringend alle Personen und Kräfte, die Achtung vor der Menschenwürde haben, sich in Bewegung zu setzen, um dem Morden in Chile ein Ende zu bereiten.

Wir bitten um Solidaritätsbeweise der verschiedensten Art. Wir bitten in diesem Sinne, Botschaften an den Generalsekretär der Vereinten Nationen zu senden, an die nationalen und internationalen Organisationen, die sich die Achtung der Menschenrechte zur Aufgabe gemacht haben.

Wir brauchen die Bestätigung, daß Chile in diesem kritischen Augenblick nicht allein ist.

Alle Welt möge wissen, daß das Volk Chiles am Jahrestag seiner Befreiung, trotz aller Bedrängnis, seiner Zuversicht in den schließlichen Ausgang seines Kampfes Ausdruck gibt und voller Hoffnung den Kampf ruft erhebt: VENCEREMOS!

Julio Benitez	Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Partei Chiles
Homero Julio	Zentralkomitee der Sozialistischen Partei
Eduardo Salum	Zentralkomitee der Sozialistischen Partei
Volodia Teitelboim	Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chiles
Carlos Contreras Labarca	Zentralkomitee der Kommunistischen Partei
Oscar Jimenez	Radikale Partei
Armando Uribe	Linke Christen
Sergio Sanchez	MAPU
Carlos Vassallo	Linksunabhängiger
Gustavo Becerra	Nationalpreisträger für Kunst 1971
Alejandro Yanez	Studentenführer

12 "Internationale Solidaritätskonferenz mit dem chilenischen Volk",

Helsinki, 29./30.9.1973:

Appell zur Weltsolidarität

Für die von Atschara erfüllte Welt ist Chile heute durch die Verbrechen, die der entfesselte Faschismus in diesem Lande begeht, ein Faktor der Beunruhigung. Die Furie eines vom Ausland inspirierten reaktionären faschistischen Militärputsches ist über diese auf seine demokratischen Traditionen stolze und mit Waffengewalt überfallene Volk niedergebungen. Alle Freiheiten und Menschenrechte sind verletzt oder beseitigt. Gegen die Weisheitigen und alle Menschen, die dieses Namen würdig sind, wird ein systematischer Terror ausgeübt. Die juristischen oder moralischen Schranken wurden niedergerissen, und Tausende von Menschen wurden ermordet. Die Werte der Zivilisation und der Kultur sind der gleichen Barbarei ausgesetzt.

Die Internationale Konferenz von Helsinki, die sich des äußersten Ernstes der Situation in Chile bewußt ist, hat sich auf Einladung hervorragender Persönlichkeiten, der bedeutendsten Parteien und Organisationen Finnlands am 29. und 30. September zu einer außerordentlichen Zusammenkunft versammelt und macht sich zum Sprecher der Sorge und der Entrüstung der Welt über diese Ereignisse.

Diese Konferenz ist höchst repräsentativ aufgrund der Breite und der Bedeutung der daran teilnehmenden Bewegungen und Organisationen sowie der Verschiedenheit der sie in den fünf Kontinenten unterstützenden Bewegungen. Alle Teilnehmer finden sich auf einem gemeinsamen Nenner zusammen: der zwingenden Notwendigkeit dem chilenischen Volk unverzüglich in seinem Kampf zu helfen, um dem Blutbad und den Verfolgungen, denen es zum Opfer gefallen ist, ein Ende zu setzen.

Die Konferenz hat mit tiefer Ergreiftheit die letzten Worte gehört, die Präsident Allende vom Präsidentenpalast aus unter dem Bombenlager der Militärs, die die verfassungsmäßige Regierung stürzten, an sein Volk gerichtet hat. Diese Worte widerspiegeln wahrlich die große Würde und die Festigkeit der demokratischen Überzeugung dieses wahren Helden im Kampf für die nationale Unabhängigkeit. Das edle Opfer von Salvador Allende ist für seine Landsleute und für alle Völker ein unschätzbbares Beispiel.

Der US-amerikanische Imperialismus ist der Hauptverantwortliche für die Vorbereitung und Ausführung der schrecklichen Verbrechen in Chile. Über seine internationalen Monopole und die CIA versuchte er, die Regierung der Volkseinheit zu stürzen, noch ehe sie gebildet wurde. In der Folgezeit bemühte er sich in ständiger Komplizenschaft mit der chilenischen Reaktion und den chilenischen Faschisten, die Wirtschaft Chiles zu sabotieren, Komplott auf Komplott zu schmieden und den Terror zu entfesseln, um den großen Präsidenten zu einnorden, der seinem Volk verbunden - große Anstrengungen unternahm, der sozialen Ungerechtigkeit und der Abhängigkeit ein Ende zu bereiten, das Land zu befreien und unter Achtung der Demokratie und größter öffentlicher Frei-

heiten den Ausbau des Sozialismus in Angriff zu nehmen.

Chile erlebt heute eine Neuauflage des Hitlerfaschismus - es wird ungestraft gemordet und zerstört, die Denunziation wird gefördert, die Gedanken und die Kultur werden verfolgt, Bücherverbrennungen auf den Straßen vorgenommen, ziellos werden Menschen gejagt und gefoltert, in Konzentrationslagern geworfen, in zahllose Wohnungen wird eingebrochen.

Kein Mensch mit Würde und Gewissen kann solche Grausamkeiten dulden.

Die Konferenz von Helsinki hat die Verantwortung, Zeugnis abzulegen von der Beunruhigung, dem Schmerz und der Verurteilung der Völker angesichts der tragischen Ereignisse in Chile. Sie bekundet ihre entschlossene Solidarität mit dem Kampf aller demokratischen und patriotischen Kräfte Chiles gegen den Faschismus im Lande Salvador Allendes und Pablo Nerudas.

Die Konferenz macht sich zum Sprecher der gemeinsamen Bestrebungen und ist der Auffassung, daß es unerlässlich ist, eine breite, internationale Solidaritätsbewegung ins Leben zu rufen, welche die verschiedenen Kräfte sammelt, die dem chilenischen Volk helfen wollen, seine Freiheit zurückzuerobern. Die Konferenz ruft dazu auf, diesem Volk schnellste, allseitige und wirksamste moralische, politische und materielle Hilfe zu gewähren.

Die Menschheit fordert:

Schluß mit dem Blutvergießen!

Schluß mit dem Morden und den Verfolgungen!

Öffnet die Gefängnistore, macht Schluß mit den Folterungen und beseitigt die Konzentrationslager!

Achtung der Menschenwürde, der geistigen und kulturellen Werte!

Freiheit für das chilenische Volk!

Die faschistische Junta muß sich für ihre Verbrechen vor dem Gericht des Weltgewissens verantworten. Die Völker werden unverzüglich und energische Unterstützung für den Widerstand und den Kampf des chilenischen Volkes bis zum unvermeidlichen Sieg mobilisieren.

13 Konferenz "Solidarität mit den verfolgten Demokraten in Chile",

Mainz, 12.10.1973:

Politischer Appell

Am 11. September 1973 hat eine reaktionäre Militärjunta in Chile die Macht an sich gerissen, um die Interessen der einheimischen Reaktion durchzusetzen. Dahinter stehen die US-Konzerne. Ihr Ziel ist, die fortschrittlichen sozialen Errungenschaften, die sich das chilenische Volk mit seiner rechtmäßigen Regierung der Unidad Popular erkämpft hat, wieder zunichte zu machen.

Seit diesem Tage wütet in Chile der Faschismus. Die Gesetze des Landes werden gebrochen, seine demokratischen Traditionen hinweggefegt und die Menschenrechte mit Füßen getreten. Mit unerhörter Grausamkeit und Brutalität geht die Militärjunta gegen die demokratischen Kräfte des Landes und die Anhänger der Unidad Popular vor, die ihrem Terrorregime Widerstand leisten. Dabei werden ohne Unterschied Christen, Liberale, Sozialisten, Kommunisten und selbst Teile der ehemaligen Opposition gegen Allende - alle die für die Sache eines freien Chile engagierten Patrioten - verfolgt und hingerichtet.

Massenerschießungen und die Bombardierung der von Arbeitern besetzten Fabriken haben bereits tausende von Opfern gefordert. Reihenweise, willkürliche Verhaftungen, gewaltsame Hausdurchsuchungen und Bücherverbrennungen sind an der Tagesordnung. Nächtlich verdunkelte Arbeiterviertel werden mit schwerer Artillerie angegriffen, Gefangene gefoltert und lebend aus Hubschraubern gestoßen. Aufgehetzte Söldner der Junta verwüsteten in einem Akt des Vandalismus die Wohnung des verstorbenen und in seinem Hause aufgebahrten Dichters und Nobelpreisträgers Pablo Neruda.

Führende Persönlichkeiten der Unidad Popular wurden verhaftet und vor Militärtribunale gezerrt. Unter ihnen befindet sich der gewählte Senator und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, Luis Corvalan. Ihnen allen droht - wie Staatspräsident Salvador Allende und tausenden chilenischer Demokraten vor ihnen - die kaltblütige Ermordung durch die Schergen der Junta.

Flüchtlinge und Anhänger der Unidad Popular, denen die Rückkehr in ihre Heimat verwehrt ist, sind ohne Einkommen. Sie alle brauchen unsere aktive politische Solidarität und materielle Unterstützung.

Die Ereignisse in Chile treffen uns unmittelbar. Strauß und Carstens, Welt und FAZ, Unternehmerverbände und Banken haben unverhohlen ihre Sympathie für den Putsch bekundet und zur Unterstützung der Junta aufgerufen. Das sind die Kräfte, die in unserem

Land den demokratischen Fortschritt verhindern und zur verstärkten Verfolgung von Demokraten aufrufen. Wer für die Demokratie in Chile kämpft, kämpft auch für die Demokratie in der Bundesrepublik.

Wir, Vertreter von Jugend- und Studentenverbänden, von kirchlichen Organisationen, von Parteien der Bundesrepublik, Gewerkschafter und Betriebsräte, Kunstschaffende, Schriftsteller und Wissenschaftler, alle Teilnehmer der Konferenz "Solidarität mit den verfolgten Demokraten in Chile", die auf Initiative des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees am 12. Oktober 1973 in Mainz tagte, verurteilen mit aller Entschiedenheit den Terror der Junta in Chile. Wir fordern:

- Schluß mit dem Mord an chilenischen Demokraten! Schluß mit den Verhaftungen! Schluß mit der Verfolgung politischer Emigranten in Chile!
- Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen in Chile! Hände weg von Luis Corvalan!

Von der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien SPD und FDP erwarten wir die Unterstützung der Demokraten und nicht der Faschisten:

- Initiativen, auch in der UNO, zur Beendigung der Massaker und zur Wiederherstellung der Demokratie !
- Keine Anerkennung der Junta durch Bonn!
- Uneingeschränktes Asylrecht der BRD-Botschaft in Santiago und in der Bundesrepublik für verfolgte chilenische Demokraten!
- Keine Wirtschaftshilfe; keinen Pfennig für die Junta in Santiago!

Wir appellieren an alle Menschen in der Bundesrepublik, an die demokratischen Parteien, an die Parlamentarier, an die Gewerkschaften, an die Kirchen, an die junge Generation:

Schließt Euch unseren Forderungen an! Erhebt Euren Protest gegen die Vergewaltigung der elementarsten Grundrechte des Menschen durch die faschistische Junta in Chile! Solidarisiert Euch mit dem kämpferischen Widerstand der chilenischen Demokraten! Leistet ihnen und ihren Angehörigen politische und materielle Unterstützung! Spendet auf das Konto des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees 527 055 PschA Frankfurt/Main, Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Kennwort: Chile-Solidarität!

Solidarität mit den verfolgten Demokraten in Chile!

Mainz, den 12. Oktober 1973

Aktionsprogramm

Die Konferenz "Solidarität mit den verfolgten Demokraten in Chile (12. Oktober 1973 in Mainz) wendet sich an alle Menschen, fortschrittliche Organisationen und Gruppen in der Bundesrepublik, die bereit sind, für die Wiederherstellung der Menschenrechte in Chile und das Leben der vom Terror verfolgten Demokraten einzutreten, mit der Aufforderung, in der nächsten Zeit auf der Grundlage des Appells "Solidarität mit den verfolgten Demokraten in Chile" folgende Initiativen und Aktivitäten einzuleiten:

I

Unterstützt und initiiert überall örtliche Chile-Solidaritätskomitees, die im Sinne des Appells "Solidarität mit den verfolgten Demokraten in Chile" auf breitester Basis die Solidarität mit dem chilenischen Volk und seiner rechtmäßigen Regierung der Unidad Popular entwickeln.

II

Kampagne: "Rettet das Leben der chilenischen Demokraten - Isoliert die Junta!"

- + Verbreitet unsere Forderungen durch Flugblätter, Plakate, Informationsstände, Kundgebungen und Demonstrationen; organisiert Kulturveranstaltungen (Schriftstellerlesungen, Filme, Ausstellungen, Songabende, Konzerte, usw.). Beginnt sofort mit den Vorbereitungen!
- + Anlässlich des zentralen Aktionstages am 4. November 1973 sollten in zahlreichen Orten - entsprechend den jeweiligen Möglichkeiten - Aktionen vielfältigster Art stattfinden.
- + Sorgt dafür, daß Straßen, Plätze, Jugendhäuser und andere Gebäude nach dem ermordeten Präsidenten Salvador Allende benannt werden.
- + Organisiert Unterschriftensammlungen, die sich mit unseren Forderungen an die Junta, die Bundesregierung und die UNO richten.
- + Richtet Protestschreiben an die chilenische Botschaft in Bonn.
- + Schreibt hunderttausend Solidaritätsbriefe an die chilenischen Demokraten (Anschriften liegen demnächst beim Antimperialistischen Solidaritätskomitee vor.)
- + Organisiert in den Gewerkschaften, Kirchen u.a. gesellschaftlichen Verbänden die Solidarität mit dem chilenischen Volk. Berufsgruppen und -verbände, wie Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre, Ärzte, Juristen, Künstler, Lehrer, Theologen etc. müssen sich mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für ihre Kollegen in Chile einsetzen.
- + Schickt Delegationen zu Abgeordneten, Parteien und Regierungsvertretern; trägt dort unsere Forderungen vor.
- + Veranstaltet Tribunale zum Thema "Chile als Beispiel für die Machenschaften internationaler Konzerne"; entlarvt die Rolle des ITT-Konzerns.

